

Bezugspreis.

Wöchentlich 70 Pfennig, monatlich 2. Reichsmark voraus zahlbar. Unter Kreuzband für Deutschland, Dänemark, Saar- und Rheinland, Österreich, Litauen, Luxemburg 4.50 Reichsmark, für das übrige Ausland 5.50 Reichsmark pro Monat.

Der „Vorwärts“ mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Volk und Welt“ sowie den Beilagen „Unterhaltung und Wissen“, „Aus der Welt“, „Frauenstimme“, „Der Arbeiterfreund“, „Jugend-Vorwärts“ und „Militär in die Zukunft“ erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegraphische Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292-297.

Mittwoch, den 24. November 1926

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3
Vollständig: Berlin 37 538 - Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Wallstr. 45; Dieleuto-Gesellschaft, Dönhofsplatz Lindenstr. 2.

Anzeigenpreise:

Die einseitige Sonntagsbeilage 80 Pfennig, Restbeilage 5.- Reichsmark. „Kleine Anzeigen“ des Sonntagsbeilage Wort 25 Pfennig (außer zwei Letztbeilage Worte), jedes weitere Wort 12 Pfennig. Stellenangebote des ersten Wort 15 Pfennig, jedes weitere Wort 10 Pfennig. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Arbeitsmarkt Seite 60 Pfennig. Familienanzeigen für Abonnenten Seite 40 Pfennig.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 8 1/2 Uhr früh bis 5 Uhr nachm.

Stresemann verteidigt seine Politik.

Zahme „nationale Opposition“. - Militärkontrolle und Reichswehrskandale. - West und Ost.

Der Reichstag, der vielgescholtene, hat gestern als wahres Musterparlament bei guter Besetzung und starker Aufmerksamkeit einige Reden zur Außenpolitik angehört, die nur von mäßigem Interesse waren. Daß Herr Emminger von der Bayerischen Volkspartei beim Verlesen einer Erklärung der Regierungsparteien nicht wie ein Rezitator ersten Ranges wirkt, kann man verstehen. Daß der deutschnationale Herr Hoegsch, auch wenn er die Belange der nationalen Opposition vertritt, ein Professor auf dem Katheder bleibt, weiß man. Herr Stresemann gehört zu den Künstlern des Wortes, aber Künstler haben nicht immer gute Tage, sondern sind manchmal körperlich oder feilsch indisponiert, und das war gestern Herrn Stresemanns Fall. Erst als Gehler kam, gab es etwas wie ein bißchen dramatische Spannung, was allerdings mehr auf die üble Lage, in der sich der Reichswehrminister befindet, als auf den Inhalt seiner Erklärung zurückzuführen war. Das Haus blieb fast bis zum Schluß geduldig und im Zuhören höflich. Erst als der Kommunist Stoeder kam, gab es kein Halten mehr. Man wollte sich nicht noch weiter langweilen lassen.

Der sachliche Ertrag der Debatte war ebenso dürftig wie ihre Form. Ein zwingender Anlaß, sie jetzt zu führen, lag nicht vor. Nur die Deutschnationalen hatten das Bedürfnis, ihrer Schadenfreude darüber Ausdruck zu geben, daß man seit Thoiry noch nicht recht weiter gekommen ist. Mit der Feststellung dieser Tatsache hatten sie recht. Aber ebenso recht hatte Stresemann mit seiner Gegenbemerkung, daß damit noch gar nichts bewiesen sei. Er hätte ganz gut auch Bismarck zitieren können, der sich einmal über die Leute lustig machte, die immerzu die Radischen aus der Erde ziehen, um zu sehen, ob sie gewachsen sind.

Im übrigen blieb Herr Hoegsch in der Form recht freundlich, weil das erstens seinem äußeren Wesen entspricht und weil zweitens eine Partei, die gar so gern in die Regierung möchte, ihre guten Manieren zeigen muß. Auch über die Flaggenhissung des deutschen Botschafters in Amerika am 11. November gab es statt des erwarteten Sturms nur ein sanftes Säufeln. Mehr hat diesmal der Graf eben nicht erlaubt.

Was die Frage der Militärkontrolle betrifft, so bleibt der Eindruck bestehen, daß man sich einigen wird. Ob dazu diese Debatte nötig war, ist eine andere Frage. Und noch eine andere Frage ist, ob der wie die Wasserpest wuchernde, nicht auszurottende Unfug, der bei der Reichswehr getrieben wird, eine Führung der Verhandlungen im Sinn der deutschen Wünsche begünstigt. Auch gestern hat man wieder gehört: dieser Unfug existiert nicht und wird außerdem von Herrn Gehler scharf bekämpft. Auch Herr Stresemann will ihn keineswegs dulden.

Die Erklärung des Herrn Stresemann soll offenbar für die Lösung der Kontrollfrage eine günstige Grundlage schaffen. Diese Grundlage muß gesichert und befestigt werden durch den Reichstag und die Presse. Eine fremde Militärkontrolle ist überflüssig, weil das deutsche Volk selber das stärkste eigene Interesse hat, endlich Ruhe zu bekommen, endlich den Skandalen ein Ende zu bereiten. Das kann aber nur durch eine Reform der deutschen Reichswehr an Haupt und Gliedern geschehen.

Von Polen war gestern ziemlich viel die Rede, eigentlich war es die einzige Macht außer Frankreich, die in den Bereich der Unterhaltung gezogen wurde. Ist es aber wirklich klug und geschickt, nach Westen hin mit verbindlichem Lächeln zu sprechen, gegen den Osten aber stets eine eisige Miene aufzusetzen? Wenn die Politik der Verständigung vernünftig ist, so ist sie nach allen Seiten vernünftig - und wenn man in Polen auch wenig feht, was zu einer solchen Politik ermutigt, so hat man in Frankreich vor nicht langer Zeit doch auch nicht allzu viel davon gesehen!

Die Gemeindevahlen in Ostoberschlesien sind - wir alle bedauern das, aber es ist nun einmal leider völkerrrechtliche Tatsache - eine in n e r e Angelegenheit Polens. Wenn die Regierungsparteien des Deutschen Reichstags in einer offiziellen Erklärung zu dieser Angelegenheit Stellung nehmen und einem Teil der ostoberschlesischen Wähler den „Dank für ihr Bekenntnis zum Deutschtum“ aussprechen, so kann ein solcher Vorgang in Polen keine Freude werden. Vermutlich werden die meisten Deutschen in Ostoberschlesien davon auch nicht gerade entzückt sein. Für die deutschen Wisten hatten diesmal aus Kerger über die Mißwirtschaft der Regierung zahlreiche Polen gestimmt; sicher taten sie das nicht in der Absicht, sich vom Deutschen Reichstag ihre „Treue zum Deutschtum“ beschheimen zu lassen.

Reale Interessen Deutschlands Polen und jedem anderen Lande gegenüber, mögen mit sachlichem Ernst vertreten werden. Dazu ist aber nicht unbedingt notwendig, daß man sich gegenseitig die faulen Äpfel über den Zaun wirft oder mit der Flaumfeder in der Nase kitzelt.

Wir geben den Bericht über die Verhandlungen in der Beilage. Die Rede des Reichsaussenministers lassen wir hier folgen:

Reichsaussenminister Dr. Stresemann:

An der Ehrlichkeit des französischen Außenministers sei nicht zu zweifeln. Aber neuartige Ideen setzen sich in das Denken der Völker erst in längeren Zeiträumen um. Dr. Hoegsch habe leider nur von der französischen Seite gesprochen, bei der sich das Verständnis für die Politik des Außenministers durchzusetzen beginne. (Heiterkeit.) Die grundsätzliche Einstellung der deutschen Regierung gegenüber den Ostgrenzen habe sich in keiner Weise geändert. Wenn man sich den großen Komplex von Fragen vergegenwärtige, die in Thoiry behandelt wurden, so könne man doch nicht erwarten, daß schon acht Wochen danach die Ergebnisse gezeigt werden könnten. Vor falschem Optimismus müsse gewarnt werden, auch hier können Rückschlüsse kommen.

Es ist keine Unterfützung des außenpolitischen Fortschritts, wenn Thoiry als Phantasie bezeichnet wird,

wie es der deutschnationale Redner getan hat. Die Frage der Beendigung der Militärkontrolle sei auch im Gespräch von Thoiry erwähnt worden, wenn es hierbei zum Stillstand gekommen sei, so müsse man vorläufig andere Probleme in Angriff nehmen, bei denen es schneller gehe. Die Regierung stehe nach wie vor auf dem Standpunkt, daß die Militärkontrolle so schnell wie möglich verschwinden müsse. In allen Handelsvertragsverhandlungen vertritt die Regierung den Standpunkt, daß das

freie Niederlassungsrecht eine Selbstverständlichkeit sei. Der Botschafter in Washington habe in der Flaggenfrage nach freiem Ermessen gehandelt und ich danke ihm dafür. Die Dinge tragen ein anderes Gesicht, je nachdem, in welchem Lande sie sich ereignen. Wo die Waffenstillstandsfeier nicht als Siegesfeier,

sondern als Trauerfeier für die Gefallenen abgehalten werde, gebe es keinen Anlaß, sich ihr zu entziehen. (Widerspruch rechts.) In Amerika bedeute der Tag des Waffenstillstands einen Friedenstag und nicht einen Siegestag. Wenn wir mit Amerika, wie es auch die Deutschnationalen wollen, dauernd eng zusammenarbeiten sollen, dann dürfen wir die Amerikaner nicht beleidigen und bloßstellen. Der Tag, an dem in Amerika die Postreife von dem früheren Mutterland gefeiert wird, werde doch auch von England nicht als feindseliger Akt bezeichnet. (Widerspruch rechts.)

Die Entwaffnungsaktion

hatte die deutsche Regierung für abgeschlossen, daher sei die internationalisierte Militärkontrolle überflüssig. Sollten noch einige Punkte zu klären sein, so müsse durch Verhandlungen eine Verständigung erzielt werden. Bei dieser Gelegenheit müsse der Männer von der Reichswehr mit besonderem Dank gedacht werden, die die Abrüstung durchgeführt haben. Die Abrüstung wäre ein Werk des Friedens gewesen, wenn sie allgemein durchgeführt worden wäre. Heute aber sei sie ein Akt der Demütigung für das deutsche Volk.

Reichswehr und Wehrverbände.

Über die Stellung der Regierung zu den putschistischen Wehrverbänden führte Stresemann wörtlich folgendes aus: Meine Herren, ich darf mich dann im Zusammenhang mit den Fragen, die bei der Abrüstung, bei der Militärkontrolle erörtert worden sind, auch mit der Frage der sogenannten nationalen Verbände beschäftigen. Auch in dieser Frage hat die deutsche Regierung alles getan, was zur loyalen Ausführung des Vertrags von Versailles erforderlich war. In den Verhandlungen mit der Völkervereinigung im November v. J. war der Erlaß einer Verordnung zur Ergänzung eines Gesetzes über die Durchführung der Artikel 177 und 178 des Vertrages von Versailles vereinbart worden. Diese Verordnung ist im Februar d. J. erlassen worden.

Damit haben wir unsere internationalen Verpflichtungen erfüllt.

Selbstverständlich wird die Reichsregierung die Einhaltung des Gesetzes und der neuen Verordnung überwachen. Das ist aber

Briands Außenpolitik.

Rede im Kammerauschuß.

Paris, 23. November. (Eigener Drahtbericht.) Vor der Kammerkommission für Auswärtige Angelegenheiten hat Außenminister Briand am Dienstag nachmittag die Probleme der auswärtigen Politik besprochen. Von seiner Besprechung mit Stresemann in Thoiry ausgehend, schilderte er die Verhandlungen in den letzten Wochen. Beide Regierungen, so führte er aus, seien bemüht, durch Abmachungen wirtschaftlicher, handelspolitischer und politischer Art die Atmosphäre der Entspannung, die in den letzten Monaten glücklicherweise zwischen den beiden Ländern Platz gegriffen habe, zu erweitern. Dann ging Briand zu dem Verhältnis zwischen Frankreich und Italien über. Er betonte, Frankreich habe stets in seiner Geschichte und ganz besonders bei den letzten durch den Faschismus hervorgerufenen Zwischenfällen einen Geist des Entgegenkommens und der freundschaftlichen Sympathie Italien gegenüber an den Tag gelegt. Die französische Regierung werde sich bemühen, in diesem Geiste die noch nicht geregelten Zwischenfälle beizulegen.

Gehler, Stresemann und „DAB.“
Scharfe Pariser Kritik.

Paris, 23. November. (Eigener Drahtbericht.) Die politische Entwicklung in Deutschland wird in Paris mit starkem Interesse verfolgt. Zur Förderung der Verständigungspolitik erhofft man die Große Koalition. „Wenn die Große Koalition zustande kommt - schreibt der „Intransigeant“ - werden gewisse Änderungen unvermeidlich sein. Vor allem müßte der in allen Ständen der Schwarzen Reichswehr kompromittierte Minister Gehler ausscheiden. Diese Persönlichkeit, die mit vollendeter Unzulänglichkeit eine ausgesprochene Verschlagenheit verbindet, ist eine Gefahr für die Aufrechterhaltung des Friedens. Wenn Stresemann wünscht, daß zwischen uns und ihm eine Verständigung zustandekommt, so muß er in ganz energischer Weise diesen Reichswehrminister wegbringen.“

Die Blätter beschäftigen sich außerdem lebhaft mit der Erklärung, die Dr. Stresemann vor dem Auswärtigen Ausschuss über den Ankauf der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ abgegeben hat. Das „Journal des Debats“ kritisiert in außerordentlich scharfer Form das Verhalten des deutschen Außenministers und weist

darauf hin, daß die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ bereits seit einigen Wochen, besonders durch die Unterstützung der Autonomistenbewegung in Elsas-Lothringen, Anlaß zu Beunruhigung in Frankreich gegeben habe; denn darin sehe man einen Versuch, auf Frankreich einen Druck auszuüben, um eine beschleunigte Räumung der Rheinlande herbeizuführen. Bisher hätte der deutsche Außenminister immer behaupten können, daß die Regierung keinerlei Druck auf die nationalistischen Blätter ausüben könne, da sie Privateigentum seien, und daß sie selbst von diesen Blättern angegriffen werde. Die Mitteilungen Stresemanns bewiesen jetzt jedoch, daß eines der nationalistischsten deutschen Blätter sich in Händen der Reichsregierung befinde. Die Angriffe gegen Frankreich müßten also von der Regierung inspiriert sein oder mindestens von ihr gebilligt werden. Der deutsche Außenminister lasse seine Politik von Thoiry und Locarno verteidigen, gleichzeitig aber Artikel erscheinen, um auf Frankreich einen Druck auszuüben. Bereits in Genf im Monat September habe er dasselbe Spiel getrieben. Vor der Völkervereinigung habe er eine korrekte und würdige Rede gehalten, um sie nachher durch die „brutalen Erklärungen“ im „Gambinus“ zu verleugnen.

Briand steht Mussolini lieber nicht.

Paris, 23. November. (Eigener Drahtbericht.) An zuständiger Stelle äußert man sich über die Nachricht, daß eine Besprechung zwischen Briand und Mussolini nach der Genfer Tagung des Völkervereinigungsrates in Aussicht genommen sei. Die Blätter erklären eine solche Zusammenkunft als außerordentlich unwahrscheinlich. Das „Journal des Debats“ meint, eine solche Aussprache im gegenwärtigen Augenblick würde keinerlei nützliche Ergebnisse zeitigen, da die jüngsten Zwischenfälle noch nicht beigelegt seien. Andererseits führe Italien gegenwärtig eifrige Besprechungen mit Deutschland. „Auf alle Fälle“, schreibt das Blatt, „liegt es auf der Hand, daß es nicht an der französischen Regierung ist, im gegenwärtigen Zeitpunkt irgendeine Initiative der italienischen Regierung gegenüber zu ergreifen.“

Die Meldung von einer Zusammenkunft zwischen Briand und Mussolini darf also als ein von Rom lancierter Versuch angesehen werden.

eine in so hohem Maße innerpolitische Angelegenheit Deutschlands, daß sie die Einmischung fremder Mächte nicht zuläßt. Ich möchte jedoch bei dieser Gelegenheit darauf hinweisen, daß die Reichsregierung die Linie der von ihr befolgten Politik niemals durch die Tätigkeit irgendwelcher Verbände stören lassen wird. Sie wird im Einvernehmen mit den Landesregierungen mit Nachdruck überall da vorgehen, wo die Verbände den ihnen durch die gesetzlichen Bestimmungen vorgeschriebenen Rahmen überschreiten. In solchen Fällen muß entweder, wie das verschiedentlich geschehen ist, zur völligen Auflösung geschritten werden, oder aber es muß verlangt werden, daß die Verbände, wenn ihre Auflösung nicht erforderlich erscheint, jedenfalls sofort jede geschäftliche Tätigkeit einstellen. Ebenso werden die zuständigen Stellen der Reichsregierung darüber wachen, daß zwischen derartigen Verbänden und der Reichswehr keinerlei Verbindung besteht. Angehörige der Reichswehr, die etwa in dieser Hinsicht gegen die erlassenen Vorschriften verstoßen und sich insbesondere mit der Ausbildung von Mitgliedern der Verbände befassen oder sonst eine Verbindung mit diesen Verbänden unterhalten sollten, würden unmissverständlich zur Verantwortung gezogen werden. (Sehr gut bei den Demokraten.)

Die Klärung der Investigationsfragen — so fuhr der Minister fort — dürfe keine Voraussetzung für die Zurückziehung der Militärkontrollen bilden. Unvereinbar mit der Idee des Völkerbundes sei die einseitige Abrüstung Deutschlands. Da die baldige Räumung des besetzten Gebiets jetzt zu einem akuten Problem geworden sei, müsse bald eine Lösung gefunden werden, wenn nicht Rückschlüsse in der Außenpolitik eintreten sollen. An die deutsch-französische Verständigung dürfe allerdings nicht wie an ein Rechenexempel herangetreten werden. Die Verständigung zwischen den beiden großen Völkern sei

der Angelpunkt für die Erhaltung des europäischen Friedens. Aber dann müsse auch die große Barriere niedergedrückt werden, die im Westen Deutschlands errichtet worden ist. (Bravo!)

Die Regierungsbildung in Baden.

Weimarer Koalition. — Genosse Kemmele Innenminister.

Karlsruhe, 23. November. (Eigener Drahtbericht.) Der Badische Landtag wählte am Dienstag nachmittags nach dem erfolgreichen Abschluß langwieriger Verhandlungen über die Neubildung der Weimarer Koalition mit 49 von 72 Stimmen den zum Zentrum gehörenden Finanzminister Dr. Köhler abermals zum Staatspräsidenten und den Innenminister, Genosse Kemmele, zum stellvertretenden Staatspräsidenten. Auf Vorschlag der demokratischen Fraktion wurde der Ministerialdirektor im Innenministerium Otto Veers mit 48 Stimmen zum Unterrichtsminister gewählt. Die Vertreter der sog. bürgerlichen Vereinigung (deutschnational) und der Deutschen Volkspartei enthielten sich bei der Wahl der Stimme.

Als Staatsräte gehören die Abgg. Marum und Rager-Heidelberg (Soz.) sowie Abg. Weichaupt (Z.) der Regierung an.

Reichswehr und Arbeitgeberverbände.

Die Unternehmer bestätigen alles.

Die „Vereinigung Breslauer Arbeitgeberverbände“ hat am Dienstag, wie uns aus Breslau gedruckt wird, zu den Mitteilungen eines Industriellen über die privaten Finanzierungsverhältnisse zwischen Reichswehr und Arbeitgebern in Breslau eine öffentliche Erklärung erlassen, die offensichtlich die Reichswehr entlasten will. Die Vereinigung erklärt, daß die Aussprache zwischen Arbeitgebern und Vertretern des Berliner Wehrkreiskommandos sowie der Breslauer Kavalleriebrigade auf ihre — der Arbeitgebervereinigung — Veranlassung zustande gekommen sei. Dabei wird allerdings angedeutet, daß eine derartige förmliche Besprechung dadurch erwünscht wurde, daß schon vorher inoffiziell zwischen einzelnen angehenden Beauftragten der Reichswehr und Arbeitgebern in Sachen solcher Finanzierungen

Stellung genommen war. Die Arbeitgebervereinigung hätte, so wird weiter ausgeführt, eine Garantie für den politisch einwandfreien und parteipolitisch neutralen Charakter der Reichswehrbestimmungen darin gesehen, daß die zuständigen Zivilbehörden diese Dinge kannten und billigten. Aber es wird nicht angegeben, welche Zivilbehörden damit gemeint sind. Daß das Preussische Innenministerium eine private Finanzierung der Reichswehr niemals gebilligt hat, dürfte auch in Breslau nicht unbekannt sein.

Es wäre interessant, zu erfahren, ob irgendwelche provinziellen Instanzen der inneren Verwaltung tatsächlich in der Duldbarkeit gegen derartige illegale Reichswehrmachenschaften weitergegangen sein sollten als das Innenministerium. Etwas anderes bleibt nach der Veröffentlichung der Arbeitgeberverbände kaum anzunehmen übrig, wenn man nicht glauben soll, daß in dieser Erklärung absichtlich harmlose Dinge mit bedenklichen verwechselt worden sind.

Eine erledigte Beschwerde.

Großindustrielle sind gegen Hausdurchsuchungen nicht immun!

Der Rechtsausschuß des Preussischen Landtags behandelte am Dienstag die deutschnationale Beschwerde über die Hausdurchsuchung bei den rheinischen Industriellen und Führern vaterländischer Verbände. Abg. Ruttner (Soz.) legte noch einmal die Gründe dar, aus denen die sozialdemokratische Fraktion das Eingreifen der Polizei für berechtigt halte. Jeder Staatsbürger müsse sich gegebenenfalls bei schwerwiegendem Verdacht Hausdurchsuchungen gefallen lassen.

Ministerialdirektor Klausner verteidigte das Vorgehen der Polizei, das besonders darauf beruhe, daß man die Namen der betroffenen Persönlichkeiten bei Justizrat Claß gefunden habe. Von deutschnationaler Seite wurde auf die Notwendigkeit, einen Untersuchungsausschuß einzusetzen, hingewiesen. Der Ausschuß nahm jedoch einen Antrag des Zentrums an, der die Große Anfrage der Deutschnationalen durch die von der Regierung gegebene Darlegung für erledigt erklärt.

Wozu die Landespolizei gut ist.

Die thüringische Sozialdemokratie klagt an.

Die sozialdemokratische Fraktion des Thüringischen Landtages hat gegen den thüringischen Innenminister den Antrag auf Anklageerhebung gestellt. Diefem Antrag liegt nach dem Ermittlungsergebnis des zuständigen Untersuchungsausschusses u. a. folgender Tatbestand zugrunde:

Anschluß eines rein gewerkschaftlichen Lohnkampfes in der thüringischen Sägewerksindustrie hatte sich am 2. Januar 1925 eine größere Anzahl von Streikenden vor einem Wert in Gehren eingefunden. Nach Schluß der Arbeitszeit wurden einige Streikbrecher von einzelnen Streikenden belästigt, ohne daß Gesamtschreitungen zu verzeichnen waren. Trotzdem erbat einer der Mitinhaber der Firma, ohne den Versuch unternommen zu haben, vom Polizeikommand der Stadt Gehren Hilfe zu erlangen oder Gendarmerie heranzuziehen, telephonisch vom Polizeiminister Dr. Sattler polizeilichen Schutz. Dieser ordnete, ohne vorher Polizei oder Landrat befragt zu haben, also allein auf private Aufforderung hin, ein größeres Kommando Landespolizei nach Gehren ab. Der Führer der Landespolizei fand Gehren in völliger Ruhe und Ordnung. Die Kommunalbehörden waren aufs äußerste erstaunt, daß ohne ihr Wissen Landespolizei eingesetzt worden war. Auch die nächste Zeit über blieb alles ruhig, bis ein unfähiger Polizeiführer das Kommando übernahm und es danach zu Unruhen kam.

Der Minister hat mit seiner Anordnung die gesetzlich gegebene Zuständigkeit des Ministeriums überschritten und den gesetzlich geordneten Behördenzug durchbrochen. Er hat sich zu diesem Zweck eine Dispositionsgewalt beigelegt, die gesetzlich nicht gegeben war. Er hat weiter entgegen der Aufgabe der Polizei, der öffentlichen Ruhe, Ordnung und Sicherheit zu dienen, die Polizei für private Zwecke verwendet. Da Unruhen erst entstanden sind, als ein unfähiger Kommandoführer die Leitung des Sicherheitsdienstes übernommen hatte, lag ein gesetzlich bestimmter polizeilicher Notstand oder Ausnahmezustand zu den Handlungen

des Staatsministers nicht vor. Die Übernahme der Kosten für diese Aktion ist ebenfalls völlig ungesetzlich. Obgleich der Staatsminister Dr. Sattler bei seiner Vernehmung am 29. Januar 1926 vor dem Untersuchungsausschuß eine ziemlich unkenntnis der gesetzlichen Bestimmungen an den Tag gelegt hat, war ihm wiederholt Gelegenheit gegeben, seinen früheren Standpunkt in der Kostenfrage über die Polizeiaktion zu ändern. Wenn er das nicht getan hat, so steht die Tatsache fest, daß er bei wiederholter selbständiger Ueberlegung bei seinem ungesetzlichen Verwaltungsakt verblieb. Staatsminister Sattler hat aber auch unter seinem Eid über die Frage, wer die Entsendung der Landespolizei erbeten hat, Angaben gemacht, die subjektiv unwahr sind.

Aus all diesen Gründen beantragt die Sozialdemokratie, Termin zur Hauptverhandlung gegen den Staatsminister Dr. Sattler vor dem Staatsgerichtshof für das Land Thüringen anzuberaumen und fordert den Landtag auf, Vorschläge für die Bestellung des Vertreters der Anklage zu machen.

Ein Vertuschungsversuch.

Die „D.Z.“-Affäre und die Parteiführer.

Die demokratische Reichstagsfraktion teilt mit: Es ist berichtet worden, daß die Demokratische Partei in der Subventionsfrage gegenüber der „D.Z.“ bereits in Verhandlungen am Montag mit der Reichsregierung der Regierung ihre Unterstützung zugesagt habe. In Wirklichkeit sind keinerlei Verhandlungen darüber gepflogen worden, sondern die Regierung hat die Parteiführer nur über den Stand der Dinge unterrichtet. Ebenso wie der Zentrumsvertreter v. Guérard im übrigen bereits erklärt hat, daß das Zentrum sich keineswegs in dieser Frage bisher irgendwie gebunden habe, gilt das gleiche auch für die demokratische Partei.

Bayern droht fürchterlich...

Es will seine Verschwendung selbst bezahlen.

München, 23. November. (Eigener Drahtbericht.) Am Dienstag begann am Bayerischen Landtag die politische und wirtschaftliche Aussprache, in deren Mittelpunkt der Finanzausgleich und die angelegte Befähigung der bayerischen Eigenstaatlichkeit steht. Im Verlauf der Aussprache will Ministerpräsident Held neuerdings Erklärungen über die weiteren Schritte Bayerns in dieser Frage abgeben. Der Redner der Bayerischen Volkspartei bezeichnet es als schmachvoll und unwürdig (!), daß der bayerische Ministerpräsident bei den Reichstagspartien in Berlin teilnehmen müsse. Die Steuerleistungen des Reichsfinanzministers während des laufenden Haushaltsjahres hätten den Haushalt der Länder ins Wanken gebracht und seien ein Verbrechen wider Treu und Glauben. Preußen sei der alleinige Nutznießer des Berliner Zentralisierungssystems. Wenn es nicht anders werde,

werde das Land Bayern versuchen, sich finanziell auf die eigenen Beine zu stellen.

Der Redner der Sozialdemokratie, Abg. Ditt, hielt den bayerischen Regierungsoberhäupten einen Spiegel ihrer staatspolitischen Leistungen vor. Die bayerische Regierung verlange vom Reich die Einkommensteuer zurück. Da die Lohnempfänger den Löwenanteil gerade dieser Steuer abzugeben, müßten die Armen des bayerischen Volkes die Kosten bezahlen für

die eigenstaatliche Luxusverwaltung Bayerns

mit ihren acht Ministerien, acht Kreisregierungen, Gesandten und Konsulaten und ihren 32 Millionen Jahresausgaben für kirchliche Zwecke. Die Sozialdemokratie danke für einen Föderalismus, der dem Reiche gegenüber sorgfältig die bayerische Eigenart hervorhebt, gleichzeitig aber der fränkischen und schwäbischen Stammeseigenart gegenüber keinerlei Rücksicht kennt. Dieses Bayern hätten die französischen Chauvinisten als Aktinposten in ihre Rechnung eingereiht. Ueber die Verdüsterung Bayerns vom Reich habe Dr. Heim nicht nur geschrieben, sondern auch mit dem Abgelandten des Marschalls Koch verhandelt. Rache durch die Weimarer Verfassung und nicht durch den Unitarismus sei Bayern am sein Ansehen gekommen, sondern dadurch, daß es glaubte, mit Hilfe bewaffneter Freischaren von Bayern aus die Dinge im Sinne der Wiederaufrichtung der Monarchie gestalten zu können.

Theatermanie.

Von Lucian.

Der Abendzug nach Wien läßt diesmal einen besonderen Andrang bemerken. Die Schlafwagenplätze genügen nicht für die vermehrte Nachfrage. Das Aussehen der Fahrgäste aber ist verschieden von dem der übrigen Tage. Weder Vergnügungsreisende noch die aus vergangenen Zeiten bekannten Schieber mit ihren Bündeln und der Banane im Gesicht bestiegen diesmal die Waggonen, sondern es sind meist ehrbare Herren von professoralem Aussehen, teils bebrillt, teils von künstlerisch forscher Haltung. Begeben sie sich zu einer Völkerbundtagung, zu einem wissenschaftlichen Kongreß, zu einer Parlamentarischen Sitzung? Ihre Mienen sind gequält und verraten einen geheimen Kummer, mit pfiffigem Augenaufschlag tauschen sie, untereinander frostige Grüße aus. Sie wissen, sechzehn Stunden Fahrt liegen vor ihnen, sechzehn Stunden Fahrt müssen sie nach zwei Tagen wieder zurücklegen, und was ist der Zweck? Um den Lesern ihrer bürgerlichen Blätter von dem weltbewegenden Ereignis berichten zu können, das man Hauptmann-Premiere nennt, und das nach ihrer eigenen tiefinnersten Ueberzeugung eine belanglose Sache ist.

Was geschieht in Wirklichkeit? Ein Stück, das Reinhardt für Berlin unter allerhand Vorwänden bisher abgelehnt hat, dessen Hauptrolle von zwei der prominentesten Schauspielerinnen als ungeeignet zurückgewiesen worden ist, wird nach jahrelangem Hin und Her endlich in Wien zur Aufführung gebracht. Die Kritik nennt das Werk respektvoll einen Ausguß der Nase Bernh und konstatiert mit Zufriedenheit, daß es sich von den matten Sagenstücken der letzten Periode seines Verfassers erfreulich unterscheidet. Die Zeitungen aber feiern die Aufführung als ein unerhörtes Ereignis. In Wien findet ein Pantel zu Ehren der Presse statt, und in den Berichten über die Premiere wird nicht übersehen, daß der Bundespräsident und die Frau des Vörsenmajors Kaiser, letztere in ihrer entzückenden Robe aus Goldbrokat, erschienen waren und sich höchst befriedigt äußerten.

Das Theater, zu einer Sache von nachfolgender Bedeutung aufgebauht, ist nichts anderes mehr als eine gesellschaftliche Angelegenheit; je mehr die Kunst in den Hintergrund tritt, je weniger die Produktion der Jugend gefördert wird, je mehr das Volk vom Genuß ausgeschlossen ist, um so höher steigt die Bewertung des Theaters, wenn es sich um das Werk irgendeines Ausländers oder eines Prominenten von der Würde Gerhart Hauptmanns handelt. Daß in einer Berliner Saison selbstig Prozent der ausgeführten Werke von Ausländern herrühren, deren Minderwertigkeit nur durch die Tatsache ihrer Fremdartigkeit aufgewogen wird, daß die behandelten Probleme das Volk selten berühren, daß nur in Ausnahmefällen das Werk eines unbekanntem deutschen Autors das Rampenlicht erblickt, das sind Dinge, die das Geschäftstheater immer

mehr in Miskredit bringen. Auf der einen Seite eine Vernachlässigung aller idealen Aufgaben, auf der anderen eine sensationelle Reklame, die in groteskem Mißverhältnis zum geistigen Inhalt steht. Es wird der Anschein einer kulturellen Bedeutung erweckt, die nicht vorhanden ist und deren Fehlen ein ebenso betrübendes Zeichen der Zeit ist wie die Verhältnisse auf dem Büchermarkt. Nur wenn das Geistige in Zusammenhang steht mit dem Sensationellen, wenn es im Sinne eines gesellschaftlichen Ereignisses sich bewerten läßt, nur dann findet es noch die Beachtung, die es als lebendiger Blutstrom im Leben des Volkes jederzeit und unter allen Umständen haben sollte.

Die hörbare Atomzertrümmerung. Im Rahmen der unter der Leitung von Ritsch und Pütterlin in 2. physikalischen Institut der Wiener Universität durchgeführten Versuche über Atomzertrümmerung ist von Dr. G. Stetter und Dr. G. Driner ein Apparat konstruiert worden, der zum aufschüssigen Nachweis von Atomtrümmern dienen soll. Die Hauptaufgabe beim Studium der Atomzertrümmerung ist der Nachweis der aus den zertrümmerten Atomen stammenden Wasserstoffstrahlen. Die von Rutherford zuerst benutzte Methode, die noch heute am meisten in Gebrauch steht, ist die Zählung der Wasserstoffstrahlen mit Hilfe der sogenannten Scintillationsmethode (Aufsangen auf einem Zinkphosphorschirm, wobei die Spur jedes einzelnen Wasserstoffteilchens sich durch einen äußerst schwachen Lichtblitz kennzeichnet). Die Zählung von Alphateilchen oder Wasserstoffteilchen erfordert Beobachter mit sehr gut ausgerüsteten und auf Dunkelheit adaptierten Augen und ist sehr anstrengend. Es lag daher das Bedürfnis nach einem bequemeren Nachweis von Atomstrahlen vor. Professor Gretnacher in Bern hat vor einiger Zeit einen Apparat zum aufschüssigen Nachweis von Alphateilchen konstruiert. Die Alphateilchen werden in eine mit Luft gefüllte Ionisationskammer geleitet, wo die von ihnen erzeugten Ionenpaare einen schwachen Stromstoß in dem an die Ionisationskammer angeschlossenen Stromkreis liefern. Dieser Stromstoß wird durch einen Lautverstärker in entsprechender Weise verstärkt, so daß er in einem an den Ausgangskreis der letzten Röhre angeschalteten Telefon einen hörbaren Kreis erzeugt. Den Herren Stetter und Driner ist es nun nach der „Oesterreichischen Chemikerzeitung“ durch weitere Verbesserungen an einer Apparatur dieser Art gelungen, sie so empfindlich zu machen, daß auch die von Wasserstoffstrahlen erzeugten viel schwächeren Stromstöße hörbar gemacht werden können und mittels eines Lautsprechers sogar einem größeren Auditorium vorgeführt werden können.

Der Ausbau des Deutschen Museums. Nachdem nun die Pläne für die Ausgestaltung des zweiten Stockwerkes des Deutschen Museums fertiggestellt sind, wird diese sofort in Angriff genommen werden. Sie umfaßt die Gruppen Wohn- und Städtebau und die damit eng zusammenhängenden Gebiete der Baumaterialien, Wasserversorgung, Kanalisation, Beleuchtung, Heizung, Lüftung, Gas- und Elektrotechnik. Der Ausbau wird so rasch gefördert werden, daß bis zum Beginn der nächstjährigen Reisezeit auch das zweite Stockwerk dem öffentlichen Besuch zugänglich gemacht werden kann. Auch die Pläne für den Bibliotheksbau sind bereits fertig-

gestellt. Er wird außer der Bucherei auch eine Sammlung technischer Pläne umfassen, die das erste Unternehmen dieser Art sein und somit zu einem Lehrinstitut von Weltbedeutung werden kann.

Der Krieg der Maschine. Von der Offenheit fast unbeachtet, ist dieser Tage eine Uebung der „Mechanischen Brigade“ auf dem Wandersfeld von Salsburg Plain veranstaltet worden. Dabei wurde erstmalig eine ganz neue Art von Kriegswaffen, namentlich Tanks, verwandt, und zwar ohne Raupen-Schlepper, zum Teil aus sechserdrigen Wagen bestehend, die von besonderen Zugmaschinen gezogen wurden. Der neue Kriegswagen soll den Vorteil haben, für größere strategische Bewegungen geeigneter als der alte Tank zu sein. Die Wagen sind mit Maschinengewehren und Feldkanonen besetzt, die elektrisch von dem Führer des Wagens eingestellt und zum Feuern gebracht werden. Je zwölf dieser Wagen bilden ein militärisches Ganzes, das durch ein besonderes Kommando geföhrt wird.

Der verbotene Bauchtanz. Während bei uns die Körperbewegungen beim Tanz sich immer mehr jenen merkwürdigen Drehungen und Verrentungen nähern, die sonst die Eigenheit des Bauchtanzes waren, wendet man sich in der Türkei gegen diesen berühmtesten Tanz des Orients. Die Regierung von Angora will jedenfalls diese „unkultige Körperbewegung“ nicht mehr dulden. Der Bauchtanz, der in Anatolien bisher sehr beliebt war, hat das Mißfallen der obersten Behörden erregt. Wie Konstantinopeler Blätter melden, ist eine Verordnung erlassen worden, in der der türkische Minister des Innern die Ausübung des Bauchtanzes für alle Provinzen verbietet und den Zuwiderhandelnden mit strengen Strafen droht.

Der Jugendpreis Deutscher Erzähler, der dem Verbands Deutscher Erzähler von der Deutschen Buch-Gemeinschaft alljährlich in Höhe von 10 000 M. gestiftet wird, ist für das Jahr 1926 von den Preisrichtern Julianus Kay, Wien, für ihren Roman „Herr Stern“ zugesprochen worden.

Ueber Wallher Rathenau und die Jugend spricht Otto Federn-Rohlfen am Mittwoch, 8. Uhr, im Reichswirtschaftsrat, Bielefeldstr. 15. Für Zugewählte ermäßigte Eintritt.

„Das Kinder- und Jugendbuch“ nennt sich eine Ausstellung, die vom 25. November bis 8. Dezember im Zentralinstitut für Erziehung und Unterricht, W 35, Volkshamer Str. 120, veranstaltet wird.

In der Akademie der Wissenschaften (Unter den Linden 88) findet Sonntag 7 1/2 Uhr der zweite öffentliche Vortrag statt. Prof. Günther spricht über „Raum- und Größenverhältnisse in der Naturwelt“ (mit Lichtbildern). Eintrittskarten 2 M., Stehplätze für Studierende je 50 Pf.

Zum Leiter des hannoverschen Schauspielhauses wurde vom hiesigen Theaterauschuß der seit 12 Jahren in Berlin als Theaterdirektor tätige Dr. Altman gewählt, der schon von 1910 bis 1913 das Deutsche Theater in Hannover leitete.

Kömergräber in Clay. Die Grabungen auf den Gräbern des Hiesiger Kreuzschwertergräberns haben zur Aufdeckung von bereits 79 Kömergräbern geführt. Bei dem 78. Grab dürfte es sich um die Ruhestätte einer vornehmen Römerin handeln. Dieses Grab barg vielleicht einen der schönsten Nömerfunde in Oberösterreich, eine Bronzefigur mit reich verzierten Reliefs, ferner je eine Kugelfuge und längliche Glasföhle, weiter einen Kranz, ein Ostrakon, einen metallenen Handspiegel, ein Schmeßer, eine Lanze und einen Kratzer.

Verlängerung der Kurzarbeiterfürsorge. Die Vorlage vor dem Reichsrat.

Wie das Wolff-Bureau mitteilt, bereitet das Reichsarbeitsministerium die Verlängerung der Kurzarbeiterfürsorge über den 27. November hinaus vor. Der Verwaltungsrat des Reichsamts für Arbeitsvermittlung hat der Verlängerung bereits zugestimmt. Die Zustimmung des Reichsrats ist am Donnerstag zu erwarten.

Die rumänische Hölle.

Vortrag Hermann Wendels über den weißen Schrecken Awerescus.

Am Dienstag abend sprach Genosse Hermann Wendel in einer Berliner Versammlung über den weißen Terror in Awerescu-Rumänien. Seine lebendige Schilderung des rumänischen Elends gewährte Einblick in den vorweltlichen Barbarismus eines Regimes trassierter Rechtslosigkeit und Korruption, dessen „Parlamentarismus“ zum jämmerlichen Komödienstück der herrschenden Tartarier geworden ist.

Der Verantwortungsbewußt in sich trägt, führte Genosse Wendel aus, sollte eigentlich nur dann gegen Grauel in fremden Land Protest erheben, wenn sein eigenes mit fleckenlos weißer Weste dassteht. Nach Rüstern, Landsberg und der Fölktertanmer Sorgast fühlt man als Deutscher bei solcher Verwahrung gegen das rumänische Terrorregime einige Hemmungen. Aber nicht gegen das rumänische Mächtervolk richtet sich ja unsere Anklage, sondern gegen die gewissenlose Sippe seiner Nachfolger, die das an Intelligenzen reiche Land so unmenlich peinig und knebelt. Wendel gab zuerst einen historischen Rückblick auf die Entwicklung des Bauernlandes, schilderte den schamlosen Egoismus der Handvoll Landlords der älteren Vorkriegszeit, die riesigen Latifundienbesitz ihr eigen nannten, indes die Kleinbauernlichen Habenichtse in Rot verdammt. Die Verfassung wurde gräßlich verflächt, ein absurdes Klassenwahlrecht, ähnlich dem preußischen, sorgte für die notwendige Regierungsmajorität.

Immer herrschte in Rumänien der Terror, gemildert allerdings durch grenzenlose Korruption. Der Krieg hat eine gewaltige Umschichtung in Rumänien hervorgerufen und die sozialen Gegensätze scharf herausgearbeitet. Als die Massen erwachten, als in Rußland die Privilegien des Zarismus in Nichts zerfielen, wurden dem herrschenden System das allgemeine Wahlrecht und die grundsätzliche Agrarreform (Gesetze vom Juni 1917 und November 1918) nur durch äußere Not abgepreßt. Wenn auch die Gegenwirkung der Reaktion bald darauf einschloß, der politische Luftzug war gewaltig. 1924 waren 80 Proz. des Bodenbesitzes in Kleinbauernlichen Händen. Der augenblickliche Terror, der Rumänien vermischt, ist der zähe Widerstand des Alten gegen das Neue, die Schwatze des Erbendenden durch den alten Ausbeutungsschapparat. Unmenschlich ist der Terror Awerescus und seiner Spießgesellen. Jeder Kommunist ist vogelfrei, Beteiligung an kommunistischen Bestrebungen wird bis zu lebenslanglichem Zuchthaus bestraft.

Kaum besser geht es dem Sozialdemokraten. Die ganze Meute der Bluthunde ist auf ihn losgelassen. Kein Tag vergeht ohne Zeitungsbeschlagnahme, auch die Minderheitsrechte stehen nur auf dem Papier. Der rumänische Antisemitismus ist jetzt völlig eskalieren, die Kioskwände tragen wie bei uns Holenkreuzschmud. Bei den Wahlen Awerescus hat man die Kandidaten der Opposition verhaftet, Versammlungen gesprengt und mit unglaublicher Willkür dem Gewaltregime die „Parlamentarierheit“ verflächt. Das Parlament ist eine Kulisie zügellosester Gewalttätigkeit. Die berüchtigte „Siguranza“, die rumänische Dhrana, schreit vor seiner Gewalttat, nicht vor Mordmord zurück. Wer Bücher von Marx oder Bebel in seiner Wohnung hat, kommt auf Ronaid hinaus ins Gefängnis. Furchtbare Mißhandlungen und Folterungen politischer Gefangener sind an der Tagesordnung, die rumänischen Gefängnisse sind Höllen der Barbarei. Die Justiz ist der würdige Spießgeselle der Mordpalast.

Aber dem Blutregiment zum Trost regt sich der Widerstand des rumänischen Volkes. S.O.S., wie der Funkruf eines Schiffes in hoher See, schallen uns die Stimmen der geknechteten Rumänen entgegen. Alle freien Seelen begleiten ihren Freiheitskampf mit heißem Verstehen, ihren Hymnen und Schindern jedoch gilt der Fluch aller freien Menschen.

Die neue faschistische Tscheka.

Aus Mailand wird uns berichtet:

Im Zeichen der jetzt betonter gewordenen Polizei- und Schreckenspolitik in Italien hat sich der Generalsekretär der faschistischen Partei, Augusto Turati, vorgenommen, sämtliche faschistischen Provinzialsekretäre durch neue und zuverlässigere Elemente zu ersetzen. Es entspricht der Absicht Mussolinis, daß die Sekretäre der Partei von nun an in enger Zusammenarbeit mit den Kommandos der Miliz wirken sollen, denen die dreifache Aufgabe obliegt, die Interessen der Partei wahrzunehmen, die Gegner zu überwachen und die Repressalien auszuführen. Die offizielle Agentur Stefani berichtet über eine in Palazzo Biminale, im Zimmer Mussolinis selbst abgehaltene Zusammenkunft, an der die Generäle der faschistischen Miliz teilgenommen haben.

Mussolini nahm in seinen Ausführungen Bezug auf die vor kurzem bei den Kommandos der Miliz eingerichteten geheimen politischen Ueberwachungsburcaus (M.P.), deren Bedeutung für die Verteidigung des Regimes er besonders hervorhob. Er hat dabei angekündigt, daß die bereits begonnene Verteilung von Flinten demnächst in regelmäßigerem Tempo vorgenommen werde, angefangen mit 6000 Stück im Monat bis zu dem Zeitpunkt, an dem jeder Legionär die vorgeschriebene Bewaffnung besitze. Die Kommandanten haben den Befehl erhalten, vorläufig in Rom zu bleiben, um Mussolini einzeln über die Lage in ihren Provinzen zu berichten und neue Geheimbefehle für die politischen Verfolgungen entgegenzunehmen, denen man künftighin einen methodischen Verlauf geben will.

Man hat errechnet, daß in Italien seit dem vergeblichen Attentat von Bologna mindestens 100000 Menschen aus politischen Gründen verhaftet worden sind. Niemand weiß, auf welches Ziel der „Duce“ hinstreut; die Polizeichefs in der Provinz beginnen in der Hochstut sich widersprechender Befehle den Kopf zu verlieren. Nach den Massenverhaftungen dieser letzten Tage werden überall dunkle Andeutungen über noch verstärkte Maßnahmen laut, die Mussolini gegen alle bekannten Gegner zu ergreifen willens ist. Währenddem verbreitet sich die Mißstimmung in der unzähligen Masse der Faschistenfreunde aus Herkommen oder Zwang immer spürbarer. In industriellen Kreisen machen sich die schwersten Befürchtungen für die politische Zukunft fühlbar. Diese Gefühle der Müdigkeit und des Mißtrauens, verschärft noch durch die wachsenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten, machen sich in zunehmendem Maße auch in den Kreisen der kleinen Erzeuger und Gewerbetreibenden bemerklich. In der großen Arbeitermasse haben die Mißhandlungen, Plünderungen und Verprügelungen der letzten Tage, nachdem sie bisher völlig passiv geblieben war, ein offensichtliches Gefühl der Wut, wenn nicht sogar der Rebellion, hervorgerufen. Im großen und ganzen kann man feststellen, daß das tyrannische Vorgehen der Regierung und der faschistische Terror in der überwiegenden Mehrheit der italienischen Bevölkerung antisfaschistische Gefühle heraufbeschworen haben.

Gefler und die „Tarnung“

Sein Briefwechsel mit Mahraun.

Die Tatsache, daß der Reichswehrminister im Reichstag gestern wieder die Erklärung abgegeben hat, die Angaben in der Denkschrift Mahrauns bezögen sich nur auf den Streit der sogenannten Vaterländischen Verbände untereinander, wird seitdem beleuchtet durch den „Jungdeutschen“, der den gesamten Briefwechsel zwischen Mahraun und Gefler zum Abdruck bringt. An erster Stelle steht dabei der Brief Mahrauns vom 18. März 1926, der der sogenannten „Denkschrift“ vorausgeht. In dem Abdruck sind verschiedene Stellen punktiert (...). In den Originalen ist an diesen Stellen, wie wir zu wissen glauben, von „getarnten Reichswehrorganisationen“ die Rede. Herr Gefler konnte also über den Inhalt und die Wichtigkeit der ihm mitgeteilten Tatsachen nicht im Zweifel sein. Er antwortete deshalb unter dem 29. März dem Hochmeister des Jungdeutschen Ordens das Folgende:

„Sehr geehrter Herr Mahraun!

Ich bestätige den Empfang Ihres Schreibens vom 18. März 1926. Das überhandte Material war mir in seinen Grundzügen bereits bekannt, da es in letzter Zeit den Gegenstand wiederholter Besprechungen von Vertretern der Jungdeutschen mit meinen Bearbeitern gebildet hat. Bei dieser Gelegenheit ist Ihnen und Ihren Herren eine Prüfung zugesagt worden. Ihre heutige Anzeige ist mir ein neuer Beweis, daß ich jedes Zusammenarbeiten der Reichswehr mit Verbänden aller Art auf das schärfste bekämpfen muß, da sonst — ganz abgesehen von etwaigen außenpolitischen Schwierigkeiten — die Gefahr besteht, daß die Reichswehr in den Kampf der Rivalitäten und Eifersüchteleien dieser Verbände hineingezogen wird. Ich werde Ihre Anzeige daher den betreffenden Außenstellen zur wachsenden Kenntnis bringen.

Hochachtungsvoll, ergebenst

gez. Gefler.“

Unter dem 30. April drückt Mahraun in einem Schreiben an Gefler sein Erstaunen darüber aus, daß die Tatsache der Einreichung der Denkschrift, wahrscheinlich sogar deren Inhalt selbst, weiteren Kreisen bekannt geworden ist, trotzdem die Ordensleitung die strengste Vertraulichkeit gewahrt und nicht einmal dem „Ordenskapitel“ davon Mitteilung gemacht habe. Trotzdem wurden den einzelnen Ordensangehörigen im Lande von Gegnern aus dem Inhalt der Denkschrift mehr mitgeteilt als die Führer des Ordens selbst wissen konnten. Man versuchte, die Mitglieder des Ordens aus ihrem Verband zu lösen unter dem Hinweis, daß mit der Ordensleitung nicht mehr „auf der Grundlage der Treue, der Ehre, der Pflichten und der Moral“ zusammengearbeitet werden könne!

Auf dieses Schreiben, in dem Mahraun bat, ihm mitzuteilen, welche Schritte er zur Wahrung seiner Ehre unternehmen könne, ohne die Interessen der Reichswehr zu verletzen, ließ Gefler folgende, schon nicht mehr höfliche Antwort erteilen:

Major v. Bredow. Berlin, den 15. Mai 1926.
116. W.

Herrn Arthur Mahraun,

Berlin N. O., Potsdamer Str. 20.

Sehr geehrter Herr Mahraun!

Der Herr Reichswehrminister hat mich nach Rückkehr von seinem in der Presse bekanntgegebenen Erholungsurlaub am 13. d. M. beauftragt, Ihnen mitzuteilen, daß er sich nicht veranlaßt sieht, den wiederholten Rückfragen der Sachbearbeiter mit den Herren der Jungdeutschen und seinem Schreiben vom 27. März 1926 (gemeint ist Schreiben vom 29. März 1926. Die Reb.) weiteres hinzuzufügen. Hochachtungsvoll, ergebenst

gez. von Bredow.

Sofort nach Empfang dieses Schreibens hat Mahraun in einem sehr ausführlichen Brief auf die Behauptung der „Deutschen Zeitung“ hingewiesen, daß er mit seiner Denkschrift das Preussische Innenministerium zu dem Vorgehen gegen Claß und Genossen veranlaßt habe. Er unterstrich dabei, daß er seine schriftliche Eingabe erst auf Wunsch Geflers selbst gemacht habe, da dieser ihm das Ver-

Prager Regierungsnöte.

Lösung in Sicht.

Prag, 23. November. (Eigener Drahtbericht.) Die Debatte über den Staatsvoranschlag für 1927 soll noch in dieser Woche im Abgeordnetenhaus beendet werden, ohne daß die tschechisch-deutsche Bürgerregierung bisher eine Mehrheit für den Voranschlag gefunden hat. Die langwierigen Verhandlungen mit den Slowaken haben noch nicht zu einem Ergebnis geführt, und offiziösen Blätterstimmen zufolge denkt die Regierung bereits daran, die Hoffnung auf den Eintritt der Slowaken in die Regierung aufzugeben und die Koalition nach links zu erweitern. Die tschechischen Nationalsozialisten scheinen tatsächlich nicht abgeneigt zu sein, in letzter Stunde gegen gewisse Zugeständnisse einzuspringen und so die Regierung vor dem Sturz zu retten.

Prag, 23. November. (Eigener Drahtbericht.) In der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses wurde die Generaldebatte über den Staatshaushalt beendet. Als die Frage des Ueberganges zur Einzelberatung entschieden werden sollte, stimmten überraschenderweise für die Regierung nicht nur die Slowaken, mit denen die Verhandlungen auf einem toten Punkt angelangt sind, sondern auch die tschechischen Nationalsozialisten. Diese Tatsache bestärkt die Meinung, daß die Nationalsozialisten, die bisher in Opposition zu der deutsch-tschechischen Regierung standen, ernsthaft über den Eintritt in das Kabinett verhandeln.

Pilsudski gegen Parlament.

Untergrabung der Verfassung.

Warschau, 23. November. (Eigener Drahtbericht.) Aus den verschiedensten Vorgängen der letzten Zeit läßt sich erkennen, daß die gegenwärtige Regierung systematisch versucht, die Bedeutung des Sejm und seiner Arbeiten zu verkleinern und ihn nach Möglichkeit überhaupt auszuhalten. So hat der Ministerrat vor einigen Tagen beschlossen, zu den Sitzungen der einzelnen Sejmkommissionen, mit Ausnahme der Budgetkommission, Regierungsvertreter nicht mehr zu entsenden, da die gegenwärtige Sejm-session lediglich zur Besprechung des Budgets

langen nach einer mündlichen Aussprache mit der Bitte beantwortete, er möge seine Angaben schriftlich zusammenstellen.

Vor allem wünschte Mahraun Aufklärung, wie die Denkschrift in die Hände Sodensterns kommen konnte.

Auf dieses neue Schreiben ließ Gefler durch den gleichen Major von Bredow kurz mitteilen, daß er seinem Brief vom 15. Mai „sachlich nichts hinzuzufügen“ habe. Schließlich kam die Vorladung Mahrauns und Bornemanns vor den Reichsanwalt zu einer Zeugenvernehmung in der bekannten Angelegenheit Claß-Hugenberg. Mahraun bat beim Wehrministerium um Rückschlüsse für sein Verhalten, da der Oberreichsanwalt ihn aufgefordert hatte, die Abschrift der Denkschrift mitzubringen. Prompt erhielt er wiederum von Major Bredow im Auftrag, diesmal des stellvertretenden Reichswehrministers, die Mitteilung, „daß sich das Reichswehrministerium darauf beschränken muß, Sie auf die Bestimmungen der Strafprozeßordnung zu verweisen“.

Diese schroffe Abweisung eines Mannes, dessen „vaterländische“ Haltung man beim besten Willen nicht bezweifeln kann, deutet darauf hin, daß im Reichswehrministerium die Angaben seiner Denkschrift als eine üble Belästigung empfunden worden sind. Das ist begreiflich für den Fall, daß tatsächlich die behaupteten Verbindungen von Reichswehrstellen mit den Vaterländischen Verbänden bestanden und bestehen. Wenn darin z. B. angegeben ist, daß in einer Sitzung im Landbundeshaus in der Dessauer Straße unter dem Vorsitz eines ehemaligen Majors von Hinüber ein Hauptmann Fromm vom Stabe des Wehrkreis-Kommandos III eine Rede gehalten hat, in der behauptet wird: „Recht ist nichts, Macht ist alles, aber heute stinkt alles nach Masse, Gasse, Gasse. Den richtigen Mann an die richtige Stelle zu bringen, das ist die politische Aufgabe, die das Heer zu erfüllen hat“ oder „das Heer hat die Bezirkskommandos wieder eingerichtet. Jeder Kreis hat seinen Kreis-Kommandeur und seinen Kreisoffizier... Die Regierung weiß und duldet es“, so hätte der Reichswehrminister zwar allen Anlaß, den Herrn Fromm schleunigst aus der Reichswehr zu entfernen. Statt dessen aber lehnt er jede Erörterung über den Fall ab und trägt so dazu bei, die „Tarnung“ zu vertiefen, die seine Bearbeiter aufs redlichste vorbereitet haben.

Gefler und das Innenministerium.

In seiner gestrigen Reichstagsrede nahm Reichswehrminister Dr. Gefler Stellung zu der bekannten Denkschrift des Herrn Mahraun. Dabei erklärte er, er habe „den Herrn preussischen Innenminister, der ja die Aufsicht über diese Verbände hat, von dem Inhalt der Denkschrift verständigen lassen“.

Durch Mitteilungen des Polizeipräsidenten Berlin, das in der Regel seine Anweisungen vom Preussischen Innenministerium sehr rasch erhält, ist festgestellt, daß die Polizei erst vor wenigen Tagen die Denkschrift zur Einsicht bekam.

Nach unserer Erinnerung hat auch das Preussische Innenministerium im April und Mai auf Anfragen immer die Auskunft erteilt, daß ihm die Denkschrift nicht bekannt sei.

Zwischen diesen Tatsachen und der Erklärung Dr. Geflers im Reichstag läßt ein unüberbrückbarer Widerspruch. Man weiß wohl, daß der Weg von republikanischen Worten des Reichswehrministers zu Taten ein ungewöhnlich langer ist. Immerhin ist bemerkenswert, daß ganz ohne Zweifel die Berliner Polizei von der Mahraun'schen Denkschrift viel später Kenntnis erhalten hat als Sodenstern und die „Deutsche Zeitung“.

Es wäre also dringend zu wünschen, daß das Preussische Innenministerium einmal deutlich erklärt, wann eigentlich die Denkschrift ihm vom Reichswehrministerium zugegangen ist!

bestimmt sei und sich daher mit anderen Fragen nicht zu beschäftigen habe! Im Parlament wird darauf hingewiesen, daß ein derartiger Beschluß der Regierung die selbständige gesetzgeberische Initiative des Sejm, die ihm auf Grund des Artikels 10 der Verfassung zusteht, erheblich beschränkt. Daneben hat die Regierung an die Marschälle (Vorsthenden) des Sejm und des Senats ein Schreiben gerichtet, in dem sie verlangt, daß sämtliche Anträge der Abgeordneten, die in früheren Sitzungen eingebracht worden sind, ihrer Gültigkeit verlustig erklärt und ältere Anfragen nicht beantwortet werden sollen. All dies hat unter den Abgeordneten große Erregung hervorgerufen.

Er mordung Oppositioneller.

Warschau, 23. November. (CP.) Die politischen Mordfälle nehmen in der letzten Zeit stark zu. Nach der Ermordung von mehreren Ukrainern und Weißrussen in Ostgalizien und im Winaer Gebiet wurde mitten am Tage auf einer belebten Straße in Warschau der Führer einer kommunistischen Bauerngewerkschaft, Angjzowski, von vier unbekanntenen Männern niedergeschossen, die entkommen konnten, ohne daß die Polizei eingriff.

Monsterprozeß gegen Ukrainer.

Warschau, 23. November. (CP.) In Wladimir-Wolynsk begann ein Prozeß gegen 150 Ukrainer, die angeklagt sind, im Jahre 1924 einen bewaffneten Aufstand zur Losreißung Wolhyniens von Polen geplant zu haben. Unter den Angeklagten sind zahlreiche Intelligenzen. Der Prozeß findet in einer Schule statt, da das Gerichtsgedäude zu klein ist. Starke Militär- und Polizeiabteilungen sind aufgestellt. Verteidiger sind bekannte ukrainische Anwälte und linksstehende polnische Abgeordnete. Der Prozeß dürfte zwei Monate dauern.

Der französische Senator Beranger hat die Erneuerung seiner Beauftragung als französischer Schiedsrichtungskommissar abgelehnt. Sehr begreiflich, da doch Poincaré das Beranger-Abkommen verwirft.

Entwaffnungsforderungen an Bulgarien erhebt eine neue Entente-Note, da das Heer weit stärker ist, als die Friedensbestimmungen erlauben.

Der Kampf um den Achtstundentag. Und der Krampf der SPD.

Das von den Gewerkschaften geforderte Rotgesetz zur Wiederherstellung des Achtstundentages und zur Beseitigung des Ueberstundenunwesens ist noch nicht unter Dach und Fach. Die Unternehmer machen verzweifelte Anstrengungen, um den Vorstoß der Gewerkschaften zur Verkürzung der Arbeitszeit zu parieren. In dieser Situation heißt die „Rote Fahne“ in geradezu infernalischer Niedertracht gegen das Rotgesetz und gegen den Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund.

Die „Rote Fahne“ will von einem Rotgesetz nichts wissen, sie fordert ein endgültiges Arbeitszeitgesetz. Dabei weiß jeder politische Beobachter, daß gerade im Interesse der Arbeitslosen sofort etwas geschehen muß und daß das nur mit Hilfe eines Rotgesetzes möglich ist. Bis ein endgültiges Arbeitszeitgesetz verabschiedet werden kann, vergehen mindestens Monate. Alle Welt weiß und begreift das, nur die „Rote Fahne“ nicht. Die SPD macht Politik vom Wollentuchstuch aus und fordert ohne viel Fragen die Einführung der 42-Stunden-Woche. Forderungen sind billig wie die Brombeeren.

Es kommt nicht darauf an, etwas zu fordern, sondern darauf, etwas durchzusetzen. Der achtstündige Maximalarbeitsstag, die 42-Stunden-Woche und alle Forderungen des kommunistischen Arbeitszeitgesetzes können, so erklärt der tapfere Hans Rautaus in der „Roten Fahne“ selbst, niemals im Parlament durchgeführt werden, wenn nicht die gesamte Arbeiterklasse auf den Plan tritt. Zur gesamten Arbeiterklasse gehören auch die Christen und Hirsche, und deshalb ist ja gerade das Rotgesetz zu einer gemeinsamen Angelegenheit der Spitzenorganisationen der Gewerkschaften gemacht worden.

Immerhin — politische Unionslosigkeit könnte man dem Leitartikel in der „Roten Fahne“ zur Not noch verzeihen. Anders steht es jedoch mit den unerschämten Beschimpfungen gegen den Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund. Der Wortlaut des Rotgesetzes, so heißt es, sein „ein ungeheuerlicher Skandal und ein Verstoß der Arbeiterinteressen, wie er schlimmer nicht gedacht werden kann“. Er übertrifft die schlimmsten Befürchtungen und sei mit jedem Wort, das er vorher mit den kapitalistischen Koalitionsparteien vereinbart wurde. Wenn das nur wahr wäre! Für das Rotgesetz haben die Spitzenorganisationen einen Entwurf den Parteien des Reichstags überreicht, der als Grundlage für ein Initiativgesetz dienen kann. Zweck dieses Gesetzes muß die Sicherstellung des Achtstundentages sein. Der Zweck des Initiativgesetzes der SPD, ein weiter nichts als das sogenannte „Entlastungsmotiv“, ein Krampf, den kein Mensch, die SPD am allermeinsten ernst nimmt.

Der Reichsarbeitsminister ruft nach dem Staatsanwalt Selbsthilfe ist besser.

Im Zusammenhang mit dem an die Sozialministerien der Länder gegangenen Ersuch des Reichsarbeitsministeriums zur Einschränkung der Ueberstundenarbeit hat der Reichsarbeitsminister auch ein Schreiben an den Reichsjustizminister über die strafrechtliche Sicherung der Durchführung des gesetzlichen Arbeitszeitgesetzes geschickt. Der § 11 Abs. 3 der Verordnung über die Arbeitszeit bestimmt bekanntlich, daß der Unternehmer bei Duldung oder Annahme freiwilliger Mehrarbeit, soweit es sich um männliche Arbeitnehmer über 16 Jahre handelt, nicht strafbar ist, wenn die Mehrarbeit durch besondere Umstände veranlaßt und keine Dauerarbeit ist, und wenn sie weder durch Ausbeuten der Kollage oder der Inerfahenheit des Arbeitnehmers von dem Arbeitgeber erwirkt wird, noch auch offensichtlich eine gesundheitliche Schädigung mit sich bringt. Diese Vorschrift gibt dem freien Ermessen einen zu großen Spielraum. Sie ist in dem Entwurf des Arbeitszeitgesetzes nicht aufgenommen. Auch der von den Gewerkschaften vorgeschlagene Entwurf zum Rotgesetz fordert den Wegfall der Vorschrift.

Die Verhältnisse auf dem Arbeitsmarkt lassen es nach Auffassung des Reichsarbeitsministers als notwendig erscheinen, ganz allgemein die Staatsanwaltschaften darauf hinzuweisen, daß sie bei der Verfolgung von Zuwiderhandlungen gegen die Schulpflicht über die Arbeitszeit mit aller Strenge vorgehen. Der Reichsarbeitsminister verlangt daher vom Reichsjustizminister, dafür zu sorgen, daß die Justizministerien der Länder entsprechende Anweisungen an die Staatsanwaltschaften geben.

Der Reichsarbeitsminister fühlt sich also bemüht, die Staatsanwaltschaft in Bewegung zu setzen, um den schlimmsten Auswüchsen der Ueberstundenwirtschaft entgegenzuarbeiten. Schön. Wie wäre es aber, wenn er sich selbst in Bewegung setzte, um durch ein Rotgesetz den Achtstundentag wieder herzustellen?

Die Agitation der Christlichen.

Bödingen, 23. November. (Mitt.) In zahlreichen Versammlungen, die die christlichen Gewerkschaften im rheinisch-westfälischen Industriegebiet zur Besprechung der Frage des Achtstundentages einberufen hatten, erklärten sie sich zur Verständigung mit den Wirtschaftsverbänden bereit. Die gegenwärtige schwierige Wirtschaftslage gebietet es, sich zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammenzuschließen und Gegensätze und Spannungen zu überbrücken. Gleichlautende Entschlüsse, die einstimmig angenommen wurden, billigen das Vorgehen der Spitzenorganisationen in der Forderung eines Arbeitsgesetzes, wenn die bestehenden Arbeitsbestimmungen zur Wiederherstellung des Achtstundentages abgeändert werden sollen. Da durch die Wiedereinführung des Achtstundentages große Massen Arbeitsloser dem Erwerbseben zurückgegeben werden, erwarte man, daß die politischen Parteien die Forderung der Spitzenorganisationen bei den parlamentarischen Verhandlungen unterstützen.

Uebergewinne der Zechenbesitzer. Ueberausbeutung der Bergarbeiter.

Die atemraubende Heißjagd, die seit dem Ausbruch des englischen Bergarbeiterstreiks in den deutschen Kohlenrevieren eingeleitet hat, konnte an der Gesundheit der Bergarbeiter nicht spurlos vorübergehen. Die Krankenziffern steigen und steigen. Die Grubenherren aber erstatten jetzt ihren Dank an die Bergarbeiter, die sich bei der Kohlenheißjagd zu Tode geschuftet und sich halb oder dreiviertel die Schwindhucht geholt haben, in Form von Beschimpfungen. Die Presse der Grubenherren, voran natürlich die „Deutsche Bergwerkszeitung“, besingt die Stürze, die krankfeiernden Bergarbeiter zum größten Teil als Simulantien zu bezeichnen. Das ist der Dank vom Hause Habsburg.

Worauf ist die Erhöhung der Krankenziffern zurückzuführen? Lediglich auf die körperliche Ueberanstrengung, vor allem auf das Auspumpen der organischen Reserven durch das Ueberstundentunwesen. Die „Bergwerkszeitung“ will ihre Behauptung, daß die kranken Bergarbeiter simulierer, damit beweisen, daß von 12 177 geladenen Krankfeiern, die zur Nach-

SPD.-Metallarbeiter! Besucht eure Wahlkörperversammlungen!

untersuchung bestellt waren, 5219 überhaupt nicht erschienen seien oder die Arbeit nicht wieder aufgenommen hätten. Schnellfertig spricht das Zechenunternehmerorgan von 62 Proz., obwohl es nur 42,68 Proz. sind. Will das Blatt etwa bestreiten, daß unter den Geladenen, die nicht erschienen sind, auch Schwerkranke waren, die also nicht kommen konnten?

Aber selbst der schmerndeindustrialische „Rheinisch-westfälische Wirtschaftsdienst“ muß bestätigen, daß bei der jetzigen achtstündigen Schicht gegenüber der 8 1/2-Stunden-Schicht der Vorkriegszeit die Leistung pro Kopf der Gesamtbelegschaft von 0,59 Tonnen im Jahre 1913 auf 1,11 Tonnen gestiegen ist.

Der Raubbau an Menschenkraft während der Englandkonjunktur zeigt sich jedoch nicht allein in den Krankenziffern, sondern auch in dem Steigen der Unfälle, besonders im dritten Quartal. Die Unfallziffern im Bergbau im Laufe des Jahres zeigen folgendes Bild: erstes Vierteljahr: Gesamtzahl der Unfälle 15 534, auf 1000 Beschäftigte 49,55, tödliche Unfälle 189, auf 10 000 Beschäftigte 5,74; im zweiten Vierteljahr lauten die entsprechenden Zahlen: 15 115, 46,59, 210, 6,47; im dritten Vierteljahr: 21 759, 62,98, 209, 6,04. Angesichts dieser Ziffern gehört schon sehr viel Dreistigkeit dazu, den Bergarbeitern vorzuwerfen, sie feierten zuviel und simulierten mit dem Kranksein. Die Unfallstatistik spricht Bände.

Während die Bergarbeiter zusammenbrechen, steigen die Gewinne der Unternehmer. Die Konjunktur ist günstig wie nie zuvor. Der Goldstrom der Zechenbesitzer schwillt immer mehr an, zu gleicher Zeit aber auch das Krankenelend der Bergarbeiter. Auch die Kurstabelle spricht Bände:

	2. 1. 26	3. 6. 26	2. 11. 26
Deutsch-Lugenburg	55,—	111,—	182,70
Österr. Steinkohle	56,—	110,70	186,—
Seltenerdminer A.-G.	59,25	112,50	198,—
Sarpener V.-G.	88,—	127,50	208,10
Societ	56,—	105,70	179,70
Nachwertwerte	46,—	81,75	160,20
Wannemann	46,12	103,80	197,—
Thöni	55,—	85,87	142,—
Rheinthal	44,12	122,50	187,20
Zofringen	38,—	87,—	118,—

Trotz dieser Zahlen redet die Presse der Grubenunternehmer immer wieder von einer Ueberreizung der Sozialpolitik. Uebertrieben ist das Ueberstundentunwesen, übertrieben die Abnutzung der Arbeitskraft; daher die steigenden Unfälle und Erkrankungen im Ruhrbergbau. Die Sozialpolitik aber ist, gemessen an den Gewinnziffern der Unternehmer und den Kranken- und Unfallziffern der Bergarbeiter, noch immer das Alchembrödel, das sie von jeher war.

Fördert die Notstandsarbeiten!

Von den 35 Millionen, die Preußen für die produktive Erwerbslosenfürsorge neuerdings bereitgestellt hat, ist, wie wir erfahren, soeben ein größerer Teilbetrag an die Regierungspräsidenten zur Finanzierung der Notstandsarbeiten überwiesen worden.

Die Zahl der Notstandsarbeiter ist nach den bis jetzt vorliegenden Zählungen noch immer bei 130 000 stehen geblieben. Der Winter steht nun vor der Tür. Es muß von den Regierungsstellen wie von den Gemeinden gefordert werden, daß im Laufe der nächsten Wochen die Zahl der Notstandsarbeiter die Ziffer vom Frühjahr in Höhe von rund 180 000 nicht nur wieder erreicht, sondern noch übersteigt, denn mit der Dauer der Arbeitslosigkeit wächst die Notwendigkeit der Arbeitsbeschaffung.

Nur nicht zu großzügig . . . für die Arbeitslosen.

Für den Bau von Arbeitsnachweisgebäuden sind in Preußen nunmehr vier Millionen bereitgestellt worden. Das Reich hatte Preußen anfänglich nur 1,8 Millionen bewilligt. Preußen rundete aber seinen Anteil auf 2 Millionen auf; dadurch

wurde der Gesamtbetrag auf 4 Millionen erhöht. Die Vorschläge der Gemeinden über die Errichtung neuer Arbeitsnachweisgebäude liegen bis auf einige wenige Eingaben nahezu vollständig beim preußischen Wohlfahrtsministerium vor. Die Entscheidung bei der Auswahl der verschiedenen Projekte wird in Kürze erfolgen.

Vier Millionen für den Bau von Arbeitsnachweisgebäuden? Das ist ein Tropfen auf den heißen Stein. Die Mißstände in der Unterbringung der Arbeitsnachweise sind in vielen Städten so groß, daß mit vier Millionen dem Uebel nicht gesteuert werden kann. Reich und Länder und ebenso die Stadterwaltungen, die mancherorts bedauerlicherweise in dieser überaus wichtigen Frage eine geradezu empörende Gleichgültigkeit zeigen, müssen sich endlich einmal zu einer Tat aufraffen. Für alles ist Geld da, nur nicht für die zweckmäßige Unterbringung einer Behörde, deren Aufgaben doch mindestens ebenso wichtig sind wie die anderer Behörden, für die Platz und Luft geschaffen werden soll. Es braucht ja nicht gleich der „Kaiserhof“ zu sein.

Für die Angestellten der Behörden. Der AFA-Bund an den Reichstag.

Der AFA-Bund hat für seine Behördenangestellte organisierenden Verbände im Einvernehmen mit dem ADB, eine auch von den übrigen Angestelltenorganisationen unterstützte Eingabe an den Reichstag gerichtet. Die Eingabe weist darauf hin, daß seit zwei Jahren keinerlei Einkommensverbesserungen für die Behördenangestellten erfolgt ist, obwohl die Gesamtlebenshaltung durch das Steigen der Wohnungsmiete und die sonstige Preisentwicklung erschwert worden ist. Es wird daher eine entsprechende Erhöhung des Zuschlages zum Grundgehalt in den unteren und mittleren Verwaltungsklassen verlangt.

Quartalsversammlung des Verkehrsbundes.

Der Vorsitzende der Russlandfahrer ausgeschlossen.

Der Verkehrsbund hatte am Montagabend im Gewerkschaftshaus seine Quartalsgeneralversammlung, die sehr gut besucht war. Vor Eintritt in die eigentliche Tagesordnung wurde u. a. auf die Vorentscheidung aufmerksam gemacht, die die Konsumgenossenschaft vom 27. November bis 6. Dezember im Gewerkschaftshaus veranstaltet. Sodann gab Genosse Drimann den Geschäftsbericht für das 3. Quartal.

Angriffsbewegungen wurden insgesamt nur 5 geführt in 38 Betrieben mit 1440 Beschäftigten, für die eine wöchentliche Lohnerhöhung von 2145,50 M. erreicht wurde. Abwehrbewegungen dagegen mußten 9 in 965 Betrieben mit 21 731 Beschäftigten geführt werden. In einem Falle wurde für 19 Betriebe mit 385 Beschäftigten eine wöchentliche Lohnerhöhung von 365 M., in einem anderen Falle für 10 Beschäftigte in 3 Betrieben eine solche von 10 M. erzielt. In den übrigen Fällen konnte eine Lohnerhöhung von insgesamt 73 133 M. wöchentlich abgewehrt werden oder der Abbau des Urlaubs und anderer sozialer Bestimmungen. Jedenfalls sind diese Erfolge der Organisation in einer Zeit der Abbaumet der Unternehmer nicht zu unterschätzen.

Im 4. Quartal, das nicht in die Berichtsperiode fällt, ist die Organisation wieder zu größeren Angriffsbewegungen übergegangen. Die Werbeweche hat der Organisation eine ganze Anzahl neuer Mitglieder zugeführt. Während des 3. Quartals wurden insgesamt 3236 neue Mitglieder aufgenommen ausschließlich der 144 Uebertritte von Mitgliedern anderer Organisationen. Zum Schluß verwies Drimann noch auf die Aktion der Spitzengewerkschaften zur Wiedereinführung des Achtstundentages und erwähnte die Delegierten, ebenfalls zur Eindämmung des Ueberstundenunwesens beizutragen.

Der Kassierer Brecht erläuterte anschließend den gedruckt vorgelegten Kassenbericht, der eine Vermehrung des Bestandes der Lotostafel von 26 640,48 M. auf 40 188,03 M. ausweist.

Nach dem Schlußwort des Genossen Drimann fanden sämtliche kommunistischen Vorträge, in denen u. a. die Entsendung von Delegierten zum „Werttätigen“-Rummel gefordert wurde, ihre Erledigung, indem sie mit großer Mehrheit abgelehnt wurden. Angenommen wurde ein Antrag, der den erwerbslosen Mitgliedern anheimstellte, einen Wochenbeitrag von 10 und 20 Pf. zur Wahrung ihrer Rechte, steigende Unterstützung zu zahlen. Der schon in der vorigen Generalversammlung begründete Ausschlußantrag gegen Friß Körber, den Russlandfahrer, wegen seines organisations-schädlichen Verhaltens wurde gegen eine Stimme angenommen. Ebenfalls wurde einstimmig beschlossen, das frühere Mitglied des Betriebsrates der Straßenbahn, Kruppa, wegen Spionage auszuschließen.

Jugendgruppe des AFA. Heute, Mittwoch, 7 1/2 Uhr, lagen folgende Beside: Reußhain: Jugendheim Rosenthal, M. Vortrag: „Der Bauernkrieg“ (Schleifer). — Bödingen-Gesandhausen: Jugendheim Schönholzstr. 1 (Lützowheim), 5 U. — Die Beside der übrigen Gruppen: — Schöneberg: Jugendheim Hauptstraße 15 (Kronenlohnhammer). — Bietrow: Grundbesitzer des „Wormismus“. — Charlottenburg: Jugendheim Köpenicker Str. 4. Vortrag: „Kontingente“ (Möbius).

Freie Gewerkschaftsgruppe. Heute, Mittwoch, 7 1/2 Uhr, lagen die Gruppen: Reußhain 1: Gruppenheim Jugendheim Rosenthal, M. Vortrag: „Die Gewerkschaften als Kulturfaktor“. — Schöneberg: Gruppenheim Rosenthaler Str. 15 (Kronenlohnhammer). — Bietrow: Grundbesitzer des „Wormismus“. — Charlottenburg: Gruppenheim Köpenicker Str. 4. Vortrag: „Kontingente“ (Möbius). — Aufbau der freien Gewerkschaften. — Charlottenburg: Gruppenheim Jugendheim Rosenthal, M. Vortrag: „Die Gewerkschaften als Kulturfaktor“. — Charlottenburg: Gruppenheim Jugendheim Köpenicker Str. 4. Vortrag: „Kontingente“ (Möbius). — Charlottenburg: Gruppenheim Jugendheim Rosenthal, M. Vortrag: „Die Gewerkschaften als Kulturfaktor“.

Verantwortlich für Politik: Dr. Curt Geier; Wirtschaft: Fritz Gaiser; Gewerkschaftsbewegung: Friedrich Geyer; Reußhain: R. G. Geyer; Soltes und Sontag; Friß Körber; Anzeigen: H. Gode; sämtlich in Berlin. Verlag: Bornhörs-Berlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Bornhörs-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 2. Hierzu 2 Beilagen aus „Unterhaltungs und Wissen“.

Hautausschlag, Beinschäden

(Krampladern), auch veraltete Wunden, Hautjucken und Flechten heilt die milde und wohltuende, seit 100 Jahren bewährte San.-Rat Dr. S. rahi's Haussalbe. Original-Dose à M. 1,25, 2,50, 4,30 versendet kostenfrei. Elephanten-Apothek, Berlin SW 19, Leipziger Straße 74, am Dönhofsplatz.

SPARKASSE

Annahmestellen für Spar- und in Groß-Berlin

Neukölln:
Zig.-Gesch. A. Hein, Thürlinger Str. 17
Heinrich, Münchner Str. 19
Oertner, Wissmannstr. 19
Nicolaisen, Herfordplatz 3
A. Niesewand, Pflügerstr. 24

Charlottenburg:
Zig.-Gesch. Erich König, Eosanderstr. 4
M. Steinhöfel, Sybelstr. 25
F. Schmidt, Am Volkshaus 4

Schöneberg:
Zig.-Gesch. Jakobs, Tempelhofer Str. 18

Spandau:
Volkshaus, Potsdamer Straße 48

Reinickendorf-Ost:
Buchhandl. M. Bamberg, Residenzstr. 126

Berlin N:
Zig.-Gesch. Tietz, Invalidenstraße 124
A. Woltere, Stargarder Str. 76
Paul Zemann, Tegeler Str. 7
M. Ulbrich, Prinzenallee 64
E. Zerndt, Brünzeler Str. 17

Verband der Lebensmittel- u. Getränkearbeiter, Mulackstraße 10

Berlin NO:
Zig.-Gesch. Seldner, Belforter Straße 11

Berlin O:
Zentralverb. d. Fielsch, Torndorfer Str. 32
Zig.-Gesch. Oerhardt, Stralauer Allee 23

Berlin SO:
Zig.-Gesch. Paul Horsch, Engelauer 24/25

Berlin SW:
Zentralverband der Angestellten, Belle-Alliance-Straße 7-10
Buchdrucker-Haus, Dreilindstraße 3
Wiwo, Lindenstraße 42

Berlin W:
Zig.-Gesch. Wilh. Wolf, Steinmetzstr. 14

Bank der Arbeiter, Angestellten u. Beamten A. G.

Berlin S 14, Wallstraße 65

Postcheckkonto Berlin 3586

Breslau I, Margaretenstr. 17 / Hamburg I, Besenbinderhol 57/59

Postcheckkonto Breslau 414

Postcheckkonto Hamburg 32530

Sparkasse:

Spareinlagen von 1 Mark an zu 4 1/2 Proz. mit täglicher Kündigung

Spareinlagen von 1 Mark an zu 5 1/2 Proz. mit monatlicher Kündigung

Spareinlagen v. 500 Mark an zu 6 1/2 Proz. mit vierteljährl. Kündigung

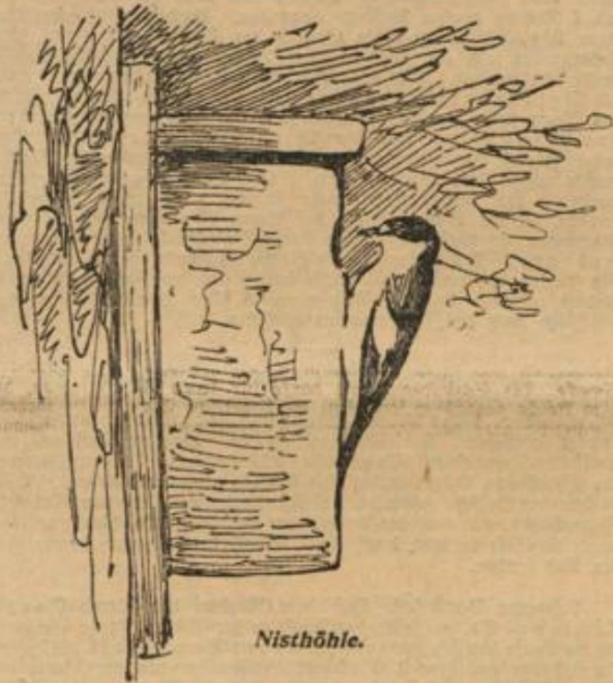
Kassenstunden: 9—3 und 5—7 Uhr „Schließfächer“ Sonnabends: 9—1 Uhr

Vogelschutz in der Großstadt.

Den Bestrebungen, unsere Vogelwelt zu schützen, wird in neuerer Zeit immer mehr Aufmerksamkeit gewidmet. Sie gehen sowohl von einzelnen Personen und Vereinen als auch von den Gemeinden aus. Es wäre eine lohnende Aufgabe der Stadt, diese Bestrebungen noch mehr, als es bisher geschehen ist, tatkräftig zu unterstützen. Die großen parkartigen Anlagen innerhalb und im Weichbilde der Stadt bieten hierfür Gelegenheit in reichem Maße. Auch der einzelne, der so glücklich ist, einen Garten in den Außengemeinden oder in den Laubkolonien sein eigen nennen zu können, kann sein Teil zum Schutze unserer beschwingten Freunde beitragen. Ja, es genügt auch schon ein kleiner Balkon oder gar ein Fensterbrett, um den hungrigen bedienten Gästen in der Wintersnot ein wenig Nahrung zu bieten.

Auch ein Kampf ums Dasein.

Die Gründe dieser Schutzbestrebungen sind sehr verschieden. Ethische und ästhetische Beweggründe, sowie auch in geringerem Grade die Nützlichkeit, sind hierfür maßgebend. Die Erhaltung unserer heimatischen Tierwelt, die immer mehr der fortschreitenden Kultur weichen oder sich an neue Verhältnisse gewöhnen muß, ist ebenfalls unsere Pflicht. Die Vertilgung schädlicher Insekten durch diese Vogelarten darf keineswegs unterschätzt, aber auch nicht überschätzt werden. Ueberhaupt soll bei den Schutzbestrebungen der Nützlichkeitsstandpunkt weniger in Betracht gezogen werden. Der Vogelschutz kann auf vielfache Weise ausgeübt werden. Es kann durch Aufstellung von Futterhäusern und Anbringung von Futtervorrichtungen verschiedenster Art den während der kalten Jahreszeit sich hier aufhaltenden Vögeln über die Räte des Winters geholfen werden. Schnee und Eis, Raureif und anhaltender Regen machen den Vögeln das Leben schwer und viele fallen diesen heimtückischen Witterungseinflüssen zum Opfer, zumal wenn sie an der Nahrungsaufnahme gehindert sind. Die meisten Vögel gehen im Winter durch Nahrungsmangel und nicht durch Erfrieren zugrunde. Hier kann eine künstliche Fütterung Abhilfe schaffen. Die Aufstellung geeigneter Futterhäuser, die wirklich praktisch sind und das Einschneien des

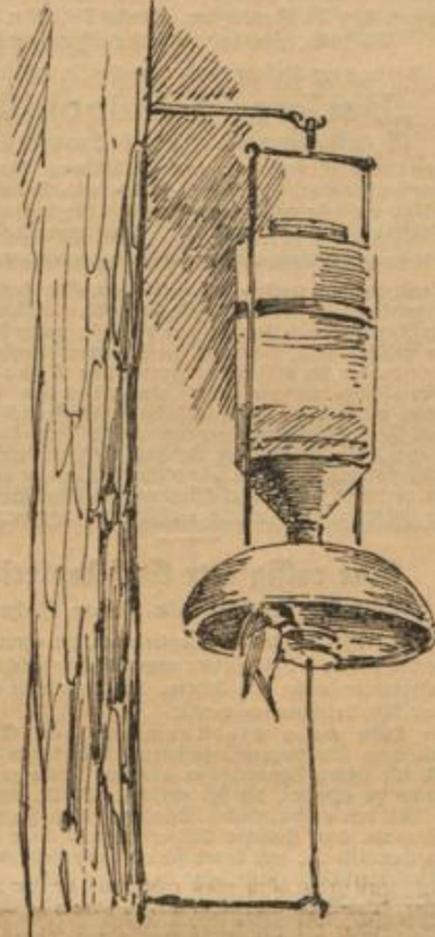


Nisthöhle.

dargebotenen Futters verhindern, das Begießen von Radelhölzern mit dazu aus Fett, Sämereien und anderen Futterstoffen hergestellten erwärmten Futtermischungen, die Anbringung von Futtergloden und ähnlichem seien hier erwähnt.

Futter- und Nistgelegenheit.

Zur Verfütterung dürfen nur solche Stoffe gelangen, die von den Vögeln gern gefressen werden und nicht durch Käse und Rasse verderben können. Vor allen Dingen vermeide man Brot oder Kuchenkrümel und ähnliche Dinge zu verfüttern, da sie bei Kälte gefrieren und in diesem Zustande den Vögeln nur schädlich werden können.

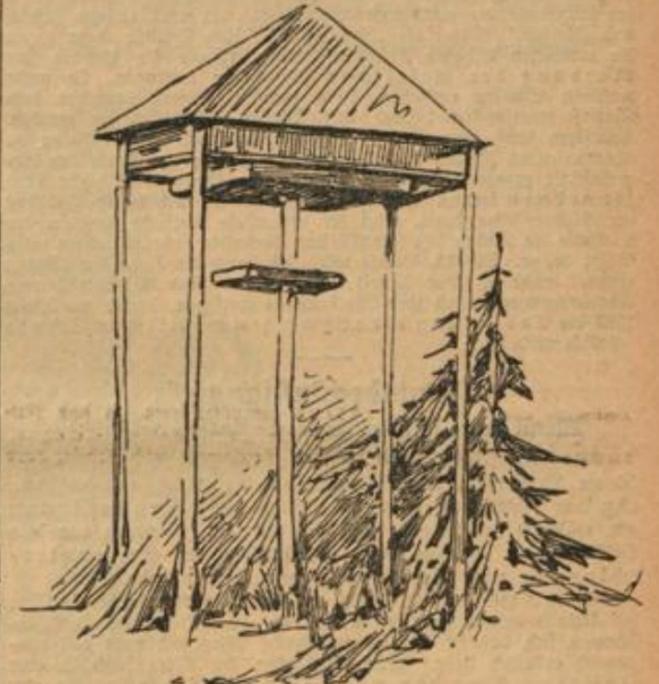


Futterglocke.

Es sei nochmals darauf hingewiesen, daß sämtliches zur Verfütterung gelangendes Futter an günstigen, schnee- und raureisfreien Orten ausgestreut werden muß, so daß es nicht durch Schnee bedeckt werden kann. Auch die Einrichtung der Futterhäuser muß dementsprechend sein. Eine weitere Forderung des Vogelschutzes ist die Schaffung von Nistgelegenheiten, die als Hauptbedingung eines erfolgreichen Schutzes bezeichnet werden muß. Alle Bäume, die verschiedenen Vögelarten in ihren morschen und ausgehöhlten Nesten Niststätten bieten, Baumbestand und Hecken fallen immer mehr einer zum geringsten Teile notwendigen, zum größeren Teile der Profitgier

entflammenden Kupferrückbildung von Gelände und Abholzung von Baumbestand zum Opfer. Hier gilt es rücksichtslos einzugreifen, um bestehenden Baumbestand und Hecken zu erhalten. Durch eine planmäßige, den Regeln des Vogelschutzes entsprechende Verteilung und Anbringung von Nisthöhlen verschiedenster Art und Größe, die den Nistgewohnheiten der betreffenden Vogelarten entsprechen, kann der Mangel an natürlichen Brutstätten ausgeglichen werden. Hierbei ist nur an eine Erhaltung und Ansiedlung von sogenannten „Höhlenbrütern“ gedacht. Aber auch den Vogelarten, die ein freistehendes, offenes Nest in Hecken und Astgabeln der Bäume und Sträucher zu bauen pflegen, kann durch Anlegen von Hecken, durch Anpflanzung von Bäumen und Sträuchern, die nach bestimmten Methoden beschneitten werden, um die Bildung von günstigen Nistgelegenheiten zu erzielen, eine Niststatt geschaffen werden. So hatten der Großstadt viele Aufgaben. Aber auch diese sollten trotz der großen politischen und wirtschaftlichen Räte nicht vergessen werden. Auch der einzelne Einwohner der Großstadt kann das Seinige zur Erhaltung und zur Ansiedlung unserer Vogelwelt beitragen. Im Garten, auf dem Balkon, auf dem Fensterbrett kann im Winter an geeigneten Stellen schon aus einfachen Mitteln eine Fütterungsvorrichtung für die Vögel geschaffen werden. Verschiedene Sämereien, getrocknete Beeren, Speckhäuten, die an einem Baum oder sonst wo angehängt werden, und anderes mehr werden dann gern genommen.

Die Anbringung der Nisthöhlen im Garten, deren Zahl beschränkt sein soll, mußte schon im Herbst erfolgen. Allzu viel des Guten hat hier auch die entgegengesetzte Wirkung, da die Brutpaare vieler Vogelarten nur in bestimmten Abständen von einander ihre Kinderwiege aufschlagen und die freilebenden Nistkästen den Sperlingen zum Opfer fallen, die wirklich keines Schutzes bedürfen. Sie vertreiben dann allmählich die anderen Vogelarten aus ihren Nistkästen, bis sie schließlich Alleinherrscher über sämtliche Brutstätten sind. Doch gibt es auch Nisthöhlen, die ein so enges Schlupfloch haben, daß es wohl kleineren Vögeln, wie Meisen, möglich ist hineinzuschlüpfen, aber den Sperlingen der Eintritt verwehrt ist. Bei der Auswahl der Nisthöhlen sei man vorsichtig und verwende nur solche, welche eine getreue Nachahmung der Speckhöhle, wie die bekannten von Berlepschen Nisthöhlen, sind.



Futterhaus.

Die Wunder der Klara van Haag.

20] Von Johannes Buchholz.

Aus dem Dänischen übersetzt von Erwin Magnus.

Du warst es, der mir half! dachte Hedwig, als sie den Strand erreichte. Hier war noch ein wenig graues Abendlicht. Ganz im Westen war es sogar noch etwas rot nach der Sonne.

Hedwig ist erleichtert, aber ihre Beine zittern ein bißchen unter ihr, und sie ist ohne Widerstandskraft, als ihr wieder etwas auf die Nerven geht.

Dies Etwas ist nur ein schwarzer Haufen, der sich ein Stückchen weiterhin zeigt, als sie um eine Lanne biegt, aber es ist lebendig; es biegt sich hin und zurück auf eine unbekannt scharfe Weise — etwas Großes, Schwarzes, Lebendiges, ein Tier oder ein Mensch.

Jetzt steht Hedwig, denn ihre Füße wollen nicht mehr! Die Gestalt wird höher im Dunkeln, sie lehrt ihr etwas Weißes zu, ein Gesicht, ein Gebrüll oder ein Ruf kommt daher.

Hedwig gibt nicht einen Laut von sich, aber ihre Augen weiten sich und ihr Mund steht offen.

„Wer da?“

Blöcklich erkennt Hedwig, daß die Gestalt ihr Vater ist. Sie schöpft tief Atem, ihre Zähne klappern. Sie will ohne ein Wort vorbeigehen.

„Antwort! Wer da? — Aber bist du es, Hedwig!“

Sie hörte, wie seine Stimme von Schreden und Jörn übergang zu etwas, das wie frohe Ueberraschung klang, darum konnte sie nicht anders, sie mußte sich umdrehen und stehenbleiben.

„Aber weshalb kommst du den her?“

Sie wollte antworten: „Ich verirrete mich . . .“, aber ihr Vater machte sich offenbar nicht das geringste aus einer Antwort er fuhr fort, während er ganz dicht zu ihr trat: „Wart ein bißchen auf mich, dann können wir zusammen gehen. Hört du, tu es. Es hat keinen Zweck, die Feindschaft aufrecht zu halten. Geh zehn Schritt zurück, dann sollst du etwas zu sehen bekommen. Ich finde, ich kann mit keinem mehr befeindet sein, nach all der Freude, die ich neulich nach dem Besuch deiner Gnädigen hatte. Denk dir, daß sie dieselbe ist — ganz dieselbe, die sie als Kind oder junges Mädchen war.“

Er ergriff sie am Arm und sagte eifrig und gefühlvoll: „Benedenswerte! Jeden einzigen Tag bist du um sie!“

Hedwig richtete ihre Augen fest auf den Vater, aber er

schüttelte nur hingerissen den Kopf, sie konnte in der Dunkelheit nichts Näheres auf seinem Gesicht lesen.

„Was wolltest du mir zeigen?“

„Ja, es ist wahr, komm her.“

Er zog sie mit sich zu einer Bergkieser. Der Uferhang bildete hier ein Vorgebirge, so daß man am Tage weit nach beiden Seiten sehen können mußte. Sie folgte ihm nervös und zögernd einige Schritte aufwärts. Dann beugte er sich nieder, griff mit der Hand in die Erde und sagte: „Was glaubst du, ist das?“

„Ich kann nichts sehen . . .“

„Beug dich herunter.“

Das tat sie und sah, daß der Boden wie in langen Beeten aufgeworfen war. Es glich auffällig kleinen Puppengärten, wie Kinder sie machen. Hier und da staken kleine weiße Steine darin, gerade wie Kinder sie auch zum Schmuck gebrauchen. Hedwig dachte, daß ihr sonderbarer Vater jetzt in einer Schwäche des Augenblicks eine neue Torheit verriete, daß er wirklich hier draußen im Walde allein Garten spielte. Der Jörn stieg in ihr auf, aber sie wagte nichts zu sagen als: „Ja, davon verstehe ich nichts.“

Da sagte der Vater: „Dies ist mein Opferplatz, Hedwig. Hier habe ich jeden einzigen Tag, seit ich aus der Stadt herkam, zu Gott gebetet und geopfert. Jeden Tag, gleichgültig, ob Regen oder Wind, Sommer oder Winter. Hier habe ich viele Weihnachtsabende auf meinen Knien zugebracht. Hier habe ich gelegen und gestritten. — Und jedesmal habe ich dem lieben Gott ein Opfer dargebracht, kleine, weiße, blanke Steine — Steine und Gold haben ja denselben Wert in seinen Augen — mindestens neun blanke Steine habe ich jedesmal mitgebracht. Die, die in Reihen hier auf dem Hange liegen. Sieh einmal. Hier sind mehrere Ladungen. Zwanzig, bis dreißigtausend Steine.“

Hedwig wurde unmittelbar durch die Worte ihres Vaters gerührt. Er sprach so freundlich und schaute mit bescheidenem Stolz auf sein Werk. Herrgott, er hatte sich Mühe gegeben und stand doch da in armseligen Kleidern und den Hut in der Hand, wie ein demütiger Bettler. Aber gleich darauf trat Hedwig ihr Mittel zu Boden. Welch ein jahrelanger Humbug. Dreißigtausend Steine in die Erde gesteckt. Nein, die hatten Gott nicht gerührt, und die sollten auch sie nicht rühren.

„Und was hast du nun von all deiner Mühe?“ sagte sie hart.

„Frau van Haag ist gekommen!“ sagte er, und Hedwig konnte sehen, wie er das Gesicht aufwärts wandte.

„Hast du denn um sie gebetet?“

„Nein, nie. Nichts von dem, um was ich gebetet habe, ist in Erfüllung gegangen, da Gott mir aber diese große Freude gefandt hat, muß ihm mein guter Wille doch wohlgefallen haben. Bon jetzt ab will ich nicht mehr beten, ich will nur opfern und dankfagen. Er versteht viel besser, was das beste für mich ist. Du sollst es sehen, jetzt, da sie gekommen ist, kommt alles.“

Sie gingen zusammen nach Knarreby. Der Vater schritt ebenso sicher in der Dunkelheit wie bei hellichtem Tage, hier, wo er die Tausende von Malen gewandert war. Wenn sie einen Bach überschritten, streckte er die Hand aus und stützte sie. Er war wirklich verändert. Ha, ha! Vielleicht war er verliebt!

Wie ein Gedankenleser beantwortete der Vater augenblicklich ihre heimliche Frage: „Sie ist für mich eine Heldin. Das ist sie. Und ich glaube, sie kann Wunder tun. Wünsch dir! sagte sie zu mir. Ich wünschte mir ein Rittergut. Du wirst sehen, ich bekomme es.“

Hedwig lächelte wohl ein wenig, aber auch ihre Bewunderung für die Gnädige war grenzenlos.

Egholm ging ganz mit bis zum Jollamt. Es war das erstemal, daß sie wie zwei Menschen miteinander gesprochen hatten.

„Auf Wiedersehen,“ sagte er und bläkte ihr lange nach.

Hedwig fand auf der Treppe ihre eigenen trüben Gedanken wieder. Ihr schien, sie könnte verstehen, daß alle anderen glücklich wurden — nur sie nicht. Als sie in ihrem Zimmer war, fiel sie auf ihr Bett und weinte. Da hörte sie leichte Schritte auf dem Gange.

„Hedwig. Ach, höre — ich bin es.“

Es war die Stimme der Gnädigen. Hedwig öffnete.

„Streichhölzer — hast du eine Schachtel? Ich möchte am liebsten, daß sie bereit liegen, wenn etwas . . . Nein, Hedwig, ich belüge dich. Die Streichhölzer waren da, ich bewahrte sie selbst in meinem Bett. Ich warte, daß er zu Bett geht. Er ist so häßlich, wenn er sich entkleidet. Das dauert eine halbe Stunde. Ich gewöhne mich nie daran, und jetzt bin ich eine alte Frau. Er ist unerträglich ohne Kragen, und noch schlimmer ohne Hose . . . Ja, ich sollte nicht so zu einem Kinde sprechen. Aber wenn er sich dem Waschtisch nähert — mit selbstverständlicher Miene. Du . . . Darf ich zwanzig Minuten hier sitzen? Wo bist du den ganzen Abend gewesen, Kleine? Bei dem großen Mann mit dem Hut? Darf ich sehen, ob du glücklich aussiehst? Aber, Gott im Himmel, Kind, du weinst ja!“

(Fortsetzung folgt.)

Haß gegen weltliche Schule.

Daß die Mäcker und die Schwarzweißrotten über den unaufhaltbaren Siegeszug der weltlichen Schule wüten, wird jeder ohne weiteres verstehen. Ueberraschen könnte es aber manchen, daß gegen die weltliche Schule auch Kommunisten einen heftigen Kampf führen, einen heftigeren als gegen die Schulen alter Art, die ihnen doch gewiß nicht als eine Stätte der Erziehung zur Weltfreiheit gelten wird. In Kommunistenkreisen wird mit Eifer geradezu dafür geworben, weltliche Schulen zu meiden und die Kinder weiter die Schulen alter Art besuchen zu lassen. Hier sollen sie und ihre Eltern als eine Art Sauerbrunn wirken, sagt man zur Erklärung dieses sonderbaren Verhaltens. Der kommunistische Kampf gegen die weltliche Schule soll zugleich die Sozialdemokratie treffen, die sich tatkräftig für die Wehrung der weltlichen Schulen und für den kmeren Ausbau dieser Schulart einsetzt.

Da darf man sich dann nicht wundern, daß der „Rote Fahne“ in ihrem Haß gegen die weltliche Schule jedes Mittel willkommen ist, der weltlichen Schule ein auszuweisen. So hat sie aus der Charlottenburger 34. Gemeindefschule (Spreestr. 39/40), der noch jungen ersten weltlichen Schule des Verwaltungsbezirks, ihren Vornamen eine Prügelschule erzählt, mit der sie das Vertrauen zu den weltlichen Schulen überhaupt erschüttern zu können meint. Eine Lehrerin der 5. Klasse hatte sich dazu hinreißend lassen, einen sich ungehörig betragenden Jungen zu ohrfeigen. Man bezeichnet uns die von der „Rote Fahne“ gebrachte einseitige Darstellung als ausgebauscht, aber die Tatsache, daß die Lehrerin über das Verhalten des Jungen erregt, geprügelt hat, wird bestätigt. Es versteht sich von selbst, daß die Handlungsweise der Lehrerin nicht dem Geist der weltlichen Schule entspricht und daß Verhältnisse nicht wieder vorkommen wird. Beachtung verdient aber, daß am Montag in einer Elternversammlung für die 34. Schule die parteipolitische Ausnutzung des Vorkommnisses zu einem Feldzug gegen die weltlichen Schulen von der übermächtigen Mehrheit sehr bestimmt und nachdrücklich zurückgewiesen wurde. Dabei wurde auch die Prügelpädagogik, die man in diesen Familien noch treibt, zur Sprache gebracht. Aus der Mitte der Elternschaft wurde die sehr berechtigte Forderung unterstützt, daß man nicht im Hause die Kinder an Prügel gewöhnen soll, wodurch der Schule die Arbeit an den Kindern erschwert und der Erfolg prügelloser Schulerziehung in Frage gestellt wird.

Ihren Angriff gegen die 34. Schule schließt die „Rote Fahne“ mit den Worten: „Und dafür nimmt man alle Kinder Klassenbewußter Arbeiter in weltliche Schulen und überläßt die große Masse der Arbeiterkinder vorkommendem Einfluß der reaktionären Lehrer und Pfaffen.“ Wenn die „Rote Fahne“ ihre sinnlose Hege gegen die weltlichen Schulen einstellen wollte, könnte sie hiermit zur Wehrung der weltlichen Schulen beitragen. Je mehr weltliche Schulen entstehen, desto weniger Kinder brauchen dem Einfluß reaktionärer Lehrer und Pfaffen überlassen zu werden. Wünschen muß man freilich, daß die den weltlichen Schulen zu überweisenden Kinder schon in der Familie im Geiste der Gemeinschaft erzogen werden und in eine Gemeinschaft sich einordnen lernen. Wie sehr das in der 34. Schule die Mehrheit der Kinder schon kann, zeigt die erfreuliche Tatsache, daß in der 5. Klasse die Kinder fast sämtlich das Verhalten jenes Schülers mißbilligt haben. Die 34. Schule wird sich durch die Hege der „Rote Fahne“ nicht in ihrer Arbeit stören lassen. Und die Bevölkerung Charlottenburgs wird ihre Werbearbeit fortsetzen, damit zu Ostern 1927 die Eröffnung einer zweiten weltlichen Schule möglich wird.

„Amtsbegünstigung.“

„Wenn man seinem Freunde helfen will . . .“

Ein Freundschaftsdienst, den der Stadtschreiber Bohmann seinem Dufreunde, dem Stadtormund Dr. Köh, geleistet hatte, trug dem freundschaftlichen Helfer eine Anklage wegen Begünstigung ein, während der Freund selbst sich mit ihm zusammen vor dem Schöffengericht Wedding unter der Anklage der Amtsunterschlagung und Untreue zu verantworten hatte.

Eines Tages kam zu B., der auf dem Bezirksamt Wedding den auf Urlaub befindlichen Dr. A. vertrat, eine Pflegermutter und beschwerte sich, daß sie das ihr zustehende Pflegegeld nicht voll ausgezahlt erhalten habe. Beim Nachsehen der Akten fand B. eine Quittung über den vollbezahlten Betrag. Da aber die Frau bei ihrer Behauptung blieb, fragte B. brieflich bei Dr. A. an; die Antwort war aber unklar. Um seinem abwesenden Freunde Unannehmlichkeiten zu ersparen, legte B. den fehlenden Betrag, den er sich selbst erst leihen mußte, zu den Akten. Auf eine erneute Beschwerde der Frau erhielt sie dann auch den Restbetrag. Inzwischen hatten sich aber in der Dienstführung des Dr. A. eine Reihe schwerer Verfehlungen herausgestellt. Es ergab sich nämlich, daß Dr. A., der früher Berufsormund gewesen und später vom Jugendamt mit der Wahrnehmung der Vormundschaft betraut worden war, fortgesetzt in ähnlicher Weise die Pflegegelder nicht voll ausgezahlt und die Restsummen für sich verbraucht hatte. Mehrfach hatte er sich auch die Gelder direkt anweisen lassen, um sie den Pflegermüttern persönlich zu überbringen und ganz in die Tasche gesteckt. Die auf diese Weise begangenen Veruntreuungen betrugen etwa 2000 Mark. In der Verhandlung entschuldigte sich der Angeklagte B. damit, daß er geglaubt habe, es sei nur ein Versehen des Dr. A. gewesen. Das Gericht hielt ihn aber doch der Begünstigung für schuldig, berücksichtigte aber, daß er aus idealer Gesinnung gehandelt habe und belegte den straffälligen Freundschaftsdienst mit 100 Mark Geldstrafe. Dr. Köh, der sich mit Rot in der Familie und mangelhafter Kontrolle entschuldigte, erhielt ein Jahr Gefängnis, jedoch für die letzten 6 Monate Bewährungsfrist.

Herr Ling-li-Hsin.

Wenn einer Ling-li-Hsin heißt, also einen Namen trägt, bei dem es einem zu Mut ist als ob man Frühlingsglockchen klingeln hört, dann muß das doch gewiß ein lieber guter Mensch sein, auch wenn es ein Chinese ist. Dieser Herr Ling-li-Hsin hatte im Hause Holzmarktstr. 37 eine Schlafstube inne und genoß den Ruf eines Bledernannes, wenn auch einige kluge Frauen behaupteten, so einem schlafwütigen Chinaman könne und dürfe man ebenso wenig trauen wie einer Katze. Was will solche Rede schon sagen, da doch die Frauen selber die Kater und Käjden gerne haben und sie verhäßeln. Nun wurden seit einem halben Jahr in dem genannten Hause unerbittliche Diebstähle verübt. Schlafstellenmieter wurden bald um dieses, bald um jenes bestohlen. Bei einem Schankwirt, der in dem Hause sein Geschäft betreibt, wurde auch eingebrochen. Hier wurden Biere und Schwaren aller Art gestohlen. Endlich fiel der Verdacht auf Herrn Ling-li-Hsin, einen chinesischen Händler. Man schritt zu einer Privatdurchsuchung seines Schlafraumes und siehe, man fand allerlei von den gestohlenen Sachen. Jetzt mußte Herr Ling-li-Hsin zur Polizei, wo er die Diebstähle zugab. Die mißtrauischen Frauen haben also recht behalten.

Gautagung des ambulanten Gewerbes.

Der Gau Brandenburg des Reichsverbandes ambulanten Gewerbetreibender hielt am Sonntag, den 21. November, in Frankfurt a. d. Oder seinen diesjährigen ordentlichen Gautag ab, welcher gut besucht war. In einem weitläufigen Vortrage behandelte der Redakteur des Fachblattes „Das Deutsche Wandergewerbe“, H. z. d. d. Berlin, die Frage: „Wirtschaftliche Bedeutung, Besteuerung und Gegner des ambulanten Gewerbes.“ Während in den Jahren kurz vor dem Kriege durchschnittlich 128 000 Wandergewerbetreibende ausgegeben wurden, erfuhr diese Zahl im Jahre 1920 eine Zunahme bis zu 166 000. Im Jahre 1924 erfolgte ein gewaltiger Abstieg auf rund 130 000. Klar und deutlich ist zunächst aus diesen Zahlen

erkennlich, daß sich die wirtschaftliche Krise auch äußerst stark im ambulanten Gewerbe bemerkbar macht. Bemerkenswert ist auch, daß die für den Wandergewerbe zu leistenden Steuerföge sich ganz gewaltig verschoben haben. Steuerfreie Gewerbe wurden 1924 im Verhältnis zum Jahre 1913 nur noch die Hälfte ausgegeben. Sodann beschäftigt sich der Redner eingehend mit der wirtschaftlichen Bedeutung des Gewerbes im allgemeinen. Die einzelnen Sparten, wie Markthandel, Hausier- und Straßenhandel, Befestigungsgewerbe haben sich im Laufe vieler Jahrzehnte ihre Existenzberechtigung erkämpft und sind heute als preisregulierende Faktor im Wirtschaftsleben unentbehrlich geworden. Als geradezu herausfordernd für jeden ambulanten Gewerbetreibenden müssen die im Reichstage vorliegenden Anträge der Deutschen Volkspartei sowie der Wirtschaftspartei bezeichnet werden. Nach diesen Anträgen sollen Wandergewerbe nur ausbezahlt werden nach der Begutachtung des Einzelhandels, welcher bekanntlich der schlimmste Gegner des ambulanten Gewerbes ist. Auch die Abhaltung von Messen, Märkten und sogar Wochenmärkten soll einer solchen Beur-

Kommunale Konferenz

am Freitag, den 26. November, abends 7 1/2 Uhr, im Berliner Rathaus, Stadtverordnetenversammlungssaal

Vortrag des Stadtschulrats Genossen Nydahl über:

„Berliner Schulpolitik“

Die Schulverwaltung der 6 Innenbezirke.

Teilnahmeberechtigt sind die parteigenösslichen Magistrats- und Bezirksamtsmitglieder, die S.P.D.-Stadt- und Bezirksverordneten und sonstige auf schulpolitischen Gebiete tätigen Parteimitglieder. Ohne Parteiausweis kein Zutritt. Das kommunale Sekretariat.

teilung unterworfen werden. Daß hierdurch die freie Konkurrenz beseitigt werden soll, dürfte für jeden objektiven Urteilenden klar sein. Auch den Kampf, der in der Tagespresse gegen das ambulante Gewerbe geführt wird, beleuchtet der Referent eingehend und zeigt an Beispielen, das im großen und ganzen die Arbeiterpresse für die Interessen des ambulanten Gewerbes eingetreten, wohingegen die rechtsstehende Presse fast ausnahmslos gegen das Gewerbe Stellung genommen hat. Auch die Handelskammern, die doch berufen sind, die Gesamtinteressen des Handels wahrzunehmen, haben in sehr vielen Fällen eine entgegengesetzte Stellung vertreten. Eine Entschließung, die diese Beschwerden und Wünsche zusammenfaßt, wurde einstimmig angenommen.

Eine raffinierte Hochstaplerin.

200 Betrugsfälle in einem Jahre.

Eine der raffiniertesten Hochstaplerinnen, die ehemalige Näherin Marie Ludwig erhielt gestern vom Schöffengericht Berlin-Mitte eine Zuchthausstrafe von drei Jahren. Die Angeklagte hatte in einem Jahre fast 200 Betrugsereignisse verübt.

Ihre Opfer waren die Kerntzen der Armen, alte Pensionärinnen, Rentnempfängerinnen, Näherinnen und Wämen, denen sie die letzten Spargroschen aus der Tasche zog. Es gelang ihr Beträge zu erhalten, die sich zwischen 320 M. und 500 M. bewegten. Mit den erschwundenen Beträgen führte sie zusammen mit ihrem Freunde, dem Kutscher Arthur B., und ihrer Freundin, der Statistin Henriette D., mit denen sie ein doppelseitiges, eigenartiges Freundschaftsverhältnis hatte, eine luxuriöse Leben. Die Schwindlerin hatte sich eine Equipage mit einem Schimmelgepänn gemietet und zahlte dafür täglich 20 M. Im Schimmelgepänn fuhr sie vor, und als elegant gekleidete Dame gab sie sich den alten Leuten als eine Beauftragte des Wohlfahrtsministeriums, der Stadt oder anderer Behörden aus. Jeder Betrugsfall lag besonders geartet, denn die gewandte Gaunerin wußte sich stets der Situation schnell anzupassen. In Antzupfung an ein Wort erforderte sie einen ganzen Roman; bald handelte es sich um den Einkauf in eine Sterbefasse, bald um eine Leibrente, bald um eine Aufwertung, und immer gelang es ihr, von ihren Opfern mehr oder weniger große Zahlungen herauszulockern. Nachdem sich die Angelegenheit der geschädigten Personen gehäuft hatten, wurde sie im Februar verhaftet. Ihre bevorstehende Niederkunft bewirkte ihre Freilassung aus dem Gefängnis. Sofort nahm sie ihre Gauneritätigkeit in verstärktem Maße wieder auf, aber jetzt nicht mehr im Schimmelgepänn. Auf ihren Fahrten hatten sie die beiden Mitangeklagten meist begleitet, und sie waren deshalb auch wegen Heberei angeklagt. Mit Arthur B. war die Ludwig schon seit langem verbunden, und sie waren auch schon gemeinsam wegen Betrugs verurteilt worden. Die Mitangeklagte D. hatte sie im Gefängnis kennengelernt und dann zu sich genommen. Die Mitangeklagten wurden durch die voll geständige Ludwig mitleidlos, bestritten aber gewußt zu haben, woher das Geld stammte. Die D. will ihre Freundin nur begleitet haben, weil sie Freude an den Fahrten in der Equipage hatte. Die Rechtsanwältin Dr. Schwandt und Dr. Renz bestritten, daß diese beiden Angeklagten sich mit strafbar gemacht hätten und bezeichneten die Bezeugungen der Ludwig als ein Akt der Eifersucht. Das Schöffengericht mußte die beiden Angeklagten auch aus rechtlichen Gründen freisprechen. Das Urteil gegen die Ludwig lautete auf drei Jahre Zuchthaus, 500 M. Geldstrafe, oder weitere 100 Tage Zuchthaus und zehn Jahre Ehrverlust.

Die kommende Mückenbekämpfung.

Im Einvernehmen mit dem Polizeipräsidium bereitet das Hauptgesundheitsamt der Stadt Berlin eine allgemeine Mückenbekämpfung für Groß-Berlin vor. Der erste Teil, die Winterbekämpfung, wird in den ersten Tagen des Januars beginnen. Eine Polizeiverordnung soll die rechtlichen Grundlagen der Durchführung bringen. Die Bezirksämter werden Mückenwehrcolonnen ausstellen, die in den besonders befallenen Stadtteilen die Keller Haus für Haus von überwinternden Mücken befreien werden. Das gewählte Bekämpfungsverfahren wird unschädlich, geruchlos und ohne jede Befestigung für die Bewohner sein. Diejenigen Hausbesitzer, die von sich aus eine Mückenbekämpfung in ihren Grundstücken vornehmen lassen, werden von der städtischen Aktion ausgenommen werden. Als Beitrag zu den recht erheblichen Kosten wird eine kleine Gebühr (gebucht ist an 1 M. pro Haus) von den Hausbesitzern erhoben werden.

Ein schlesischer Fakir.

Ein bedierter Handwerker aus dem ganz und gar unromantischen Städtchen Waldenburg in Schlesien — Künstlername: Sin Dolar — hat (im Apollo-Theater) sich dem Regen der „Unverwundbaren“ angeschlossen und sein Retter sogar noch dahin vervollkommen, daß er alle Schmerzen bei vollem Bewußtsein entgegennimmt und — nicht fühlt. Er ist sogar imstande, nach Belieben die Tätigkeit seiner fünf Sinne auszuschalten, also er sieht, hört, riecht und fühlt nur, wenn es ihm paßt. Jedenfalls ein beneidenswerter Mensch. Man weiß ja längst, daß das Fakirtum auf feinerer übernatürlicher Vorgänge und besondere Beschaffenheit des Ausübenden zurückzuführen ist, sondern in der Hauptsache aus einer, allerdings ganz außerordentlich steigerungsfähigen Willenskraft beruht. Es ist ein artistisches Kunststück, wahrscheinlich auch nicht ohne jeden Leid, das aber immerhin physische und psychische Höchstansprüche an den Ausübenden stellt. Zu den angenehmen Berufen gehört es keinesfalls, und wie lange man ihn ausüben kann, bliebe noch die Frage.

Zeugen, die gesehen haben, wie am 6. September nachmittags 4 1/2 Uhr in der Perleberger Str. 62 ein Mann vom Lastauto überfahren wurde, wollen sich melden bei Frau Lina Köpke, Berlin N., Lüderitzstraße 5.

Tom Mix mit dem Lasso.

Es war ein sonderbarer Heiliger, der da auf der Bank vor einem ausrangierten Eisenbahnwaggon zwischen Bansee und Babelsberg saß und tief über die Abenteuer nachdachte, die zu bestehen es jetzt galt. Er sah gefährlich genug aus. Auf dem Kopf trug er einen Hut, von dessen Krempe vorn nur ein schirmartiges Stück übriggeblieben war, vor dem Gesicht eine schwarze Maske mit einem weißen Totentopf. Vor ihm auf dem Tische lag eine scharf geladene und gespannte Lehningspistole. Der Kopf war in der Gurgel mit Messern gespickt. Ueber Schulter und Brust war nach Art eines Lasso eine Wäsche gewickelt. So fanden den Seltsamen Beamte der Eisenbahnüberwachungsstelle. Die Kriminalpolizei, der er übergeben wurde, konnte trotz des gefährlichen Aussehens nur seine Harmlosigkeit feststellen. Seine Eltern hatten ihn zu einem Schuhmacher in die Lehre gegeben. Weil er hier zu wenig Geld bekam und außerdem fälschlich einen kleinen Diebstahl beschuldigt wurde, ging er davon, als sein Meister sich nach der Aufklärung nicht entschuldigen wollte. Um ihm einen Schaber nach zu spielen, nahm er ihm die Drehspeistole weg. Dann versuchte er, sich nach dem Muster von Tom Mix, den er im Kino gesehen hatte, auszurufen. Das Lasso vor allen Dingen kaufte er sich in der Gestalt der Wäsche. Die Wäsche sollte ihm dazu dienen, etwas gefährlicher auszusehen und Leute, die ihm vielleicht nicht wohlgefallen waren, abzukrecken. Bei dem eigenartigen Zuschnitt des Hutes hatte er sich keine besonderen Gedanken gemacht. Nach der Beschaffung von Messern und der zweiten Pistole, die auch nicht viel kosteten, hatte er seine Wanderung angetreten, die ihn nach Hamburg führen sollte. Er wanderte aber statt in nordwestlicher, in südwestlicher Richtung. So kam er an die Wagenbude, die ihm für ein Nachtquartier sehr geeignet erschien. Nun soll der Abenteuerlustige seinen Eltern wieder zugeführt werden und weiter in die Lehre gehen.

Der Dachstuhlbrand in Wilmersdorf.

Zu dem Großdachstuhlbrand in dem Hause Restorfstraße 16 Ecke Johann-Berg-Straße zu Wilmersdorf, über den wir in unserer gestrigen Abendausgabe kurz berichteten, erfahren wir noch folgende Einzelheiten. Das Feuer, das schon längere Zeit geschwelt haben muß, wurde sehr spät entdeckt. Hausbewohner nahmen eine starke Verqualmung des Treppenhauses wahr. Zu gleicher Zeit wurde von Vorübergehenden beobachtet, wie aus den Dachluken dicke Rauchschwaden hervorquollen. Von mehreren Seiten wurde die Feuerwehr herbeigerufen, die mit fünf Löschzügen erschien. Inzwischen brannte der Dachstuhl lichterloh. Ungeheure Rauchwolken, wie sie von solcher Stärke bei Dachstuhlbränden nicht oft beobachtet werden, stiegen empor. Baurat Berg ließ sofort über zwei mechanische Leitern und über die Treppenhäuser mit 4 Rohren großen Kalibers angreifen. Nach ziemlich zweistündiger Löschstätigkeit war die Gewalt des Feuers gebrochen. Ein Uebergreifen auf die angrenzenden Dächer konnte glücklicherweise verhindert werden. Der Dachstuhl ist auf eine Länge von etwa 20 Metern niedergebrannt. In einigen Stellen wütete das Feuer mit so großer Gewalt, daß die Wohngebäude durchbrannten; auch der Wasserhahn ist erheblich. Ein hoher Stiebel, der einzige Ueberrest des abgebrannten Dachstuhls, mußte wegen der drohenden Einsturzgefahr umgerissen werden. Die Entstehungsurache konnte nicht mehr festgestellt werden, da die Wehren schon bei ihrem Eintreffen ein einziges Flammeneuer vorkanden. Die starke Rauchfülle hatte eine nach mehreren Tausenden zählende Zuschauermenge angelockt. Ein starkes Schupoaufgebot sorgte dafür, daß die Feuerwehr ungehindert arbeiten konnte. Erst gegen 6 Uhr abends konnten die Löschzüge nach den Feuerwagen abräumen.

Die geheimnisvolle Vergiftungsaffäre in Stahnsdorf hat eine überraschend schnelle Klärung gefunden. Die Annahme, daß es sich um einen Mord und Selbstmord handelte, hat sich als irrig erwiesen. Die Untersuchung hat ergeben, daß es sich zweifellos um einen Unglücksfall handelt. In dem Zimmer des Chauffeurs Behmann befindet sich ein eiserner Ofen und diesem entströmen die sehr gefährlichen Kohlenoxydgase. Lehmann, Fräulein Ziegenhagen, wie auch der im Zimmer befindliche Wachhund wurden durch die Gase betäubt, durch deren Einwirkung sie noch kurzer Zeit den Tod fanden.

Schwerer Baunfall. Auf dem Neubau der Firma Georg Richter u. Co. in Zehlendorf-West in der Ubrechstraße ereignete sich im Laufe des Dienstag ein schwerer Baunfall. Während ein Arbeiter aus dem 2. Stockwerk Steifen herunterwarf, hatte der andere Arbeiter diese unten wegzunehmen. Wenn zwei Steifen untereinander waren, mußte der untere diese erst fortzuschleppen. Durch einen unglücklichen Zufall warf der oben Beschäftigte noch eine weitere Steife herunter, die den Arbeiter G. G. auf Kopf und Nacken traf. Schwerverletzt wurde er zum Arzt gebracht, der die Ueberführung in das Weißenseer Krankenhaus anordnete.

Die Mission des Judentums. In einer Veranstaltung des Liberalen Vereins der jüdischen Gemeinde im Logenhaus, Joachimsthaler Straße, sprach Dr. Seligmann-Frankfurt a. M. über die „Mission des Judentums“. Der Vortrag war ein Programmreferat jüdisch-liberaler Weltanschauung auf gemäßigter religiöser Grundlage. Der Redner sprach, historisch ausgehend, vom Einfluß jüdischer Ideen in der Zeit 100 v. Chr. bis 150 n. Chr. auf die Römer und ihre Kultur, insbesondere ihre Philosophie sowie dem Kampf jüdischer Intellektueller gegen die Jügellosigkeit des untergehenden römischen Imperiums. Nach einigen Formulierungen der Aufgaben und Ziele des liberalen Judentums wandte sich der Redner gegen den Konservatismus und verlangte Anpassung an die Gedanken des Fortschritts. Gesangsvorträge umrahmten den Abend.

Die besten Referenzen

sind nutzlos!

„Übler Geruch aus dem Munde macht selbst den Feichtigsten, mag er auch sonst ein noch so sympathisches und empfehlendes Äußere haben, in Beruf wie Gesellschaft unmöglich.“

Eine kräftige Mundopülung mit

ODOL

verbürgt frisch-duftenden Atem.

Die Reichsbanner-Werbung. Kundgebungen und Fackelzüge.

Im Verlauf der augenblicklichen Werbemache veranstaltet das Reichsbanner weiterhin in Berlin eine Anzahl öffentlicher Kundgebungen, zu denen alle Republikaner, auch die Frauen, eingeladen sind. In einer solchen Veranstaltung, die am Freitag, den 26., im Rabes Festsaal, Fichtestraße 29, stattfindet, sprechen Landtagsabgeordneter Dr. Grjmel und Ministerialrat a. D. Gen. Robert Breuer. In den Union-Festsaal, Greifswalder Straße 222, sprechen die Landtagsabgeordneten Rave und Gen. Wilhelm Krüger. In den Johann-Georg-Sälen, Johann-Georg-Straße, Halensee, am Mittwoch, den 24., spricht der Polizeipräsident a. D. Gustav Krüger, am Freitag, den 26., gleichfalls in den Johann-Georg-Sälen der Oberstudiendirektor Gen. Dr. Müller. In Spandau am 26. in der Markthalle sprechen der Reichstagsabgeordnete Gen. Franz Künster, Landtagsabgeordneter Otto Ruffke und der Bezirksverordneter Hans Joffe. Am Sonntagabend veranstaltet der Bezirksverein Wilmersdorf auf dem Sportplatz am Seepark (Auguststraße), abends 7 1/2 Uhr, eine öffentliche Kundgebung, bei der Landtagsabgeordneter Oswald Kiesel spricht. Im Anschluß daran findet ein Fackelzug statt. Eine gleiche Kundgebung veranstaltet der Kreisverein Schöneberg auf dem Rudolf-Wilhe-Vieh, wo der Landtagsabgeordnete Otto Ruffke spricht. Auch im Anschluß an diese Kundgebung findet ein Fackelzug statt. Auch andere Abteilungen des Reichsbanners veranstalten in den letzten Tagen der Woche von verschiedenen Ausgangspunkten Fackelzüge. Besonders sei hier noch auf die Platzkonzerte hingewiesen, die die Kreisvereine Tiergarten, Friedrichshain und Lichtenberg mit ihren eigenen Kapellen veranstalten. Die Konzerte finden statt am Donnerstag, den 25., abends 7 Uhr, im Kleinen Tiergarten. Sonntag, den 28., auf dem Andreasplatz, mittags 12 Uhr.

Auch in allen größeren Provinzstädten finden gleiche Veranstaltungen statt.

Vollst. des Reichsbanners. Als Abschluß der augenblicklichen Werbemache veranstaltet das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold in der neuen Funkhalle am Kaiserdammer am kommenden Sonntag, nachmittags ab 3 Uhr, ein großes republikanisches Vollst., das den selben Charakter tragen wird, wie die gleichen Veranstaltungen im vergangenen Jahr. Der Preis der Eintrittskarten ist auch diesmal wieder so niedrig gehalten — 90 Pf. im Vorverkauf —, daß jedem die Teilnahme an dem Fest möglich ist. Karten sind bei allen Bezirksstellen des Reichsbanners und im Gauverkau, S. 14, Sebastianstraße 37/38, beim Verlag Diez und im „Vorwärts“ erhältlich.

Kommunistische Wegelagerer.

Ein unglaublicher Vorgang wird uns von einem Parteigenossen geschildert: Unser Gewährsmann befand sich gestern abend auf dem Heimweg durch die Eisenbahnstraße. Er mußte dabei eine Ansammlung von Angehörigen der Kommunistischen Partei und des Roten Frontkämpferbundes passieren, die augenscheinlich auf die Teilnehmer einer gegnerischen Versammlung warteten. Obwohl unser Genosse versuchte, den Kommunisten aus dem Wege zu gehen, brachten es doch eine ganze Anzahl von ihnen fertig, ihn festzuhalten und ihn unter dem Ruf: „Da ist ja auch so einer!“ mit den gemeinsten Schimpfwörtern zu bedecken und sogar zu schlagen. Der Ueberfallene versuchte darauf hinzuweisen, daß er nicht zu den erwarteten Versammlungsteilnehmern gehöre, sondern daß er Sozialdemokrat und Gewerkschaftsfunktionär sei. Aber die Klassenbewußten Angreifer ließen sich nicht beschwichtigen. Obwohl sich unser Mann nach Kräften wehrte, ließen die Wegelagerer doch erst von ihm ab, als er aus Mund und Nase stark blutete und völlig erschöpft war. Dann leisteten sie sich noch ein besonderes Kabinettstückchen. Sie untersuchten die Aktentasche des Ueberfallenen „nach Waffen“, fanden aber nur einen Atlas, eine Zeitschrift der Gewerkschaftsschule und das Buch von Trotski „Wohin treibt England?“ Erst dieses Buch beruhigte die Kommunisten einigermaßen; ohne sich allerdings zu entschuldigen, was man schließlich von solchen Leuten nicht verlangen kann, ließen sie unseren Genossen seines Weges gehen in dem Bewußtsein, wieder einmal eine revolutionäre Tat vollbracht zu haben.

Rentaernot. Die Not der etwa 700 000 durch die Inflation verarmten, darbenden und fast rechtlosen „Kapitalrentner“, Angehörige und Hinterbliebene der freien Berufe und des gewerblichen Mittelstandes, ist über dem Problem der Arbeitslosigkeit in Vergessenheit geraten. Der Vorstand des Deutschen Rentnerbundes hat nun für den 1. Dezember einen Reichsrentnertag anberaumt, an dem, neben anderen Veranstaltungen, in allen seinen 1000 Ortsgruppen im Reich Protestversammlungen abgehalten werden sollen, um der Allgemeinheit und der Reichsregierung die Not und die Pflicht zur Abhilfe durch ein Rentnerverforgungsgesetz wirksam in Erinnerung zu rufen.

Kaufanruf erst im Dezember. Der Betrieb der Autorn-Aktien-Gesellschaft kann noch nicht, wie wir erfahren, am 22. November eröffnet werden. Es werden zwar bis zu diesem Termin etwa 50 Säulen aufgestellt sein, auch die umfangreiche Vermittlungszentrale in der Markgrafenstraße 20 nähert sich ihrer Vollendung. Jedoch wird der Betrieb erst im Dezember aufgenommen werden.

Ein neues Lichtspieltheater in der Brunnenstraße. In der Brunnenstraße 154, im Norden Berlins, hat vor kurzem ein neues Lichtspieltheater unter dem Namen „Casino-Lichtspiele“ seine Pforten geöffnet. Das Theater ist im modernen Stil erbaut, das Foyer in zartem Blau und der 610 Personen fassende Zuschauerraum in Rosa gehalten. In der Hauptsache sind von der Direktion Erstaufführungen geplant, ein für den Norden sehr begrüßenswertes Unternehmen. Der Besitzer des Theaters ist der Inhaber des „Friedrich-Palastes“ und des Restaurants „Sonnenwende“, August Wschmit. Die Leitung liegt in den Händen von Herrn Artur Engel. Aus Anlaß der Eröffnung ging der spannende Kriminalfilm „Sein großer Fall“ über die Leinwand.

Die letzten Opfer der Bootkatastrophe.

Brandenburg, 23. November. (Eigener Drahtbericht.) Im Laufe des heutigen Nachmittags ist es dem Reichswassererschutungsamt gelungen, auch die übrigen Opfer der Bootkatastrophe auf dem Breitsingsee bei Brandenburg zu bergen. Es sind dies: die 18jährige Kontaristin Erna Sodomka aus Berlin, Prinz-Eugen-Straße 6; die 21jährige Arbeiterin Margarete Otto, Berlin, Bankstr. 8, und der 32jährige Arbeiter Karl Reich aus Brandenburg.

Schweres Unglück auf einem Torpedoboot.

Bei den Vollenfahrten des Torpedoboots „Röwe“ an der Reutkruger Weile ist nach einer Meldung aus Königsberg aus bisher noch nicht aufgeklärter Ursache das Abdampfrohr am Kondensator. Durch den ausströmenden Dampf wurden sechs Angehörige der Besatzung, darunter ein Offizier, und außerdem drei Reichsinhaber der Werft Wilhelmshaven schwer verbrüht. Ein Unteroffizier ist seinen Verletzungen erlegen.

Das Defizit der Wembley-Ausstellung. Sir James Cooper, einer der Liquidatoren der Wembley-Ausstellung, veröffentlicht einen Bericht, in dem die Höhe des Fehlbetrages der Wembley-Ausstellung mit 2 1/2 Millionen Pfund Sterling angegeben wird. Der Fehlbetrag soll in der Hauptsache durch die ungemein hohen Baukosten, vornehmlich der Originalbauten, für die das Baumaterial aus den Dominions und den Kolonien bezogen werden mußte, verursacht worden sein. Dank den prompt erfolgten Zahlungen der Hauptgaranten, darunter der britischen Regierung mit einer Million Pfund Sterling, konnte der Fehlbetrag rechtzeitig gedeckt werden.

Femengeuge gesucht. Zur Klärung der Fememorde wird, wie das Polizeipräsidium mitteilt, ein Zeuge gesucht, und zwar der ehemalige Angehörige eines Arbeitskommandos, Bismarckweber Emil Kroner, der in Kameradenkreisen den Spitznamen „Der schneidige Emil“ gehabt haben soll. Kroner wird gebeten, sich unverzüglich bei der Abt. 1a des Polizeipräsidiums Berlin, Zimmer 266 I, 2. Stock, einzufinden.

Arbeiter-Ferienreisen 1927. Das Arbeiter-Bildungsinstitut Leipzig wird im nächsten Jahre drei Ferienreisen durchführen, und zwar: Mitte Juni nach München—Garmisch—Partenkirchen—Innsbruck; Ende Juni nach Salzburg—Wien—Bregenz; Ende August nach Rostock—Barnemünde—Kopenhagen—Malmö—Insel Rügen. Dauer der Reisen je 8 Tage. Außerdem werden noch einige kleinere Reisen (3—4 Tage) nach dem Harz und der Sächsischen Schweiz veranstaltet. Die reichen Erfahrungen der Reiseleitung des IBA. gewährleisten eine mustergültige Durchführung und äußerst günstige Preisgestaltung. Ausführliche Prospekte werden auf Wunsch gratis und portofrei zugesandt. Anfragen und Adressen erbeten an das Allgemeine Arbeiter-Bildungsinstitut Leipzig, Abt. Ferienreise, Leipzig C. 1, Braustraße 17, II.

Kunststelle für rhythmische Gymnastik. Jeden Donnerstag abend von 7 bis 7 1/2 Uhr wird im Stadtsaal für Selbstübungen, Stadthaus, Straßauer Straße, Zimmer 407, von sachmännlicher Seite Auskunft über alle Fragen der rhythmischen Körperbildung und des Volkstanzes erteilt.

Die Dienstreise des Finanzamts Hausa für die Bearbeitung der gesamten Lohnsteuer seines Bezirks sowie der sonstigen Steuerangelegenheiten der Steuerbezirke 255 bis 260 sind von Eichhornstraße 9 nach W. 9, Potsdamer Straße 10/11, verlegt worden.

Bezirksbildungsausschuß Groß-Berlin. Am Sonntag, den 26. November, nachmittags 3 Uhr, findet die nächste Theatervorstellung im Theater am Bülowplatz statt. Aufgeführt wird „Nachtschl“, Szenen aus der Dialekt von Maxim Gorki. Preis der Karte 1,20 Mark einschließlich Kleiderablage und Theaterzettel. Karten sind in allen bekannten Verkaufsstellen zu haben.

Sozialdemokratischer Männerchor Friedrichshain! Mittwoch, 24. November, 7 1/2 Uhr, treffen der Sangesbrüder in Weissenhof Berlin. Alice, Bouffon-Operette zur Mitwirkung an dem Frauenabend der SPD., Bezirk Weissenhof. Fahrtenbindung von Greifswalder Str. mit Linie 60, 61 und 62.

Der Sängerkorchor Bohndorf! W. d. D. M. S. (Chormeister Herr Walter Beck) veranstaltet sein diesjähriges Herbstkonzert am 28. November, nachmittags 8 Uhr, in der Aula der Bohndorfer Schule. Zum Vortrag gelangen Volkslieder aus dem 16. bis 18. Jahrhundert vom Männer-, Gemischter- und dem neugegründeten Kinderchor und Rezitationen von Carl Knoblauch. Eintritt 75 Pf. Der sich eventuell ergebende Ueberschuß wird zum weiteren Ausbau des Kinderchores verwendet.

Für die Frühjahrsjugendweihen 1927 im Großen Schauspielhaus. Sächler-Theater Charlottenburg und Eganm, Panitzsch, werden Anmeldungen unter gleichzeitiger Zahlung von 50 Pf. in den nachstehenden Aufnahmestellen entgegenzunehmen: Jugendsekretariat, SW 68, Lindenstraße 3, 2. Hof 2 Treppen, Zimmer 11, geöffnet von 9—5 Uhr, Mittwoch und Freitag von 9—7 Uhr. S. Reppel, NW 21, Wilhelmshagenstr. 48 (Vormärts-Exp.). B. Kroll, N 65, Ullricher Str. 21 (Restaurant), U. Dönnitz, N 65, Müller-Edel Ullricher Str. (Vormärts-Exp.). B. Hoffmann, N 58, Späener Str. 8 (Restaurant), S. Obit, N 54, Adlerstraße 174 (Vormärts-Exp.). B. Dobrowatz, N 57, Ewinemünder Str. 11 (Restaurant), R. Andersen, N 81, Schallender Str. 19, G. Gerth, N 118, Breitenboger Str. 21 (Vormärts-Exp.). G. Richter, N 30, Sackstr. 7 (Vormärts-Exp.). B. Döhl, NO 55, Dammannstraße 24 (Vormärts-Exp.). W. Gölde, NO 18, Landoberner Allee 45 I, R. Baumann, O 34, Rönigberger Str. 37 (Photogelicht), G. Welle, O 34, Peterburger Platz 4 (Vormärts-Exp.). L. Wittig, O 34, Peterburger Str. 5 (Restaurant), B. Kroll, O 27, Markthausstr. 36 (Vormärts-Exp.). B. Peitz, SO 36, Glogauer Str. 30 vom IV, B. Böhm, SO 36, Lauscher Platz 14/15 (Vormärts-Exp.). G. Bier, SO 28, Rannplatz 9 (Restaurant), B. Kroll, Baumgartenweg, Scherbenstraße 16 vom III, G. Wedelburg, Treptow, Glogauer Str. 50 (Vormärts-Exp.). Frau Klammer, Schöneberg, Apollon-Baustr. 7, R. Petrie, Schöneberg, Oberstr. 70, Matzmann, Schöneberg, Belgier Str. 27 (Vormärts-Exp.). G. Schaub, Friedenau, Glogauer Str. 9, Frau Angerer, Wilmersdorf, Danauer Str. 43 (Siebling), G. Jense, Lichterfelde-Ost, Lorenzstr. 15, R. Schönmüller, Lichterfelde-West, Dändelplatz 5, B. Hamburg, Sieglitz, Schloßstr. 103, W. Stabig, Sieglitz, Ringstr. 7, Garten III, G. Reigentin, Panitzsch, Charlottenstr. 84, Charlottenburg: „Vormärts-Expedition“, Charlottenburg, Selenheimer Str. 1, ptr., Noachimia, Charlottenburg, Kaiserdamm 103 (Vormärts-Exp.), Schulz, Charlottenburg, Droschkestr. 12, I. Garienh, III, Wulental, Charlottenburg, Kugelsberger Str. 47, ptr., B. Schmidt, Charlottenburg, Kollnsee 4 (Laden), Panitzsch: Konsumverkaufsstellen in Panitzsch, Wollanstr. 102 und Berliner Str. 47, Konsumverkaufsstellen in Rietzdorfhäusern, Kaiser-Wilhelm-Str. 79 und Kaiserweg 60.

Bruno H. Hergel spricht im Auftrag des Volkshilfsamts Panitzsch am Freitag, den 26. November, abends 8 Uhr, in der Scala „Nördendünen“, über Schweizergertr, über die „Gedankenarbeit der Sternengewalten.“ Der Eintrittspreis beträgt 60 Pf.

Ueber die Vermählung der Jesu spricht Dr. R. Baerwald am Donnerstag, den 2. Dezember, abends 8 Uhr, im Institut für praktische Psychologie in der Psychologischen Gesellschaft zu Berlin, Berlin B 15, Rurfürstendamm 45. Anfragen sind an Dr. Wolf, Rurfürstendamm 45, zu richten.

Sprech-Chor für proletarische Festsunden Die nächste Uebungsstunde findet am Donnerstag, abends 7 1/2 Uhr, in der Aula der Sophien-Schule, Weimmeisterstr. 16/17, statt. Es wird gesprochen: Weihnacht — Heubrottag.

Wetterbericht der öffentlichen Wetterdienststelle für Berlin und Umgebung. (Nachdruck verb.) Bollig und ziemlich kaltes Wetter ohne erhebliche Niederschläge. — Für Deutschland. Ueberall noch etwas kühler. Teils heiter, teils wolfig. Nur einzelne leichter Regen.

Kam ein Vogel geflogen,
Ließ sich nieder in Berlin.



Liebe Berliner!

Vor knapp zwei Monaten sind wir mit unserer „Halpaus Mocca“ nach Berlin gekommen; wir haben von Anfang an den Vorzug der besonderen Güte und besonderen Preiswürdigkeit hervorgehoben. Haben wir zuviel gesagt? „Halpaus Mocca“ ist eine besonders gute und besonders preiswerte Cigarette.

5 Pfg.

HALPAUS-CIGARETTEN-FABRIK G. M. B. H. Breslau und Köln

Deutschnationale Anbiederung.

Die außenpolitische Reichstagsdebatte. —
Gehler erklärt.

Im Mittelpunkt der gestrigen Reichstagsdebatte stand die große Erklärung Stresemanns zur Außenpolitik, die wir an anderer Stelle wiedergeben. Zu Beginn der Sitzung erhielt das Wort:

Abg. Emminger (Bsp.). Er gibt im Namen der Regierungsparteien eine Erklärung ab, wonach sie die auswärtige Politik, die zum Eintritt Deutschlands in den Völkerbund geführt hatte, billigt. In Genuß werde jetzt die Arbeit auf die allgemeine Abrüstung zu richten sein. Dauernde Verständigung mit Frankreich sei notwendig. Vom Reichsaussenminister werde erwartet, daß er auf die Befriedigung der Kontrollkommission hinwirke. Auf Grund des Wahlergebnisses in Ostpreußen müsse von der polnischen Regierung erwartet werden, daß sie die berechtigten Forderungen der Deutschen in Ostpreußen erfüllen werde. (Bravo!)

Abg. Hochsch (Dnat.) schildert als Berichterstatter zuerst kurz die Verhandlungen im Auswärtigen Ausschuss. Der Redner kritisiert dann das Aufziehen der Flagge auf dem deutschen Botschaftsgebäude in Washington am 11. November, dem Tage des Waffenstillstandes. Dadurch seien die Gefühle vieler Deutschen verletzt worden. Die Lasten des Dawes-Abkommens könnten von der deutschen Wirtschaft nicht getragen werden. Viel akuter seien jedoch jetzt die Versuche zu internationaler Wirtschaftsverständigung. Diese sei aber nicht möglich, wenn nicht die politische Verständigung dahinterstehe. Durch privatwirtschaftliche internationale Verständigungen dürfe der Schutz der schaffenden Arbeit im Innern nicht vernachlässigt werden. Die Deutschnationalen seien bereit, für die frühere Befreiung der besetzten Gebiete Opfer zu bringen, das sei aber nur durch die Mobilisierung der Eisenbahnbondagen möglich. Die Verhandlungen der Sozialisten in Luxemburg seien von Besimismus erfüllt gemeldet. (Sehr heftiger Widerspruch bei den Sozialdemokraten.) Mit einer vertrauensvollen Arbeit im Völkerbund sei nicht zu rechnen, so lange die interalliierte Militärkontrolle noch in den Räumen Deutschlands herum-schnüffeln könne. Wir müßten als absolut gleichberechtigte Macht anerkannt werden. Eine Verständigung Gesamteuropas sei nur möglich, wenn das Verhältnis Deutschlands zu Polen und Frankreich befriedigend geregelt werde. Eine Garantie der östlichen Grenzen, bei Abschluß eines Ost-Locarno, komme für die Deutschnationalen nicht in Frage. (Sehr richtig! bei den Deutschnationalen.) Anzuerkennen sei, daß der französische Außenminister zu einer Verständigung mit Deutschland zu kommen suche. Aber man sehe doch wieder die Hemmungen, die sich ihm in seinem eigenen Lande entgegenstellten. (Zurufe links: Genau wie in Deutschland!) Eine Verständigung sei nur bei Anerkennung der Gleichberechtigung Deutschlands möglich. Zum Schluß erklärte der Redner, daß sich zwischen den Regierungsparteien und der „nationalen“ Opposition Berührungspunkte ergäben. (Hört! hört! links.) Die Deutschnationalen würden auch in der Außenpolitik mitarbeiten. (Heiterkeit und Zurufe links.) Heute schon habe die Regierung Forderungen der „nationalen“ Opposition übernommen. (Erneute Heiterkeit.)

Es folgte die große Erklärung Stresemanns. Unmittelbar nach ihm erklärte

Reichswehrminister Dr. Gehler.

der unter lauten Aha-Rufen jetzt das Wort nimmt, zu den Angriffen wegen des Verhältnisses der Reichswehr zu den Wehrverbänden: In allen Fällen, die bekannt wurden, sei eingegriffen worden. (Stürmische langanhaltende Heiterkeit mischt, als Abg. Höllein (Komm.) ruft: Sie halten uns für dummer als wir sind.) Die im März dem Ministerium übergebene Denkschrift enthalte nichts anderes als einen Streit zwischen ehemalsigen Reichswehroffizieren darüber, wer die bessere nationale Gesinnung habe. Von dem Inhalt der Denkschrift sei der preussische Innenminister sofort verständigt worden. Ins Blaue hinein könne nicht gehandelt werden, wo ihm bestimmte Tatsachen mitgeteilt wurden, habe der Minister im Rahmen der Befehle durchgegriffen. Man solle doch endlich die Reichswehr aus dem Streit der politischen Meinungen herauslassen. Das beste sei die Erziehung der Reichswehr zur Treue zur Verfassung unseres Staates, zur deutschen Republik. (Zuruf links: War das alles?)

Abg. Stoedter (Komm.), bei dessen Auftreten sich das Haus besonders auf der Rechten schnell leert, bezeichnet die Rede des Außenministers als sehr inhaltslos. Wie wenig die Völkerbundspolitik zur Befriedigung der Welt beitrage, bewiesen die italienisch-französischen Differenzen wie auch die Kriegsrüstungen in Polen und Rumänien gegen Deutschland und Rußland. Briand und Chamberlain redeten zwar vom Frieden, aber überall seien sie an blutigen Raubzügen gegen die unterdrückten Völker beteiligt. Das sozialistische Manifest von Luxemburg sei nichts anderes als eine Unterstützung der Außenpolitik Stresemanns und Briands. Für den Völkerbund gelte das Wort, das Dante von der Hölle gesprochen habe: Die ihr hier eintrittet, laßt alle Hoffnungen fahren! (Abg. Kube (Dnt.) ruft: Sehr gut!) Die Arbeiterschaft müsse zum Klassenkampf gegen die Bourgeoisie aufgerufen werden.

Nach 6 Uhr wird die weitere Aussprache auf Mittwoch nachmittags 3 Uhr verlagert.

Um das Arbeitsgerichtsgesetz.

Die Verschlechterung der Vorlage durch die Regierung.

Der Soziale Ausschuss des Reichstags trat Dienstag in die zweite Sitzung des Arbeitsgerichtsgesetzes ein. Ministerialdirektor Sigler trug eine Reihe von Bedenken vor, die die Regierung gegen die Beschlüsse erster Lesung geltend macht. Sie wendet sich gegen die Einbeziehung der Erfinderstreitigkeiten in die Arbeitsgerichte und gegen die Ausdehnung des Personenkreises auf gesetzliche Vertreter von juristischen Personen (Direktoren usw.). Die vom Ausschuss vorgenommene Ermäßigung der Gebühren geht der Regierung zu weit. Ebenso lehnt sie es ab, daß die Arbeitsgerichte mit je zwei Beisitzern besetzt werden, statt je einem nach der Regierungsvorlage. Auch der vom Ausschuss beschlossene Schutz der Arbeitnehmerbeisitzer gegen Maßnahmen der Regierung wird von der Regierung abgelehnt. Sie wendet sich aber andererseits auch gegen die Aufrechterhaltung der Innungsgerichtsgerichte. Der Vertreter des Justizministeriums beämpfte leidenschaftlich den Beschluß, wonach die Erfinderstreitigkeiten unter die Zuständigkeit der Arbeitsgerichte fallen. Nach seiner Auffassung hätten die ordentlichen Gerichte für diese technischen Dinge eine größere Sachkunde.

Genosse Kufhäuser erklärte für die sozialdemokratische Fraktion, daß für seine Fraktion nach den hier geplanten wesent-

lichen Verschlechterungen der Beschlüsse erster Lesung eine neue Situation geschaffen sei, zu der sie erst Stellung nehmen müsse. Er ließ in seinen Ausführungen aber keinen Zweifel, daß die Sozialdemokratie nach wie vor ihren bisherigen Standpunkt in der Frage der Einbeziehung der Erfinderstreitigkeiten, der Befestigung mit je zwei Beisitzern und des Schutzes gegen Maßnahmen aufrechterhalten werde. Die Verhandlungen gehen am Donnerstag weiter.

Gegen Lockerung der Wohnungswirtschaft.

Die Bürgerlichen wollen die Mietsteigerung.

Der Wohnungsausschuss des Preussischen Landtags beschäftigte sich am Dienstag mit der Verordnung des Wohnungsministers über den Abbau der Wohnungszwangswirtschaft für große Wohnungen und gewerbliche Räume ohne Wohnung. Ministerialdirektor Dr. Conze erklärte, die Verordnung sei im vollen Einverständnis mit dem Handelsminister Dr. Schreiber, der auch die Handelskammer vorher befragt habe, erlassen worden. Er wies darauf hin, daß der Wohlfahrtsminister ausdrücklich zugesichert habe, die Verordnung jederzeit zu widerrufen, wenn sich ungünstige Wirkungen herausstellen sollten.

Abg. Lüdeman (Soz.) erklärte, es sei falsch, wenn man aus dem Ueberfluß an großen Wohnungen in einzelnen Städten den Schluß ziehe, daß es überall so sei. Freigabe der großen Wohnungen würde zur Folge haben, daß die Familien mit geringeren Einkommen, die nur wegen ihrer großen Kopfzahl mehr Räume brauchten, geschädigt würden. Die Freigabe der gewerblichen Räume, die in noch weitgehender Weise erfolgt, würde zu Mietsteigerungen, damit aber zur Verteuerung von Produktion und Handel führen. Gen. Lüdeman mißbilligte den Erlass des Ministers und verlangte seine Zurückziehung. Deutschnationale, Deutsche Volkspartei, Wirtschaftliche Vereinigung und Zentrum traten für die Verordnung ein. Die Abänderungsanträge der Demokraten und der Antrag der Kommunisten auf Zurückziehung wurden von den Bürgerlichen abgelehnt. In den nächsten Tagen wird sich der Wohnungsausschuss mit dem Wohnungsbauprogramm für 1927 beschäftigen.

Sie haben es nötig. Die „Arbeitsgemeinschaft für vaterländische Aufklärung“, der alle nur irgendwie denkbaren Zweckverbände, angefangen vom Reichsbürgerrat bis zum Alldeutschen Verband, angehören, protestieren zur Abwechslung wieder einmal gegen die „Kriegsschuldfrage“, die im Versailler Vertrag enthalten ist, und verlangen von der Regierung neue Schritte bei der Entente, um den Widerruf des Artikels 231 des Versailler Vertrages zu bewirken. Gerade diese Kreise, die Deutschland den Vorwurf der Kriegsschuld eingebracht haben und sich täglich Mühe geben, die Notwendigkeit neuer Kriege zu begründen, sind die schlechtesten Kronzeugen für eine Regierung, die die Kriegsschuldfrage bekämpfen soll.



Als zweiter in der Reihe „Kensh und Arbeit“ sprach Wertmeister Wilhelm Rühl über das Thema „Vorgesetzter oder Mitarbeiter?“. Er führte ungefähr aus: Trotdem man im Banne der Rationalisierung sogar einmal erwog, den Posten des Wertmeisters überhaupt abzubauen, bedeutet der Wertmeister die Seele des Betriebes, er bleibt entscheidend in allen wichtigen Fragen, er schafft den Ausgleich zwischen Arbeitgeber und -nehmer, da er aus den Arbeiterkreisen stammt und gleichzeitig Vorgesetzter ist. Durchaus notwendig bleibt es, daß der Wertmeister von der Praxis kommt — die theoretischen Grundlagen erhält er in Kursen, die der Deutsche Wertmeisterverband eingerichtet hat — denn der Arbeiter muß wissen, daß der Wertmeister im Grunde seinesgleichen ist. Vor allem muß er über organisatorische Fähigkeiten verfügen, er muß wissen, für welche spezielle Arbeit sich der Arbeiter am besten eignet, und überall helfend einpringen, bei Betriebsstörungen schnelle Abhilfe schaffen und im Augenblick umdisponieren können. In kleinen und mittleren Betrieben ist das Tätigkeitsfeld des Wertmeisters weiter gefasst als in großen Unternehmungen, die bereits Teilungen seiner Funktionen vorgenommen haben. Mit Beispielen aus der Praxis schloß Rühl seine interessanten Ausführungen. Werner Mahrholz sprach im Rahmen des Inklus „Strömungen der modernen Literatur“ über „Die neuromantische Gegenbewegung“ leider nicht so prägnant und klar wie über den Naturalismus. Wertwürdig erscheint es, daß Mahrholz den Romaner Jakob Wassermann zu den Neuromantikern rechnet, ihn mit Hofmannsthal, Rilke und George zusammenbringt. Am Abend dann die Uebertragung der Hüller-Revue „An und aus“ aus dem Admiralspalast, eine vollkommen überflüssige Uebung, da diese Art der Revuen hauptsächlich durch die szenische Aufmachung wirkt.

Das Rundfunkprogramm.

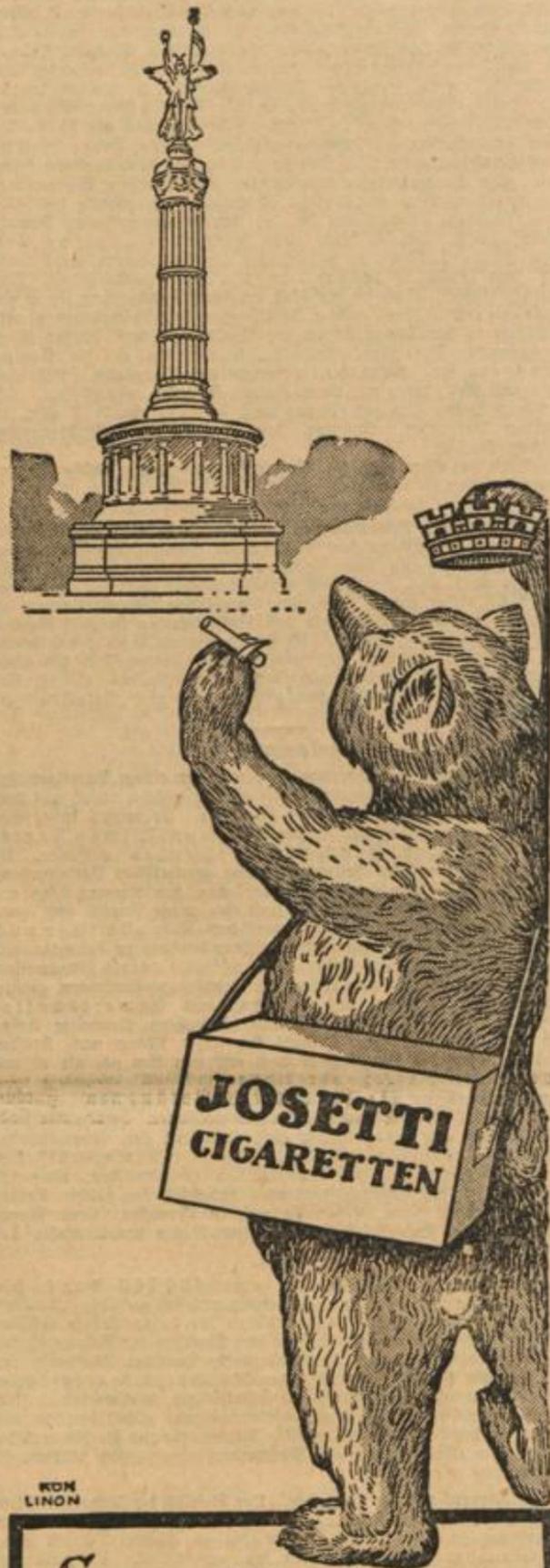
Mittwoch, den 24. November.

Außer dem üblichen Tagesprogramm
1.30—2 Uhr nachm.: Uebertragung des Glockenspiels von der Parochialkirche. Berlin. 3.30 Uhr nachm.: Frauenfragen und Frauen Sorgen (Margarete Weinberg: „Aus den Anfängen des Frauenstudiums“). 4 Uhr nachm.: Jugendbühne (Unterhaltungsstücke). Die Funkprinzessin erzählt: Julius Zerfuß: 1. Die Reise mit dem Lumpensack. 2. Was die arme Lucie Prinzessin werden wollte. 3. Das Bilderbuch. Die Funkprinzessin: Elli Altmann. 4.30—5 Uhr abends: Unterhaltungsmusik der Kapelle Gebrüder Steiner. Anschließend: Ratschläge fürs Haus. Theater- und Filmdienst. 6.30 Uhr abends: Dr. Walter Nusbeck: „Von seltsamen Menschen und Sitten“. 7.05 Uhr abends: Dr. Paul Kasner: „Fortschritt und Armut“ (Aus der Lebensgeschichte von Henry George). 7.30 Uhr abends: Hans-Bredow-Schule (Bildungskurse). Abteilung Musikwissenschaft. Dr. Richard H. Stein: „Altgermanische Musik“ (Die Minnesänger). 7.55 Uhr abends: Dr. Friedrich Luther: Vortragsreihe: „Wissenschaft und Sittlichkeit“ (Abriß einer Moralphilosophie). 8.30 Uhr abends: Bläserorchester. Dirigent: Kapellmeister Karl Weitschach. 1. v. Blon: Unter der Freundschaftsflagge. Marsch. 2. Auber: Ouvertüre zu der Oper „Fra Diavolo“. 3. Siede: Leuchtstärchens Stelldichein. Charakterstück. 4. v. Blon: Frauunliebe und Leben. 5. Spindler: Husarenritt. Charakterstück. 6. Puccini: Fantasie aus der Oper „La Boheme“. 7. Alfredy: Kastagnetten. Walzer. 8. Loßner: Weidmanns Lieblingslieder. Potpourri. 9. Loewe: Die Uhr. Ballade. 10. Weitschach: Frohe Jugend. Marsch. Anschließend: Dritte Bekanntgabe der neuesten Tagesnachrichten. Zeitanzeige. Wetterdienst. Sportnachrichten, Theater- und Filmdienst. 10.30—12.30 Uhr abends: Tanzmusik (Kapelle Kermbach. Leitung: Kapellmeister Otto Kermbach).

Königswusterhausen, Mittwoch, den 24. November.

12—12.30 Uhr nachm.: Lektor Grandt u. Walinski: Französisch für Schüler. 12.30—12.40 Uhr nachm.: Mitteilungen des Reichsstädtebundes. 3—3.30 Uhr nachm.: Stud.-Rat Frießel. Lektor Mann: Englisch für Anfänger. 3.30—4 Uhr nachm.: Studienrat Frießel, Lektor Mann: Englisch für Fortgeschrittene. 4—4.30 Uhr nachm.: Dr. Erna Haslacher-Friedenthal: Der Strafvollzug bei Jugendlichen. 4.30—5 Uhr nachm.: Berichte aus dem Zentralinstitut. 5—5.30 Uhr abends: Ministerialdirektor Professor Dr. Richter: Zulassung zum Hochschulstudium ohne Reifezeugnis. 5.30—6 Uhr abends: Geh. Reg.-Rat Cleinow: Das heutige Rußland. 6—6.30 Uhr abends: Dr.-Ing. A. Schroeder: Der Dieselmotor und seine Anwendung. 6.30—7 Uhr abends: Dr. Platzer: Internationaler Vergleich der Lebenshaltungskosten. 7—7.30 Uhr abends: Vilmar Mönkeberg, Noimar: Ruckert. 7.30—8 Uhr abends: Professor Dr. Traeger: Der deutsche Anteil an den Entdeckungs- und Eroberungszügen des 16. Jahrhunderts. Ab 8.30 Uhr abends: Uebertragung aus Berlin.

Was sagt der Bär?



Sei gegrüßt Göttin der luftigen Höhe! Du solltest auch mal heruntersteigen und Dir Berlin ansehen. Da würdest Du eine Siegerin auf dem Felde der Arbeit kennen lernen. Willst Du wissen, wer dem Berliner hilft, die Werktagsorgen zu teilen, die Feiertagstunden zu verdoppeln? Er sagt Dir.

JOSETTI
Juno
Berlins meistgerauchte
4 & Cigarette

Das Geheimnis der guten Tasse Kaffee heißt: „Weber's Carlsbader“! Eine Zutat davon entlockt der Kaffeebohne eine Fülle von Duft und Wohlgeschmack und verleiht dem Getränk den vielgerühmten goldbraunen Schimmer des Carlsbader Kaffees.

Frankreichs Währung.

Sensationelle Frankenbesserung. — Gefahren für die Stabilisierung.

Am 25. Oktober hat Belgien mit Erfolg seinen Franken stabilisiert und zum Zeichen, daß die belgische Inflationszeit zu Ende ist, an den Beginn der Stabilisierungsperiode die „Belga“, den neuen Goldfranken, gestellt. Frankreich folgte dem belgischen Beispiel nicht. Es ging unter dem klugen, aber mindestens ebenso eigenwilligen Poincaré seine eigenen Wege. Damit ist nicht nur die hundertjährige Tradition der lateinischen Munzunion zerbrochen worden, die alle Frankennahrungen wenigstens für ihr Wertverhaltis zu anderen Währungen zu einer Schicksalsgemeinschaft zusammenschlo. Der französische Franken hat seitdem eine Entwicklung genommen, von der es nicht wahrscheinlich ist, daß sie sich für die französische Wahrungstabilisierung günstig auswirken wird.

Scheinbar günstige Entwicklung.

Auf den ersten Blick allerdings möchte die Frankenverbesserung, die in den letzten Monaten erfolgt ist, außerordentlich günstig erscheinen. Mitte Juli, in der Zeit der Frankenpanik, als Calliaud eingreifen sollte, kostete 1 Pfund Sterling rund 245 französische Franken. Dieser Panikturs wurde aber schnell heruntergedrückt, und es ist zweifellos, daß auch die Poincarésche Erzehungspolitik zum Vertrauen, gestugt von einer rigorosen Sparpolitik in der Verwaltung und einigen erfolgreichen kleineren Auslandsanleihen, weiter zur Frankenbesserung erheblich beitrug.

	1 Pfund Sterling kostete in London	für 100 Franken wurden in Berlin gezahlt
am 1. Oktober	172,12 Franken	11,84 Mark
„ 11. „	168,86 „	12,15 „
„ 21. „	160,12 „	12,81 „
„ 1. November	152,87 „	13,41 „
„ 11. „	150,50 „	13,61 „

Eine verpasste Gelegenheit.

Die Tabelle zeigt, daß etwa zu derselben Zeit, in der Belgien seine Stabilisierung vornahm, der Frankenkurs in London in die Nähe von 150 Franken für 1 Pfund Sterling kam. Frankreich hatte sein letztes Staatsbudget auf der Grundlage von 150 Franken ausbalanciert und es hätte durchaus nahegelegen, etwa zu diesem Kurse zu stabilisieren und diesen Kurs bis zu dem Zeitpunkt der Stabilisierung zu halten. Nichts hätte im Wege gestanden, das Datum der Stabilisierung, wie Poincaré es wollte, noch bis Januar hinauszuschieben, wenn es bis zu diesem Zeitpunkt nur gelang, die Frage der französischen Auslandschulden in Ordnung zu bringen.

Die Herrschaft der Spekulation.

Diese günstige Gelegenheit scheint Frankreich nun verpasst zu haben. Und man gewinnt den Eindruck, daß es nicht aus wirtschaftlichen, sondern aus politischen Gründen geschehen ist. Als Belgien stabilisierte und die französische osentliche Meinung für Frankreich das gleiche erwartete, erklärte Poincaré, daß der „wahre Wert“ des Franken noch nicht erreicht sei und daß noch eine weitere Besserung abzuwarten sei. Die Verlegenheit, die für Frankreich in der Notwendigkeit der Schuldenregelung mit Amerika besteht, wurde von Poincaré zu einem scheinbar absichtlich gemachten Deflationsrezept umgebogen. Die Zwangslage, in die sich Poincaré damit begab, war für die internationale Devisenspekulation das Zeichen, sich des Franken zu bemächtigen. Seit dem 11. November nahm die Frankendwertung unter dem Einfluß der Spekulation à la hausse ging, folgende Entwicklung:

	in London	in Berlin
am 11. November	150,50 Franken	13,61 Mark
„ 15. „	144,50 „	14,13 „
„ 18. „	141,12 „	14,62 „
„ 19. „	136,87 „	15,02 „
„ 20. „	129,87 „	15,84 „
„ 22. „	135,62 „	14,98 „

Der absolut tiefste Punkt wurde bisher mit etwa 124 Franken gegen 1 englisches Pfund erreicht. Diese Entwicklung ist für den französischen Franken gefährlich. Frankreich hat keinerlei Schutz dagegen, daß die Spekulation nicht sofort wieder à la baisse geht und dabei von den eigenen Wirtschaftsmächten Frankreichs gestugt wird, sobald Rückschläge gegen die Haussepekulation eintreten. Diese Rückschläge aber werden heftig

sein, um so heftiger, je mehr Erfolg die Haussepekulation hat und je größer die Verlegenheiten des französischen Industrie- und Bankkapitals werden.

Gefahren für die Wirtschaft.

Die größten Gefahren hat die spekulative Frankennbewegung nämlich für die Wirtschaft. Die Besserung der Frankennvalua im Ausland hat naturgemäß eine allmählige Steigerung des Frankennwertes im Inland zur Folge. Höchst willkommen für die französischen Staatsrentner, denen zu Gefallen die konservative Poincareregierung ein großes politisches Interesse hat, bedeutet die Steigerung des inneren Frankennwertes für Industrie und Banken die allerstarkste Anspannung und unvermeidlich eine Finanzkrise. Zu der bisher durch Diskonterhöhung durchgeführten Kreditrestriktion tritt die zwangsläufige aus der Erhöhung des Frankennwertes. Die Steuern verstärken ihren Druck, weil ihr größerer innerer Wert die Betriebsmittel verknappt. Die Devisenbestande, die zum Schutz der Substanz gekauften Auslandspapiere müssen verkauft werden und bringen in Franken gerechnet, einen ständig sinkenden Erlös. Die Industrie wird die Preise zu erhöhen, die Löhne zu drücken suchen. Das steigende Preisniveau erreicht die Weltmarktpreise, die Ausfuhrmoglichkeiten werden gedrosselt. Im Inland folgt der Handel mit seinen Preisen der Wertverbesserung des Franken langsamer, als es angemessen wäre, weil er auf das Anziehen der Preise wartet. Die Kufer aber halten sich zurück in der Hoffnung, daß die Preise sinken müssen. Schon jetzt ist eine enorme Verteuerung innerhalb weniger Wochen eingetreten. Während der Grohandelsindex in Gold gerechnet von Juli bis Oktober nur eine Steigerung von 108 auf 120 aufwies, ist er bis zum 4. November auf 132, bis zum 18. November aber auf 137 gestiegen.

Damit wird aber auch die Fähigkeit der französischen Regierung geschwächt, einer Verschlechterung des Frankenkurses entgegenzutreten. Den Frankenkurs etwa bei 150 zu halten und durch Kleinhalten der Währungsschwankungen die Spekulation fernzuhalten, hätte viel weniger Devisenreserven erfordert, als sich der zu erwartenden Waissebewegung der Spekulation entgegenzusetzen. Die Kraft der Devisenreserven aber, die das französische Schatzamt zur Verfügung hat, wird noch verringert werden durch die Hoffnung des Industrie- und Bankkapitals, aus einer neuen, wenn auch vorübergehenden Verschlechterung des Franken nach alten Inflationsanschauungen Vorteil zu ziehen. So wird man kaum erwarten können, daß die so rapide Verbesserung der französischen Baluta der endgültigen Stabilisierung des Franken Vorteile bringen wird.

Der Arbeitsmarkt in der dritten Novemberwoche.

Die günstigere Lage im Bergbau, der chemischen, Textil-, Papierindustrie und dem Diversifikationsgewerbe hielt auch für die dritte Novemberwoche nach den Berichten der Landesarbeitsamter weiterhin an, während die Metallindustrie — außer in den mit dem Baumarkt zusammenhängenden Gruppen — noch keinen wesentlichen Umschwung zeigte. Die Auenberufe verschlechterten sich in der vergangenen Woche infolge der günstigen Witterung zwar nicht ganz der Jahreszeit gemäß, doch entsprach auch die Besserung in den durch das Weihnachtsgeschäft beeinflussten Industriegruppen nicht völlig den Erwartungen. Auf Grund dieser Lage vermehrten sich die unterstutigen Erwerbslosen in einer Anzahl von Bezirken. Die Fluktuation auf dem Arbeitsmarkt war groß und der Bedarf an qualifizierten Arbeitern stetiger, während die Erwerbslosen besonders durch ungelehrte Arbeiter aufgefüllt wurden.

Günstige Finanzlage der Reichsbahn.

In den letzten Tagen hat die Reichsbahngesellschaft ihren Bericht für Oktober mit den Angaben über die Entwicklung ihrer Finanzen im September veröffentlicht. Diese Angaben zeigen deutlich, daß auch das Geschäftsjahr 1926 für die Reichsbahn kein schlechtes Jahr bedeuten wird. In den ersten 9 Monaten des Jahres ist im ganzen ein Ueberschu der Einnahmen über die Betriebsausgaben, über die Reparationsverpflichtungen und die Dividende der Vorzugsaktien hinaus in Höhe von über 37 Mil-

lionen Mark erzielt worden. Da schon heute mit ziemlicher Gewissheit gesagt werden kann, daß auch für die Monate Oktober, November und Dezember eine wesentliche Verschlechterung des Status nicht mehr zu erwarten ist, so kann man es als feststehend betrachten, daß die Reichsbahn auch in diesem Jahre in der Lage sein wird, nicht nur den Gewinnvortrag des Vorjahres weiter vorzutragen, sondern wahrscheinlich auch noch einen kleineren Betrag zu ihm hinzuzufügen.

Die Hauptursache dieser günstigen Entwicklung liegt in der günstigen Konjunktur des Kohlenbergbaues, die der englische Streik herbeigeführt hat. Wie bedeutungsvoll diese Entwicklung für die Reichsbahn gewesen ist, zeigt vielleicht am besten ein Vergleich der Einnahmen aus dem Güterverkehr in den Monaten April bis September d. J., verglichen mit dem Vorjahr. Sie betragen (in Millionen Mark):

im	1925	1926
April	238,5	198,8
Mai	227,4	208,7
Juni	214,5	226,6
Juli	235,1	288,6
August	233,0	246,5
September	246,8	264,8
	1897,3	1882,8

Wie diese Uebersicht zeigt, hat der stetig wachsende Güterverkehr zu recht erheblichen Mehreinnahmen geführt, deren stetiges Ansteigen alle sonst üblichen saisonmäßigen Schwankungen überdeckte. Wäre die Einnahmementwicklung aus dem Güterverkehr 1926 der von 1925 auf einem entsprechend niedrigeren Niveau erfolgt, so wäre sie um über 200 Millionen Mark niedriger gewesen. Auch die Wagensstellungsziffern zeigen einen gegenüber 1925 erheblich gesteigerten Verkehr. Während im Oktober 1925 rund 3 715 000 Wagen gestellt wurden, waren es im Oktober 1926 3 950 000 Wagen. Dabei scheint die Reichsbahn nicht nur im Kohlenbergbau den Wagenanforderungen nicht voll gerecht worden zu sein. Der Bericht erwähnt, daß bei Düngemitteln gegenüber dem Vorjahr ein erheblicher Beforderungsruckgang (um 22 Proz.) eingetreten sei. Andererseits wissen wir jedoch aus dem Monatsbericht des Ralisyndikats, daß wegen Wagenmangels beinahe der gleiche Prozentsatz der bei ihm eingegangenen Bestellungen nicht erledigt werden konnte. Daß eine Hinauszögerung der Beseferung mit Düngemitteln in der gegenwärtigen Jahreszeit für die Landwirtschaft höchst abträgliche Folgen haben kann, versteht sich von selbst, und es wäre interessant zu erfahren, ob inzwischen der Wagenmangel für die Lieferung von Düngemitteln behoben worden ist. Bei der auffällig günstigen Entwicklung der Lage der Eisenbahn ist es auffällig, daß der Personalbestand noch immer hinter dem des Vorjahres um über 6000 Köpfe zurückbleibt. Dementsprechend weisen auch die Personalausgaben eine weit geringere Steigerung auf als die Sachausgaben. Während diese im Vergleich mit dem Vorjahr sehr erheblich gestiegen sind, entspricht die Steigerung der Personalausgaben infolge des Rückgangs im Personalbestand kaum dem, was man auf Grund der letzten Lohnerhohungen erwartet hätte.

Angeichts dieser günstigen Lage der Reichsbahnfinanzen ist es verständlich, daß in der letzten Zeit wieder eine ganze Anzahl verbilligter Ausnahmearbeitsvertrage eingeführt wurden. Freilich ergibt sich bei Betrachtung der vorgenommenen Frachterleichterungen die Frage, ob hier planmäßig und zielbewut genug vorgegangen wird. Einige der zugestandenen Tarifermaigungen lassen die Frage aufwerfen, ob es nicht angebracht wäre, daß das Reichsverkehrsministerium den Versuch machte, mehr in Richtung einer planmäßigen Frachtenpolitik auf die Reichsbahn einzuwirken, als es vielleicht bisher geschieht.

Umstellungen in der Werkindustrie.

Weitere Subventionen oder Konzentration?

Die betriebliche Reorganisation und Zusammenfassung der deutschen Werkindustrie scheint allmahllich in Gang zu kommen. So wird von der Weser- und der Vulkanwerft gemeldet, daß unter der Führung von Berliner Großbanken beabsichtigt sei, die Werftanlagen der Stettiner Aufkanggesellschaft, die sich in Hamburg befinden, der Weser- u. V. anzugliedern. Die Vulkanwerke sollen als Ausgleich Weseraktien erhalten und sich lediglich auf die Fortführung ihrer Stettiner Betriebe beschränken. Im Zusammenhang damit soll das Vulkankapital durch Einziehung von Vorratsaktien von 10 auf 6 1/2 Millionen herabgesetzt werden. Beide Werften haben im vorigen Jahre nicht besonders günstig abgeschlossen. Die Vulkanwerke erzielten bei einem Aktien-

Über dem Wort stehe die Tat!

Wenn wir Ihnen, lieber Leser, statt aller schönen Worte in diesem Augenblick die MASSARY-Ligarette darreichen könnten — wie einfach wäre dann unsere Werbung!

Sie würden nur ein paar Züge tun und erfreut feststellen: „Endlich eine Ligarette, wie ich sie mir schon immer wünschte!“

Wir wochten Ihnen gern beweisen, daß wir nicht zu viel versprechen. Deshalb warten wir im nächsten Ligaretten-Geschäft auf Sie. Lassen Sie sich das Vergnügen, uns kennen zu lernen, 4, 5 oder 6 Pfennig kosten.

Probieren Sie eine MASSARY-Ligarette und dann:

Urteilen Sie selbst!

Massary-Pele 4, Gold und Purpur Mdst. Massary-Delft 5, Gold und Türkis Mdst. Massary-Ritter 6, Gold und Seiden Mdst.

Auch in entzückenden Weihnachts-Geschenkpakungen!



Kapital von 10 Millionen Mark nur den geringen Ueberschuss von 88 000 Mark. Außerdem war die Vulkanwerft mit 22,75 Millionen ziemlich hoch verschuldet. Die Weser-L.-G. mußte ihrerseits das Kapital auf die Hälfte zusammenlegen, nachdem sie einen Verlust von 6,9 Millionen ausgewiesen hatte. So wird man schließen dürfen, daß ähnlich wie bei den vielfachen anderen Konzentrationen auch hier die erhebliche Verschuldung die Banken zum Eingreifen und zur Förderung des Zusammenschlusses veranlaßt hat. Es liegen auch Meldungen darüber vor, daß größere Zusammenschlüsse von mehreren Werften an der Elbe und Weser erfolgen sollen. Dabei wird insbesondere die V. C. Tecklenburg-L.-G. genannt, doch besteht über die hier vorliegenden Absichten noch keine Klarheit.

Es ist sicher, daß die für die deutsche Bergindustrie längst fällige betriebliche Umstellung und unternehmungsmäßige Konzentration durch die dem Schiffbau gewährten Subventionen weit über das volkswirtschaftlich gebotene Maß hinaus verzögert worden ist. Unter diesen Umständen berührt die Mitteilung etwas eigenartig, daß die aus der produktiven Erwerbslofenfürsorge gewährten 50 Millionen Subventionen noch weiter ausgedehnt werden sollen. Immerhin ist es beruhigend, daß nicht neue Kapitalien zur Verfügung gestellt werden sollen, sondern nur die in Zukunft einlaufenden Zinsen auf die dem Schiffbau gewährten Kredite zur Subvention Verwendung finden sollen. Wie offiziell verlautbart wurde, sollen für Seeschiffneubauten, die in der Zeit vom 1. Oktober 1926 bis spätestens 31. März 1927 von deutschen Reedern und Küstenschiffen vergeben werden, Zinsen im Betrag von etwa zwei bis drei Millionen Verwendung finden. Wenn auch nach unseren letzten Feststellungen noch nicht die Rede davon sein kann, daß sich die Lage der deutschen Werften von Grund auf gebessert hat, so ist doch zu hoffen, daß die endlich einsetzende Betriebskonzentration das System der Subventionen überflüssig machen wird und die jetzt gemeldete Verwendung der Zinsengänge den letzten Akt der Subventionen darstellen werden.

Die Konsumvereine als Preisregler.

In unserem Artikel „Segen der Konsumvereine“ haben wir kürzlich die preisregulierende Wirkung hervorgehoben, die das Internationale Arbeitsamt in Genf in Beispielen aus der ganzen Welt für die Konsumgenossenschaften festgestellt hat. Für den Handel wirken derartige Feststellungen immer wie das rote Tuch, und so wurden auch wir zur Abwehr einer Vermehrung der Hauptgemeinschaft des deutschen Einzelhandels gegen die Feststellungen des Internationalen Arbeitsamtes gezwungen. In Hamburg liegen die örtlichen Organisationen des Einzelhandels sogar eine Behörde in der Hamburger Bürgerschaft vom Stapel, weil Senator Mendel, der Geschäftsführer der Konsumgenossenschaft „Produktion“ in einem Rundfunkvortrag auf Grund des reichhaltigen Materials von der preisreduzierenden Funktion der Konsumvereine gesprochen hatte. In der Debatte wurden die Beschwerden von dem Abgeordneten Biehl nun auch noch auf Grund des landesstatistischen Materials von Hamburg gründlich abgeführt. Dieser führte aus:

Die Erhebungen des Landesstatistischen Amtes, die allwöchentlich gemacht und monatlich zusammengestellt werden, sagen noch etwas ganz anderes, als die Erhebungen des Reichsstatistischen Amtes. Ich habe die Ergebnisse dieser Feststellungen des Landesstatistischen Amtes vor mir liegen für die Monate Januar bis September. Diese ergaben folgendes: Gegenüber den Durchschnittspreisen der 17 Geschäfte, die ständig an dieser Statistik teilnehmen, war die „Produktion“ mit der gleichen Warenmenge, den gleichen Warenmengen und gleichen Qualitäten billiger: im Januar 8,2 Proz., im Februar 6,8 Proz., im März 6,8 Proz., im April 6,8 Proz., im Mai 6 Proz., im Juni 6 Proz., im Juli 8,1 Proz., im August 6,8 Proz., im September 6,6 Proz. Dazu kommt noch die Rückvergütung, die in den beiden vorhergehenden Jahren 4 Proz. betragen hat. Rechnen wir diesen Prozentsatz zu diesen 6 bis 8 Proz., so ergibt sich, daß nach den Erhebungen des Landesstatistischen Amtes die Produktion nicht 5 Proz., sondern 10 bis 12 Proz. billiger war als die gleiche Konkurrenz.

Die Verluste der Raiffeisenbank A.-G. Auf der Verbandsversammlung des Raiffeisenverbandes in Frankfurt am Main gab der Generaldirektor der deutschen Raiffeisenorganisation auch ein Bild von den Verlusten und dem Stand der Sanierungsaktion der Raiffeisenbank A.-G. Die Verluste, die diese Bank im vergangenen Jahr erlitten habe, seien durch Begebung großer Kredite ohne genügende Sicherheiten entstanden. Allerdings verfüge die Organisation gegenüber dem Gesamtverlust von nahezu 40 Millionen Mark über drei große Dampfer von je 10 000 Tonnen, über eine Wurstfabrik, über eine Gummiwarenfabrik, über Brauereien in Bayern, über chemische Fabriken verschiedener Art und ferner über verschiedene Zigarrenlager in Berlin als Pfänder, deren Flüssigmachung aber bei der gegenwärtigen prekären Wirtschaftslage nicht gerade rentabel sei. Bisher sei es gelungen, für den von der Preussischen Zentralgenossenschaftsliste gewährten Kredit von 40 Millionen Mark Bürgschaften in Höhe von 36 Millionen Mark zu leisten, die bekanntlich von den einzelnen Genossenschaften gestellt werden müssen. Die restlichen 4 Millionen Mark dürften demnächst folgen.

Gemeinsamer Schrotteinkauf der großen Ruhrwerke. Das schon bei der Aufstellung der Stumm- und Krombach-Werke beobachtete Zusammenwirken des Stahltrüsts und der selbständigen Werke Hoersch, Klockner, Krupp, Mannesmann, Hoffmannshütte zeigt sich jetzt auch auf dem Gebiet der Schrotterzeugung. Die Vereinigte Stahlwerke-A.-G. teilt dazu mit, daß sie sich mit diesen Werken und der Firma Henschel Söhne zusammengeschlossen habe, um den Schrotbedarf gemeinsam zu decken. Die Absicht ist, alles zu vermeiden,

um durch gegenseitige Konkurrenz die Schrottpreise nicht weiter zu steigern, die infolge der günstigen Eisenkonjunktur der letzten Monate schon stark gestiegen seien.

Jeckenkonzentration in England. Dem Industriellen Sir Alfred Mond ist es nach Meldungen aus London gelungen, die Henderson-Gruppe zum Anschluß an den sich im Kohlenbezirk von Südwales bildenden großen Kohlenkonzern zu bewegen. Für die Bildung kommen neben der Henderson-Gruppe in Frage die Amalgamated Anthracite Collieries Ltd. und die United Anthracite Collieries. Damit würde die größte Teil der Anthrazitförderung in Südwales von dem neuen Kohlenkonzern kontrolliert werden. Er verfügt über ein Kapital von 2 Millionen Pfund, hat also ungefähr den Umfang wie die bedeutenderen deutschen Kohlenkonzerne.

Gleitende Steuern zum Ausgleich von Preisschwankungen. Seit einiger Zeit ist der Silberpreis gesunken. Als Abwehrmittel hat nun die mexikanische Regierung ein Mittel angewandt, das zwar nicht neu, dennoch aber eigenartig ist nämlich das Mittel der gleitenden Besteuerung, die mit steigenden Preisen höher, mit sinkenden niedriger wird. Präsident Calles hat angeordnet, daß zunächst die auf die Produktion gelegten Staats- und Bundessteuern für die Dauer von sechs Monaten herabgesetzt werden. Wenn der New Yorker Silberpreis pro Unze 45 Cent oder weniger beträgt, soll die Produktionssteuer der Bundesregierung 1/2 Proz. und die Staatssteuer ebensoviel betragen. Wenn der Silberpreis dagegen steigt, wird eine zunehmende Steuerkala zur Anwendung kommen.

Kinderzeitung „Der Kleine Coco“ oder „Tipp“, die heitere Post, gratis! 1/2 Ab 50^g



MARGARINE
Rama
butterfein

Was zu Ersparung und Genuss
heut jede Hausfrau haben muss:
Rama-butterfein



Bade-Einrichtungen
Segen
12
Monats-Raten
Raddatz & Co.
Berlin, Leipziger Str. 122-123

Ischias

Spezial- schaft. In 15-20 Tagen sind schwere Fälle heilbar. In 15 Tagen sind heilung und Schmerz, ärztl. empfohlen. Waldstr. 106, 9-11, 1-4, Sonnt. 10-12, auch

Einen gesunden Schlaf
und damit eine Kräftigung des ganzen Nervensystems erzielen Sie durch den **echten „Baldravin“**

Patentamt. gleich unter Nr. 342 681. Er enthält sämtliche Extraktstoffe der Baldrianwurzel in reicherem Gehalt als alle Nachahmungen, die als Ersatzmittel angeboten werden, wofür man entschuldigen darf. — Sie haben in Apotheken und Drogerien.

Hersteller:
Otto Stumpf A.-G., Chemnitz

Der Wäschebestand — Ihr kostbares Gut

Die einzelnen Stücke einer einzigen Wäsche ergeben zusammen einen Wert von mehreren Hundert Mark. Wie wenig haushälterisch ist es, hierzu einer scheinbaren Ersparnis von einigen Pfennigen wegen minderwertige Waschmittel zu verwenden, die Ihrem kostbaren Wäscheschatz ein vorzeitiges Ende bereiten!

SUMA, die von den Herstellern von LUX geschaffene neue Art Seife, gibt eine blütenreine Wäsche, ohne ihr im geringsten zu schaden.

Das Paket SUMA kostet 50 Pfg.



SUMA
die neue Art Seife der
"Sunlicht" Mannheim

Verlangen Sie kostenlose Zusendung unseres Suma-Waschbuches.



Die Heiligsprechung.

Erzählung von Otto Krille.

(Schluß.)

Seine Beforgnisse zerfloßen wie der tüftliche Neuschnee auf den Bergen vor der warmen Aprilsonne, als er mit wenigen Fremden auf der kleinen Station ankam. Niemand kannte ihn als der Vorsteher, der verbindlichst seine Rechte an die Mühe legte. Abwärts vom Bahnsteig, hinter der kleinen Sperre, aber stand eine mittel-schlankte Frau, nein, ein Bild. Der Meister blieb stehen, als ob er im ungewissen sei, wo er Frau Puffy zu suchen habe, in Wirklichkeit, um den Anblick einige Sekunden genießen zu können. Er hatte sie sofort erkannt, trotzdem der ehemals gesund-berbe Mund in den Winkeln eine kleine Neigung ins Schmerzliche bekommen und das üppige Haar seine leuchtende Blondheit verloren hatte. Das unmoderne Cape, das die dunkle Kleidung umschloß, bestimmte die Gestalt zum Typus einer verarmten Landbediente, die der Haus- einer verunkelten Zeit umwittert. Der Meister unterdrückte ein Lächeln, während er gleichzeitig eine ungewohnte Rührung fühlte. Er trat hinaus und lästete den Hut. „Gnädige Frau!“ — „Meister!“ — Eine Verbeugung, ein Knick. Die Vorstellung hätte jedem Saton Ehre gemacht. Dann schritten sie die leere Seepromenade entlang.

„Ich hoffe, lieber Meister, Sie zürnen mir nicht, daß ich Ihre Zeit so ungebührlich in Anspruch nehme.“

„Ich bin erfreut. Sie wiederzusehen, Fu . . . gnädige Frau. Der Weg zum Kloster ist nicht weit und eine Erholung für mich.“ Und er erzählte ihr, wo er das Bild vermute. Dabei hatte er ihr wie selbstverständlich den Arm geboten. Wer sie so gesehen, hätte sicher gemeint, eines jener älteren Ehepaare zu finden, das mit dem Nachkommer seiner Triebe in sparsam wärmebedürftiger Fürsorge hausväterlich umgeht.

„Sie haben sich gewiß kaum mehr meiner erinnert, Meister!“
„Halten Sie mich für so undankbar, gnädige Frau?“ Er hatte die unangenehme Empfindung, als spreche er eine eingetretene Rolle nach. Auch Frau Leopoldine mochte ähnliche Eindrücke haben, denn sie schwieg. Verstoßen blühte sie von der Seite zu ihm auf und musterte seine Züge. Er, vom gleichen Impuls getrieben, äugte auf sie nieder. Ihre Blicke trafen sich und lösten bei beiden ein herzliches Lachen aus.

„Puffy!“
„Franz!“ Und Frau Leopoldine lachte trotz ihrer würdigen Kleidung so hell, daß alle Befangenheit schwand.

„Wo, daß ich das noch erleben! Weist du, ich hatte eigentlich ein wenig Angst vor dir, weil du jetzt gar so berühmt geworden bist.“ Und nun erzählte sie ihm, wie sie das Modellstehen aufgegeben habe, weil sie fühlte, daß sie zu alt geworden war. „Das ist wie bei den Schauspielerinnen und Sängerinnen! Das muß man spüren, wenn die Primadonnenzeit vorüber ist. Und die jüngere Generation hat ja keine Lebensart mehr, die weiß, wenn es nicht gleich aus dem Rollen geht, nichts mehr mit dem Leben anzufangen. Bei aller äußeren Freiheit ist sie dem Philistertum verfallen und kennt nichts als die größten Genüsse. Und da hab' ich nimmer gemocht!“
Zuerst wollte sie in ihre Vaterstadt Wien zurück. Dort kannte sie kaum einen Menschen noch und blieb lieber in der Stadt, wo sie in der äußersten Not immer noch eine Verdienstmöglichkeit hatte. Es ging ihr einige Jahre nicht gut, bis Bekannte sie Herrn G . . . vermittelten, der eine Wirtshausin und Pflegerin brauchte. Das war sie ihm zehn Jahre in so getreuer Weise, daß er sie kurz vor seinem Tode ehelichte und zu seiner Erbin machte.

Beim Anhören ihrer Odyssee hatten sie den einstündigen Weg zurückgelegt. Der Meister hatte schon an der Klosterpforte geklopft, als Puffy sich in die Gegenwart zurückgefunden hatte.

„Jesse, der Herr Vater!“ rief das Randert aus, das statt des Klosternehtes die Worte öffnete. „Wird sich die Frau Priorin freuen.“

Die alte Dame freute sich wirklich über den zeitigen Besuch ihres jährlichen Gastes und führte die Herrschaften an der Klausur vorüber in den großen Fest- und Gebetsraum der Klosterschule, wo es nach verrottenen Blumen und Weihrauch roch.

„Weshalb Sie auch immer kommen mögen, lieber Meister, Sie sind uns willkommen!“ erklärte die Priorin, als ihr Franz Xaver den Grund seines unerwarteten Besuches erläuterte hatte. Auch die Riste könne bis zum jüngsten Tage stehen, nur habe Sepp, der Klosternecht, der nun schon an die Siebzig sei, die Klosterschülerinnen darin stöbern lassen, und da sich doch etliche vom künstlerischen Lehrstandpunkt aus wohl notwendige, aber für junge Mädchen leicht mißverständliche Studien darin befänden, habe man sie an eine nicht allgemein zugängliche Stelle geschafft, und nur den Meister daran erinnert für den Fall, daß er von dem Vorhandensein keine Kenntnis mehr habe.

Franz Xaver wurde ein wenig rötlich verlegen wegen der für junge Mädchen mißverständlichen Studien und Frau Leopoldine lächelte kaum merklich so lieb wie in alter Zeit.

In diesem Augenblick ging die Tür, und herein trat mit einem jungfräulich zurückhaltenden Knick vor den Gästen eine rotbackige Klosterkücherin, im Arm den Frühling. Vor einer Gebelant breitete sie die ersten lieblichen Sterne des Klostergartens aus und schmückte das dort befindliche und durch ein ewiges Licht besonders gemürdigte Gemälde. Dann fenkte sie den buhenshaft derben Kopf, murmelte ein Gebet und knickte sich wieder hinaus.

Es war gut, daß zu gleicher Zeit die Frau Priorin selbst nach dem Sepp zu sehen ging, weil die Randert wahrscheinlich wieder irgendwo rauschte, denn kaum hatte sich die Tür hinter ihr geschlossen, als Frau Leopoldine mit einem unartikulierten Laut, der Schreck, Lachen oder auch fromme Verzückung sein konnte, wie im Krampf den Arm des Meisters packte und mit der anderen Hand auf das Gemälde deutete.

Sie traten näher heran, und dann gab Franz Xaver einen ähnlichen Laut von sich. Es war kein Bild, ihr Porträt, das dort hing, die „Bühende Magdalena“, das lebensstrobe Gesicht mit dem in Erinnerung an die Nacht verzückten Blick und einem Stück aus der Buse quellenden Busen, ehemals das ewige Entzücken der Kunstschüler. Ein starker Goldbrochen umschloß das Produkt eines schönen Sommermorgens, und darüber stand gleichsam als Krönung: „Selig sind, die reinen Herzens sind!“

Es war verständlich, daß Puffy und der Meister noch in Andacht standen, als die Priorin etwas verzückt zurückkam, weil sie den Sepp nicht gefunden hatte. Ihre Züge erheiterten sich jedoch, als sie die Bewunderung der Gäste wahrnahm. „Es ist ein schönes Bild der heiligen Seburgis, der Gründerin unserer Klosterschule,“ erläuterte sie. „Kennen Sie ihre Geschichte?“

Der Meister kannte sie nicht.
„Sie war die Tochter eines hohen Adligen, der sie sehr jung an einen reichen Ritter verheiratet wollte. Sie aber liebte ihn nicht und wollte sich nur der kummlichen Liebe widmen. Als ihr Vater

sie mit Gewalt zwingen wollte, schnitt sie sich ihr Haar kurz, so kurz, wie heute die Mode ist, und trat als Nonne in ein Männerkloster ein. Dort blieb sie unerkannt und mit einem unsträflichen Lebenswandel bis ihr Vater ausgeführt war, dann wurde sie eine große Liebistin und rief im Gedächtnis an die Gefahren ihrer eigenen Mädchenzeit die Klosterschule ins Leben.“

Frau Leopoldine war anscheinend sehr gerührt von der Erzählung, denn sie barg das Gesicht halb im Taschentuch. Der Meister bemerkte, daß das Bild der Malweise nach noch nicht allzu alt sein

Die Reichswehr sammelt.



„Bitte, meine Herrschaften, noch ein Scherlein für den schwarzen Fonds der Reichswehr. Wir singen dafür nochmal die Ballade vom treuen Ataproth.“

tänne. „Es ist wohl eine Neuauferstehung nach einem alten Gemälde oder Stich,“ versetzte die Frau Priorin. „Wie die Lebensgeschichte dieser frommen Frau und ihr Bild auf die jungen Mädchen wirkt, sehen Sie ja. Ihr Andachtsplatz ist nie ungehämmt.“

Der Meister fand, daß Bild und Lebensumstände der heiligen Seburgis so außerordentlich interessant seien, daß er eine Kopie von dem Bild anfertigen möchte, was der Frau Priorin wieder außerordentlich schmeichelte. Und da der alte Sepp noch nicht gekommen war, um zu erklären, wohin er die Riste mit dem nicht ganz einwandfreien Inhalt gebracht habe, versicherte der Meister, nicht länger warten zu können, zumal er zu dem eben erwähnten Zwecke bald wieder kommen würde, und verabschiedete sich mit Frau Leopoldine von der Priorin und dem Wirkungsbereich der heiligen Seburgis.

Es war auch die höchste Zeit für Puffy, denn sie wurde bald, als die Klosterpforte sich hinter ihnen geschlossen hatte, von Konvulsionen heimgesucht, die nur durch den starken Arm des Meisters äußerlich gemildert wurden.

Mit feuchten Augen schaute sie zu ihm auf: „Franz, nun bin ich eine Heilige, wenigstens in effigie!“

„Warum nicht?“ sagte er lachend. Und es fiel ihm zum Glück noch ein Wort ein, das er mit dankbarer lebenswürdiger Verbeugung hinzufügte:

„Wer viel geliebt, hat viel gebetet!“

Goethe und Schiller gegen die Republik.

Nach der Ansicht eines deutschen Professors.

Von Eduard Bernstein.

Von Jahren legte ich einmal einem gebildeten deutschen bürgerlichen Politiker in der Unterhaltung die Frage vor, was er zu dem Gedanken sage, Deutschland von seinen Professoren regieren zu lassen. An die Antwort, die er mir gab, bin ich in diesen Tagen recht lebhaft erinnert worden. Sie lautete nämlich: „Was ich zu dem Gedanken sage? Nur das eine Wort — Entschlich!“

In ihrer Nummer vom 14. November dieses Jahres hat die „Vollstündige Zeitung“ unter den ihr zugehenden Briefen aus dem Publikum auch die „Goethe, Schiller und die Republik“ überschriebene Zuschrift eines Professors veröffentlicht, die ein überaus bezeichnendes Dokument für die Geistesverfassung eines nur zu großen Teils der deutschen Akademiker unserer Tage ist.

Der Briefschreiber, ein Professor Julius Fay in Viegny, wendet sich im Ton höchst selbstbewußter Ueberlegenheit dagegen, Goethe und Schiller als geistige Ahnen der Republik Deutschland erscheinen zu lassen. Seine Gegenbeweise sind Stichproben kaum zu überbietender Oberflächlichkeit und Unwahrhaftigkeit. Großspurig schreibt er, wo er dazu übergeht, die Stellung der beiden Dichter zum Prinzip unserer Republik näher zu beleuchten:

„Schon gelegentlich der vor mehreren Jahren in Frankfurt veranstalteten Goethe-Weche suchte der damalige Reichspräsident im Verein mit Gerhart Hauptmann Goethe insulagen für die Republik zu reklamieren. Und doch ist nichts abgemachter als ein solcher Versuch.“
„Das habe ihnen nämlich schon „der Anblick des Goethe-Hauses“ harmlos machen müssen, dessen Bauherr, Goethes Vater, „sich mit Stolz eines kaiserlichen Rat nannte“ und „nichtsdestoweniger im Siebenjährigen Kriege „frühlich“ — (das heißt preussisch) — gefinnt war.“
Als aus der Denkwelt des Vaters sollten sie schon die Denkwelt des Sohnes ableiten — eine Aufgabe, der allerdings der Sattler-geselle Ebert und der Gastwirtssohn Hauptmann nicht gewachsen wären. Ein weiterer Gegenbeweis sei die „jedem mit Goethes Lebensgeschichte einigermassen Vertrauten“ bekannte Bedeutung, von

der „für dessen spätere Entwicklung seine Beziehungen zu dem Weimarer Herzog Karl August gewesen sind“, wie er das in seinem Torquato Tasso „folgendermaßen zum Ausdruck gebracht“ habe:

„Der Mensch ist nicht geboren, frei zu sein,
Und für den Edlen ist kein schöner Glück,
Als einem Fürsten, den er ehrt, zu dienen.“

Goethe sei eine „durchaus aristokratische Natur“ gewesen und habe „von dem Volk, soweit man darum die Masse oder den Pöbel versteht, nichts wissen wollen“.

Indes kommt es für die aufgeworfene Frage zunächst gar nicht darauf an, wie Goethe und Schiller zu dem Volk standen, das sie auf damaliger Stufe der Entwicklung vor sich sahen, sondern wie sie die Zukunft der Menschheit überhaupt sich vorzeichneten und erstrebten. Ein Gegenstand, über den man sich nicht aus etlichen gelegentlich hingeworfenen Bemerkungen und aus Sentenzen zu unterrichten hat, welche sie in Dramen irgendwelche Personen äußern ließen, sondern aus ihren tiefgreifenden Dichtungen und Abhandlungen, die sich ernsthaft mit ihm beschäftigten. Was Goethe im Faust, was Schiller in seinen Briefen über die ästhetische Erziehung des Menschengehichts und seinen Lehrgedichten niedergelegt hat, zeigt uns als ihr Ziel ein mündiges, sein Schicksal selbst bestimmendes Volk. Wenn sie sich über die Form der Verwirklichung dieses Ideals nicht näher äußerten, so lag das nicht zuletzt an der Unreife der Verhältnisse im damaligen Deutschland. Sie erlaubten ihnen nur, das Wesen der Zukunft zu entwerfen, die ihnen vorschwebte. Mehr zu sagen, wäre damals unfruchtbar Utopie gewesen; das, was zunächst zu geschehen hatte, konnte auch in einem Lande verwirklicht werden, dem ein frei denkender, aufgeklärter Fürst vorstand.

Dabei ist der Satz aus dem Tasso obendrein noch mißbräuchlich angewendet. Er hat mit politischer Theorie nicht das geringste zu tun. Goethe läßt ihn im Drama nicht den weltkühnen Antonio als philosophischen Niederstich reifer Erfahrung verstanden, sondern den geübelmäßig handelnden jungen Dichter Tasso der Prinzessin als Erklärung dafür darlegen, daß er ihrem Bruder, dem Herzog, seine Empfindungen nicht anvertrauen mag. Er sagt nicht, was sein soll, sondern stellt einfach fest, was nach seiner Meinung ist, und fährt denn auch fort:

„Und so ist er mein Herr, und ich empfinde
Den ganzen Umfang dieses großen Worts.
Nun muß ich Schweigen lernen, wenn er spricht,
Und tun, was er gebietet, mögen auch
Verstand und Herz ihm lebhaft widersprechen.“

Soweit hier Goethe. Nach dreier wird der Herr Professor im Mißbrauch von Zitaten, wenn er dazu übergeht, Schiller gegen die Republik auszuspielen. Hören wir seinen vermeintlichen größten Trumpf:

„Wie wenig aber Schiller ein Freund des heutigen Parlamentarismus sein würde, beweist die oft, aber meist unvollständig angeführte Stelle aus dem „Demetrius“:

Was ist die Mehrheit? Mehrheit ist der Unsinn;
Verstand ist stets bei wenigen nur gewesen.
Bekümmert sich ums Ganze, wer nichts hat?
Man soll die Stimmen wägen und nicht zählen;
Der Staat muß untergehen, früh oder spät,
Wo Mehrheit siegt und Unverstand entscheidet.“

Kann es eine schärfere Beurteilung unseres Wahlrechtes geben, wonach die Stimme eines ungebildeten, durch gewissenlose Volksverführer verhehlen zwanzigjährigen Arbeiters genau so schwer ins Gewicht fällt als die eines durch Alter, Erfahrung und Bildung gereiften Mannes?“

Was für eine Bemerkung! Zunächst: In Schillers Demetrius, dessen Handlung um das Jahr 1600 spielt, wo von einem demokratischen Wahrecht modernen Charakters noch keine Rede war, hält die zitierte Philippika der polnisch-litauische Fürst Sapieha auf dem polnischen Reichstag zu Kratau, nachdem er in einer Abstimmung über Krieg und Frieden von einer Mehrheit überstimmt worden war. Das heißt von einer Mehrheit, die selbst in ihrer Mehrheit aus Adligen bestand. Denn Polen, zu jener Zeit auf der Höhe seiner Macht, war politisch eine ständisch-feudale Adelsrepublik unter einem Wahlkönig. Der Aristokrat Sapieha donnert gegen die Mehrheit, die ihn niedergestimmt hatte, und macht wider sie von dem für Polen so unheilvollen Liberum veto Gebrauch, nach welchem das Rein eines einzelnen Adligen genügt, einen Reichstag, wie es damals hieß, zu „zerreißen“, nämlich alle seine Beschlüsse für nichtig zu erklären. Ganz wesentlich an diesem unsinnigen Feudalrecht und nicht am Mehrheitsprinzip ist Polen zugrunde gegangen.

Aber selbst wenn es richtig wäre, daß Schiller jene Stelle im Demetrius so verstanden wissen wollte, wie Herr Julius Fay sie auslegt, könnte es den heute Lebenden gleichgültig sein. Schiller, den ich im vorerwähnten Knabenalter mit der ganzen Inbrunst der Jugend geliebt habe, steht mir als Dichter und Denker noch immer sehr hoch, so daß ich es als ein Zeichen eines schauerlichen geistigen Tiefstandes empfinde, daß die Postverwaltung der Republik seinen und Goethes Namen auf den Briefmarken das den Arbeitstitel anzeigende „v.“ vorgedruckt hat, als ob diese genialen Männer im Herzen des deutschen Volkes anders denn mit ihren einfachen Namen fortleben. Jedoch als Lehrer politischer Einrichtungen und Verfassungen kann Schiller, der zu einer Zeit lebte und wirkte, wo Deutschlands Klassenliederung noch völlig die eines Kleinbürgerlich wirtschaftenden Volkes war, der den modernen Kapitalismus und das moderne Proletariat noch nicht einmal ahnte und ahnen konnte, der heutigen Generation unmöglich dienen.

Es graut einem, wenn man an die Jugend denkt, die von solchen Lehrern herangebildet wird. Es graut einem, aber es ist damit auch eine Mahnung gegeben, die breitesten Volkskreise mit dem wahren Geist dessen bekannt zu machen, was unsere Dichtert-heroen gelehrt haben. Es war der „Aristokrat“ und „Verächter des Volks“ Goethe, der im Faust im Osterpasziergang die Osterbefestigung der „Masse“, des „Pöbels“, als deren eigene Auferstehung mit den Worten feierte:

„Denn sie sind selber auferstanden,
Aus niedriger Häuer dumpfen Gemächern,
Aus Handwerks- und Gewerbesbänden,
Aus dem Druck von Giebeln und Dächern,
Aus der Straßen quetschender Enge,
Aus der Kirchen ehrwürdiger Nacht
Sind sie alle ans Licht gebracht.“

„Ich höre schon des Dorfs Getümmel,
Hier ist des Volkes wahrer Himmel.“

Und der am Schluß den Faust, wie er das Fazit seiner Erkenntnis zieht, ausrufen läßt:

„Solch ein Getümmel möcht ich sehn,
Auf freiem Grund mit freiem Volke stehn.
Zum Augenblicke dürft ich sagen:
Verweile doch, du bist so schön!“

Schiller aber, den man nun dem Volk als grundlächerlichen Gegner der Republik hinzustellen lücht, soll in dessen Herzen als Dichter fortleben, der sein unvergängliches Lied an die Freude, das im tiefsten Grunde ein Hymnus an die Freiheit war, in die Berse auslauten ließ:

„Männerstolz vor Königssternen —
Brüder, güt' es Gut und Blut —
Dem Verdienste keine Kronen,
Untergang der Ungebrüt!“

*) Von Herrn Fay unterstrichen.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

- 1. Kreis Kreuzberg, Arbeiterwohlfahrt: Donnerstag, 20. November, 8 Uhr, im Rechenhof des Seibels-Gemischtes, Mariannenplatz 37, Arbeitsgemeinschaft: 'Fürsorge für erwerbslose Jugendliche'. Dr. Dellinger und Genosse Schäfer.

Heute, Mittwoch, den 24. November:

- 16. 11. 7 1/2 Uhr in der Schule Buchhalter Str. 3, Mitglieder-Versammlung. Besondere Tagesordnung des Beschlusses gegen die Schmutz- und Schundliteratur. Referent Genosse Reiser-Kerfing. Gäste willkommen.

Frauenvereinsarbeiten:

- 18. 11. 10 Uhr in der Schule Buchhalter Str. 3, Mitglieder-Versammlung. Besondere Tagesordnung des Beschlusses gegen die Schmutz- und Schundliteratur. Referent Genosse Reiser-Kerfing. Gäste willkommen.

Sterbetafel der Groß-Berliner Partei-Organisation

- 14. 11. Charlottenburg. Unser Genosse, der Restaurateur Otto Fischer, ist am Freitag, 19. November, verstorben. Einsegnung am Donnerstag,

- 20. November, 6 Uhr, im Krematorium Wilmersdorf. Wir bitten um rege Beteiligung.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

- Reichsbanner 'Schwarz-Rot-Gold'
Gefährliche Kette: Berlin 14. Scholtzstr. 37/38 Hof 2 Tr.
Freiwillige Feuerwehr: Am 17. November ist plötzlich unser Genosse Alfred...

- Thema: 'Was lehrt uns die Anthropologie in Hannover und wie (sollen wir uns vor Infektion?)'
Biologischer Bund 'Eintracht'. Donnerstag, 20. November, 8 Uhr, anatomischer Vortrag im Moritz-Restaurant, Brandenburger Ufer (Jannowitzbrücke), Gäste willkommen.

Sozialistische Arbeiterjugend Groß-Berlin.

- Abendveranstaltungen, rednet die Revolutionsfeierlichkeiten ab, holt die Karrieren der Parteimitglieder 'Rund um den Schindler'
Abendveranstaltungen, heute, Mittwoch, von 5-7 Uhr: Abrechnung!
Abendveranstaltungen, heute, Mittwoch, 7 1/2 Uhr, im Jugendheim Linderstr. 3. Vortrag: 'Arbeiterjugend und Selbstbildung'.

Theater Lichtspiel
Opernhaus
Städtische Oper

Volksbühne
Nadfasyl
Eysistrata
Komische Oper
Adrienne

Wallner-Theater
Das Stiftungsfest
Reichshafen-Theater
Stettiner Sänger

Städtische Oper
Turandot
Deutsches Theater

Wallner-Theater
Das Stiftungsfest
Reichshafen-Theater
Stettiner Sänger

Reichshafen-Theater
Stettiner Sänger

Die Komödie
Die Gefangene

Wintergarten
Rauchen
gestattet

Reichshafen-Theater
Stettiner Sänger

Philharmonie
Konzert

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Bertrauensmännertagung

Reichshafen-Theater
Stettiner Sänger

SCALA
Varieté-Neuheiten

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Wahlkörper VII

Reichshafen-Theater
Stettiner Sänger

Gr. Schauspielhaus
Konzer

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Wahlkörper VIII

Reichshafen-Theater
Stettiner Sänger

Zuban No. 6
25 ZIGARETTEN

Moderne Umhüllung...
Verbesserte Füllung!
Damit ist die neue Packung und Qualitätsverbesserung der allbekanntesten und allbeliebtesten Zuban No. 6 kurz charakterisiert.

CASINO-THEATER
Mister Cornedbee

Apollo-Th.
Die bunte Tüte

Die Beerdigung unseres am 18. November von einem Fanatiker erschossenen Kollegen, des Stadtoberinspektors
Max Neßler

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin
Todesanzeige

Musikinstrumente
Pianos, Klaviers, neu und gebraucht

Wilhelm Winkel
Die Kinder

Fahrräder
Drei Räder Hochräder, 15 Räder

Verkäufe
Wachstumszeit! Deutsches Teppichhaus

Verschiedenes
Besondere Ausw. langjährige Garantie

Aufzugsmonteur
perfekte, für Reparaturen stellt ein

Akkordführerinnen
für unseren Kraftbetrieb auf bunte und weiße Damenschürzen suchen

Möbel
Vollständigen 'Vielmännchen' Möbel

Sekretär
Bedingung: Agitatorische und organisatorische Fähigkeiten